

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Stammleser kennen das schon ...

Bernhard Romeike	Titanenkämpfe und Nebelwände
Jörn Schütrumpf	Hochverräter, Vaterlandsverräter
Erhard Crome	Zur Geschichte der Einwanderung in die USA
Arndt Peltner, Oakland	Staatsmacht und „Sanctuary Cities“
Jochen Mattern	Die universitäre Rechte
Alfons Markuske	Korrekt. Korrekter. Schwachsinn
Peter Schönhöfer	Gesundheit als Geschäftsmodell
Peter Linke	Innovatives im russisch-japanischen Verhältnis
Wolfgang Schwarz	Der Westen & Russland – zum Diskurs
Jerry Sommer	NATO-Russland – militärische Zwischenfälle verhindern
Edgar Benkwitz	Schwarzgeld, Korruption und Parteienfinanzierung
Hans-Dieter Schütt	Alles aufs – Spiel gesetzt
Reinhard Wengierek	„Ich brauch das Scheinwerferlicht“ – Die Berliner Iphigenie
Mathias Iven	Letzte Station Petrópolis – Vor 75 Jahren starb Stefan Zweig
Erik Baron	Die Kraft des Erinnerns
Klaus Hammer	Die zarten zarte Farbenschleier des Gerhard Wienckowski
Wolfgang Brauer	Erlesenes: Gletscher in Berlin, Mielkes Division und linke Eliten
Erhard Weinholz	Nachdenken unterwegs
Renate Hoffmann	Der die das Elekuhpferd
Eckhard Mieder	„Warum sind alle so böse zu Trampel?“ – Ein Dreiakter
XXL 1: Franz Schandl, Wien	Die große Ratlosigkeit
XXL 2: Petra Erler	Wer ist Brita Hasan? Ungereimtheiten aus Aleppo
Vor 90 Jahren: Carl von Ossietzky	Opposition?

20. Jahrgang (XX)

N^o 4

13. Februar 2017

Erscheint jeden zweiten Montag:

www.das-blaettchen.de

Stammler kennen das schon ...	1
Bernhard Romeike: Titanenkämpfe und Nebelwände	2
Jörn Schüttrumpf: Hochverräter, Vaterlandsverräter	4
Erhard Crome: Zur Geschichte der Einwanderung in die USA	5
Arndt Peltner, Oakland: Staatsmacht und „Sanctuary Cities“	7
Jochen Mattern: Die universitäre Rechte	9
Alfons Markuske: Korrekt. Korrekter. Schwachsinn	10
Peter Schönhöfer: Gesundheit als Geschäftsmodell	12
Peter Linke: Innovatives im russisch-japanischen Verhältnis	14
Wolfgang Schwarz: Der Westen & Russland – zum Diskurs	16
Jerry Sommer: NATO-Russland – militärische Zwischenfälle verhindern	19
Edgar Benkwitz: Schwarzgeld, Korruption und Parteienfinanzierung	21
Hans-Dieter Schütt: Alles aufs – Spiel gesetzt	23
Reinhard Wengierek: „Ich brauch das Scheinwerferlicht“ – Die Berliner Iphigenie	25
Mathias Iven: Letzte Station Petrópolis – Vor 75 Jahren starb Stefan Zweig	26
Erik Baron: Die Kraft des Erinnerns	29
Klaus Hammer: Die zarten Farbensleier des Gerhard Wienckowski	31
Wolfgang Brauer: Erlesenes: Gletscher in Berlin, Mielkes Division und linke Eliten	32
Erhard Weinholz: Nachdenken unterwegs	34
Renate Hoffmann: Der die das Elekuhpferd	35
Eckhard Mieder: „Warum sind alle so böse zu Trampel?“ – Ein Dreiakter	37
Antworten	39
Bemerkungen	41
XXL 1: Franz Schandl, Wien: Die große Ratlosigkeit	47
XXL 2: Petra Erler: Wer ist Brita Hasan? Ungereimtheiten aus Aleppo	50
Vor 90 Jahren: Carl von Ossietzky: Opposition?	54
Impressum	58

Stammler kennen das schon ...

Liebe Leserinnen und Leser,

der 20. Jahrgang des *Blättchens* ist noch ganz am Anfang.

Und wie war der 19.? Was uns an Echo zu Themen, Analysen, Standpunkten, Feuilleton und anderem erreichte, Kritisches eingeschlossen, berechtigt zu dem Fazit: Es waren 26 insgesamt ansprechende Ausgaben. Besonderer Zuspruch erreichte uns dafür, dass wir den NSU-Komplex zu einem Schwerpunktthema mit zwei Sonderausgaben gemacht haben. Auch das Beitrag-Triple nach der Wahl Donald Trumps zum USA-Präsidenten stieß auf starke Resonanz. Das galt nicht minder für das kürzlich publizierte ausführliche Gespräch mit Antje Vollmer.

Bei diesen Beispielen wollen wir es belassen.

Doch zur näheren Zukunft und damit zwangsläufig zunächst zu den Finanzen: Autoren und Redaktion arbeiten unverändert ehrenamtlich, Kosten entstehen unverändert trotzdem – für die Online-Plattform, die Pflege der Homepage und manches andere.

Über diese Hürde helfen uns seit 2011, seit die Online-Ausgabe in der jetzigen Form erscheint, die finanziellen Mittel, die Sie uns durch Spenden und PDF- oder eBook-Abonnements zur Verfügung stellen. Darauf – auch dies unverändert – bleiben wir angewiesen, weswegen wir am Jahresanfang wieder einmal Spenden auf unser Soli-Konto erbitten:

Wolfgang Schwarz

IBAN: DE43120300001011452503

BIC: BYLADEM1001 (DKB)

Zweck: Blättchen-Online

Als gewissen Ausgleich für Ihren finanziellen Beitrag bieten wir 2017 weiter unsere *PDFs* an: Wer mindestens 33,80 Euro überweist und uns seine Mail-Adresse mitteilt (entweder an: hwjblaettchen@googlemail.com; Betreff: *Blättchen-Online* / PDF oder direkt in der Überweisung unter: Verwendungszweck), der erhält zwölf Monate lang von jeder *Blättchen*-Ausgabe eine PDF-Datei zugesandt – zum Archivieren, zum Ausdrucken, zum Weiterversenden an Freunde und Bekannte. Also praktisch 26-mal *Das Blättchen* zu je lediglich 1,30 Euro; Sonderausgaben bleiben gratis.

*Margit van Ham
Wolfgang Brauer
Detlef-Diethard Pries
Wolfgang Schwarz (V.i.S.d.P.)*

Titanenkämpfe und Nebelwände

von Bernhard Romeike

Seit Donald Trump es ernst meint damit, an der Grenze zu Mexiko eine Mauer errichten zu lassen, und dekretierte, Bürger aus sieben islamischen Staaten nicht in die USA einreisen zu lassen, wogen Großdemonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Rassismus durch die USA und andere Länder. Europäische Staatsmänner und -frauen und die bürgerliche Medienwelt überbieten sich im Wettlauf um größtmögliche Trump-Verteufelung. Solch Gleichklang der Medien in Deutschland von *Frankfurter Allgemeiner Zeitung*, *Süddeutscher*, *Spiegel* und *TAZ* bis zum *Neuen Deutschland* ist ungewöhnlich. Zwischen den Herrschenden und weiten Teilen der Bevölkerung waltet Einmütigkeit: Alle gegen Trump!

Für die Herrschenden eine äußerst bequeme Situation: Die Demonstrierer in den EU-Ländern haben einen Feind weitab. Derweil halten sich Proteste gegen den Beschluss des EU-Gipfels, Flüchtlinge, die aus Nordafrika über das Mittelmeer kommen, wieder dorthin zurückzuschaffen und nicht mehr nach Europa zu bringen, in engen Grenzen. Dass die deutsche Exportindustrie befürchtet, durch Trumps „America First“-Politik Einbußen zu erleiden, wird von deren Vertretern und der Bundesregierung immer lautstärker betont. Auch dies scheint in die Anti-Trump-Strömung zu passen und etliche Linke vergessen ihre Kapitalismus-Kritik. Die EU soll gegen Trumps „Nationalismus“ gestärkt werden. Dass dies ein eigenes imperialistisches Projekt ist, verschwindet ebenfalls in dem Furor gegen Trump. Auch, dass Angela Merkel und Wolfgang Schäuble mittels EU die rechtmäßige griechische Regierung faktisch gestürzt und in ihre Kolonialverwaltung verwandelt haben, wird davon überdeckt.

Trump's innenpolitische Positionen verkörpern ein reaktionäres Programm. Seine Umsetzung würde vieles schleifen, was während der vergangenen Jahrzehnte erreicht wurde. Die Bewegungen für Frauenrechte und Bürgerrechte in den USA wissen, wofür sie aus Anlass von Trumps Amtseinführung demonstriert haben. Gleichzeitig wurde zu Anti-Trump-Demonstrationen in Europa aufgerufen, unter der Losung: „Nein zum globalen Trumpismus!“ Ein Komitee: „No to war – No to Nato“ aus Italien wandte jedoch ein, „eine Demo am 21. Januar gegen den neugewählten US-

Präsidenten entspricht de facto einer Unterstützung derjenigen Politik Obamas, die Europa in die Frontlinie der nuklearen Konfrontation zwischen Nato und Russland umgewandelt hat.“

Die Anti-Trump-Kampagne rückt Barack Obama in ein mildes Licht. Tatsächlich war er am Ende seiner Amtszeit sehr aktiv: ein letzter Besuch als Präsident der USA in Berlin, um gemeinsam mit Merkel und anderen Staats- und Regierungschefs die anti-russischen „Sanktionen“ zu verlängern; Deutschland forderte er auf, international eine größere Rolle zu spielen. Das meinte, sich Trump entgegenzustellen. In Washington veranlasste er Geheimdienstberichte, „russische Hacker“ hätten das Wahlergebnis zuungunsten von Hillary Clinton beeinflusst, und verwies russische Diplomaten des Landes. Zugleich schickte er eine US-Panzerbrigade quer durch Deutschland nach Polen und verschärfte so die Beziehungen zu Russland weiter. Zum selben Zwecke reiste Vizepräsident Joe Biden noch einmal nach Kiew, um die ukrainische Regierung der Unterstützung der hinter ihm stehenden Kreise zu versichern.

Bereits im Wahlkampf hatte Trump deutlich gemacht, er wolle die internationale Politik der USA, sich überall einzumischen und Regime-Change-Kriege zu führen, beenden und die Beziehungen zu Russland verbessern. Die angekündigte Konzentration auf Industriearbeitsplätze im Innern richtet sich zugleich gegen die einseitige Ausrichtung der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der USA auf die Interessen der Finanzspekulanten. Deshalb verbündeten sich diese schon im Wahlkampf mit den interventionistischen Globalstrategen, die unter Bill Clinton, George W. Bush und Obama die Außenpolitik bestimmt hatten, gegen Trump.

Ganz in diesem Sinne hatte George Soros, einer der berühmtesten Spekulanten, bereits wenige Tage nach den Wahlen an einem Strategie-Treffen der bei den Präsidenten- und Kongresswahlen unterlegenen Demokratischen Partei teilgenommen. Vereint wurde, Trump die Präsidentschaft so schwer wie möglich zu machen und dafür umfangreiche Finanzen zur Verfügung zu stellen. Die parlamentarischen Arme der Demokraten sind derzeit kurz, so wird auf außerparlamentarische Mittel gesetzt. In der *New York Times* war nachzulesen, dass von den Organisationen, die den Protestmarsch der Frauen in Washington am 21. Januar organisiert hatten, 56 auf der Sponsorenliste von Soros stehen oder enge Beziehungen zu seinen Organisationen haben, darunter alle „Schlüssel-Partner“ der Demo-Vorbereitung.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos erklärte Soros Trump zum „Möchtegerndiktator“. Dazu passt das Faschismus-Etikett. Das hatte der Vordenker der neokonservativen Kriegspolitik von George W. Bush, Robert Kagan, Trump bereits während des Wahlkampfes angeklebt, und viele plapperten es nach, die Ideologen und Wasserträger des neokonservativen Flügels der Republikaner wie die Interventionisten der Demokraten um Obama und Hillary Clinton und viele sich gern als links Verstehende. Die „Atlantiker“ in Deutschland transportieren dies hierher.

Bereits zehn Tage nach Trumps Amtseinführung forderte Eliot A. Cohen dessen Amtsenthebung. Die *FAZ* druckte es nach und andere deutsche Zeitungen referierten die Einlassung brav. Cohen war ebenfalls ein Einpeitscher des Krieges, propagierte den Irak-Krieg, bevor George W. Bush ihn ausgelöst hatte, und war später Berater von dessen Außenministerin Condoleezza Rice. Wenn das alles nicht hilft, soll ein Militärputsch gegen Trump angezettelt werden. Das regte Rosa Brooks an. Sie war unter Obama Beraterin im Pentagon. Die USA sind ein Land, in dem es seit George Washington keinen Militärputsch gegeben hat. Hier stellt sich die Frage, wer denn nun die größere Gefahr für die Demokratie ist, Trump oder seine Feinde. Auch hier stellen die bunten zivilgesellschaftlichen Demonstrationen gegen Trump die Nebelwand dar, hinter der sich der harte Kampf der Globalpolitiker gegen eine mögliche Veränderung der Außenpolitik der USA abspielt. Die Demokraten wissen das Feld gut zu bespielen: Obama ermuntert freundlich die Zivilgesellschaft und sein früherer Außenminister John Kerry lässt sich ohne Schlipps und Anzug unter den Demonstranten blicken. Beider Verantwortung für Kriegseinsätze ist verdrängt.

Donald Trump regiert derweil mit Dekreten. Aufmerksame Beobachter stellen fest, dass das keineswegs konzeptionslos erfolgt. Das Dekret zum Verbot der Einreise aus sieben muslimischen Ländern ist das Protestobjekt der Demonstranten. Derweil hat er Umweltstandards gelockert, um den Kohlebergbau wieder zu fördern, zwei Pipelines genehmigt, die Obama aus Umweltschutzgründen untersagt hatte, das Projekt Mauer gegen Mexiko weiter vorangebracht, die Begrenzungen für die Banken gelockert, Neueinstellungen und Budgets des Öffentlichen Dien-

stes eingefroren, Obama-Care reduziert und Abtreibungsfinanzierung im Ausland untersagt. In „ruhigen Zeiten“ würde jedes dieser Themen wütende Proteste auslösen. Da die Bewegungen nicht für alles gleichzeitig Zeit haben, kann das hinter dem Kampfgetöse um die Einreisebestimmungen unbehelligt durchgehen. Und selbst wenn letztere suspendiert bleiben, sehen seine Anhänger: Trump hält, was er verspricht.

So sind die gutmeinenden Demonstranten die Bauern in einem gnadenlosen Machtspiel innerhalb der herrschenden Klasse der USA.

Hochverräter, Vaterlandsverräter

von Jörn Schütrumpf

Nichts symbolisierte so unwiderlegbar das Scheitern der Revolution von 1917 – des Versuchs, Zustände herzustellen, in denen der Mensch kein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist – wie die Abriegelung der Grenze in Berlin. Das bürgerlich-kapitalistische System, das Ende der 1920er Jahre auf Abruf gestanden hatte und nicht nur in Deutschland in den Faschismus gemündet war, schien zu Beginn der 1960er Jahre – nach Weltwirtschaftskrise, Weltkrieg und antikommunistischem kalten Krieg nach innen – im sogenannten American Way of Life doch noch sein Heil gefunden zu haben. Die Aussicht, dass jeder den Weg vom Tellerwäscher zum Millionär bewältigen könne, hatte nicht nur den faschistisch-nationalistischen Strömungen, sondern auch jeder antikapitalistischen Quelle das Wasser abgegraben.

John F. Kennedy erhielt dafür schon zu Lebzeiten sein Denkmal: in Berlin, und zwar von seinem Gegenspieler Nikita Chruschtschow, der seine Schande – zumindest teilweise – auch noch bezahlen musste, weil er sich gezwungen sah, der DDR Vergünstigungen zu gewähren...

Längst ist der American Way of Life in der Sackgasse des Neoliberalismus verendet; Barack Obama erinnerte zwar an den jungen und modernen Kennedy, war aber, bei Lichte besehen, ein Mann der Vergangenheit: Er repräsentierte eine Kultur, deren Trümmerlandschaften nicht nur im mittleren Westen der USA zu besichtigen sind. So wie einst Rasputin dem Verfall des zaristischen Russlands leiht nun ein auf 25 umgeschminkter 70-jähriger alter Mann der einstigen „Supermacht“ sein ehrliches, unverstelltes Gesicht.

Die Karten liegen auf dem Tisch: Trump hat außer dem Dollar als Leitwährung und dem Militär keine Trümpfe mehr auf der Hand, geschweige denn im Ärmel. Deshalb soll es die faschistisch-nationalistische Antwort – Staatsverschuldung plus neue Kriege, gepaart mit Xeno- und anderen Phobien – richten; sie hat das Potential, die Welt in die nächste Katastrophe stürzen.

Zuerst kommt die EU, neben China der einzige ernstzunehmende Konkurrent, an die Reihe; sie soll – vorerst – friedlich und von innen zerlegt werden. Ted Malloch, in spe der Vertreter der USA in Europa, formuliert es verständlich: „Auf einem früheren diplomatischen Posten habe ich geholfen, die Sowjetunion zu stürzen. Vielleicht gibt es eine weitere Union, die ein wenig gezähmt werden muss.“

Eigentlich wäre es die Stunde der politischen Linken. Doch die steht weltweit weiterhin als Berliner Mauer in den Köpfen und wartet darauf, dass Gulag, Selbstschussanlagen und Stacheldraht in Vergessenheit geraten. Man kann ihr nur zurufen: Vergesst es. Die Idee einer Emanzipation von allen Verhältnissen – siehe oben – wird die Massen so lange nicht ergreifen, wie die Linke nicht begreift, dass nur schonungslose Auseinandersetzung mit 70 Jahren Staatssozialismus sowohl der Weg als auch der Stoff ist, aus dem der jüngst gern als Alternative beschworene „Sozialismus des 21. Jahrhundert“ zu gewinnen wäre. Anders als im bürgerlichen Heldenleben lässt sich im wirklichen Leben ein Erbe eben nicht ausschlagen...

Ohne dieses Erbe anzunehmen, um aus ihm – den Jahren der Macht und des Machtwahns –, sei es ein neues Manifest, sei es eine neue Bergpredigt zu schöpfen, wird die Linke ihre Sprache nicht wiederfinden, die ihr übrigens schon Anfang der 1930er Jahre, mit dem aufziehenden Sta-

linismus, abhandenkam. Ernst Blochs Satz von 1935 hat auch 80 Jahre später nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt: „Die Nationalsozialisten haben betrügend gesprochen, aber zu Menschen, die Sozialisten völlig wahr, aber von Sachen.“ So breitet sich in Europa die faschistisch-nationalistische Seuche erneut aus.

Zu betonen, dass Nationalisten schon immer die ärgsten Feinde ihrer jeweiligen Nation waren, ist ebenso müßig, wie die Frage zu stellen, ob Le Pen, Wilders (der eben seinen „inneren Trump“ entdeckt hat), oder die AfD nur Trumps nützliche Idioten oder doch seine fünfte Kolonne sind. Denn das Ergebnis wäre dasselbe: Alle diese Kräfte dienen einer fremden Macht, die nicht nur die EU zerstören, sondern im Anschluss daran die einzelnen europäischen Staaten – deren einziger Schutz, trotz des mannigfach zu Kritisierenden, die EU ist – unter ihre Kontrolle bekommen will. Wie weit das gehen soll, kann man heute schon am Fall Mexiko studieren.

Ich denke, es ist an der Zeit, Trumps Handlanger als das zu bezeichnen, was sie sind: Hochverräter, Vaterlandsverräter. Das geht effektiver ohne Staatsanwalt; wirkungsvoller ist, es auf Plakate zu schreiben. Denn nicht nur in Frankreich wird demnächst gewählt...

Zur Geschichte der Einwanderung in die USA

von Erhard Crome

Der frisch gekürte SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat als erstes erklärt, US-Präsident Donald Trump sei „hochgradig demokratiegefährdend“. Wie aber will er dann, sollte er es je ins Kanzleramt schaffen, mit dem real existierenden Präsidenten reden? Als Beleg verwies er auf das Einreiseverbot, es sei „unerträglich“. Noch-Bundespräsident Joachim Gauck predigte in seinem Interview für einige ausländische Zeitungen Anfang Februar: „Amerika war in den Augen vieler Menschen [...] immer ein Leuchtturm der Freiheit und ein sicherer Hafen für persönliche und politische Hoffnungen.“ Trumps Dekret widerspreche „dem großen Traum von Freiheit und von der Gleichheit aller Menschen, ungeachtet ihrer Religion und ihrer Herkunft.“

Die *Berliner Zeitung* machte es noch einen Zahn schärfer, sie sprach gleich von einer „Zerstörung des Weltkulturerbes“ und berief sich auf die Inschrift an der Freiheitsstatue in New York: „Gebt mir eure Müden, eure Armen,/ Eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren./ Die bemitleidenswerten Abgelehnten eurer gedrängten Küsten;/ Schickt sie mir, die Heimatlosen, vom Sturme Getriebenen,/ Hoch halt' ich mein Licht am gold'nen Tore!“ Dann resümierte das Blatt: „Das war das Versprechen, das seit Gründung der USA Millionen Menschen lockte“.

Das klingt alles sehr schön. Nur stimmt es historisch nicht. Was die Einwanderer betrifft, die schrittweise die indianischen Ureinwohner verdrängten und ausrotteten: Die Ostküste des Landes wurde von Engländern und Schotten besiedelt, die auch die frühere niederländische Kolonie in New York (ursprünglich Neu Amsterdam) übernahmen. Viele kamen nicht wegen der Not und der Kriege in Europa, sondern um der Unterdrückung durch Fürsten und Könige sowie religiösen Verfolgungen zu entinnen. Zwischen 1600 und 1770 kamen etwa 750.000 Menschen aus Westeuropa über den Atlantik, um sich eine neue Welt zu schaffen. Die Unabhängigkeitsrevolution war eine konservative Revolution: die Kolonisten verteidigten ihre Freiheiten gegen die britische Krone, die diese seit den 1760er Jahren einschränken wollte. Zu dieser Zeit hatten die 13 Kolonien, die 1789 die USA gründeten, etwa 2,5 Millionen Einwohner. Da mit dem „Go West“ Menschen gebraucht wurden, die die riesigen Räume bis zum Pazifik besiedeln, war die Einwanderungspolitik vergleichsweise aufgeschlossen, die Zahl der Einwanderer stieg. In den 1820er Jahren waren es 106.500 Menschen, in den 1850er Jahren 2,45 Millionen, den 1880er Jahren 4,74 und 1901-1910 8,13 Millionen.

Widerstände gegen die Einwanderung gab es seit den 1840er Jahren. Alteingesessene sperrten sich gegen die Neuankömmlinge. Es gab Opposition dagegen, diesen sofort das Wahlrecht zuzugestehen, weil sie keine Erfahrung mit den amerikanischen Bräuchen hätten. Die protestantische Bevölkerung war gegen die Zuwanderung von Katholiken, die nach der großen Hungersnot seit den 1840er Jahren in Scharen aus Irland kamen, seit den 1890er Jahren kamen immer mehr Polen aus Deutschland und Russland sowie Italiener. In dieser Zeit flüchteten auch immer mehr Juden aus Osteuropa in die USA, wegen der wachsenden Diskriminierung in Österreich-Ungarn sowie Verfolgung und Pogromen in Russland. War die Einwanderung aus diesen Ländern in den 1860er Jahren noch marginal, so kamen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts 24 Prozent der Einwanderer aus Österreich-Ungarn, 23 Prozent aus Italien und 18 Prozent aus Russland.

Ende des 19. Jahrhunderts war das Land bis zum Pazifik erobert, es gab keine zu verteilenden Ländereien mehr. Mit der Einwanderung waren stets nicht nur intelligente, fleißige, gebildete Leute ins Land gekommen, sondern auch Verbrecher, psychisch und physisch Kranke, Prostituierte und Arme. Bereits in den 1850er Jahren wurde in den Städten der Ostküste gefordert, dass Arme, die bald nach der Ankunft in Armenhäusern auf öffentliche Kosten versorgt werden mussten, rasch wieder abgeschoben werden sollten. Der Gewerkschaftsführer Samuel Gompers schrieb in seiner Autobiographie über die Situation Ende des 19. Jahrhunderts: „Die Mehrheit der Einwanderer kommt nicht länger aus Westeuropa, wo Sprache, Gewohnheit und industrielle Organisation denen der Vereinigten Staaten ähnlich sind; sie kommen aus osteuropäischen Staaten, wo Leben und Arbeit auf niedriger Stufe stehen. Indem diese Einwanderer unsere wichtigsten Industrien überfluten, drohen sie unsere bisherigen Errungenschaften zu zerstören.“ Die angestammte Arbeiterschaft stand auf der Seite der Einwanderungsbegrenzung. Mit Gesetzen von 1875 und 1882 verbot der Kongress die Einwanderung von Verbrechern, Prostituierten, Geisteskranken und Armen, die „offensichtlich unfähig“ waren, sich selbst zu ernähren. An der Westküste entwickelte sich eine starke Hetze gegen „billige Chinesenarbeit“. Mit dem „Chinese Exclusion Act“ von 1882 wurde die Einwanderung chinesischer Arbeiter – und in der Praxis galt jeder Chineser als Arbeiter – untersagt. Dieses Gesetz wurde erst 1943 aufgehoben.

Nach dem ersten Weltkrieg wuchs angesichts von Not und Elend in Europa die Furcht vor verstärkter Einwanderung in die USA. 1921, dann verändert 1924 führte der Kongress eine Quotenregelung ein: es wird die Anzahl der Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten, die in den USA leben (nach ihren ursprünglichen Herkunftsländern beziehungsweise deren ihrer Vorfahren), geschätzt und die Zahl möglicher Zuwanderer auf zwei Prozent derer festgesetzt; dann wird dieser Anteil ins Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl der USA gesetzt und eine Prozentzahl gebildet, wie hoch der Anteil der Einwanderer aus dem jeweiligen Land pro Jahr sein darf. Zugleich wird eine Gesamtzahl der Einwanderer pro Jahr festgelegt – ab 1924 154.000 jährlich – und darauf werden die Quoten bezogen.

Die Einwanderung von Japanern, die seit 1907 erleichtert war, wurde ebenfalls reduziert und dieser Regelung unterworfen. Da die Datengrundlage die Volkszählung von 1890 war, wurden Ost- und Südeuropäer erheblich benachteiligt und Asiaten von Einwanderung praktisch ausgeschlossen. Das System sollte langfristig ein weißes, protestantisches Übergewicht in der Bevölkerung gewährleisten. Vor dem zweiten Weltkrieg waren die Einreisebestimmungen noch verschärft worden, als vom Naziregime politisch Verfolgte und Juden besonders dringend der Hilfe bedurften. Ab 1940 hatte Präsident Franklin D. Roosevelt jedoch die Einreise besonders gefährdeter Personen außerhalb der Quoten ermöglicht.

Widerstand in der Gesellschaft gegen die beschriebene Einwanderungspolitik hatte es bereits im 19. Jahrhundert gegeben. Es gab stets eine fremdenfeindliche und eine einwanderungsfreundliche Seite. In den 1930er und 1940er Jahren setzten sich zivilgesellschaftliche Organisationen für die Rettung in Europa Verfolgter ein. Mit neuen Gesetzen von 1965 und 1978 wurde die Quotenregelung abgeschafft und durch eine weltweit einheitliche Quote ersetzt. Das heute geltende Einwanderungsrecht stammt aus den Jahren 1986 und 1996. Die Zuwanderung seither nahm wieder zu, in den 1990er Jahren waren es etwa zehn Millionen Menschen. Etwa jeder zehnte US-Bürger ist heute ein Einwanderer. Darüber hinaus leben im Lande Millionen

illegaler Einwanderer; im Jahre 2011 waren es etwa 11,5 Millionen, darunter 6,8 Millionen aus Mexiko. Die politischen Auseinandersetzungen seit den 1990er Jahren werden vor allem um den Verbleib und den Status der illegalen Einwanderer geführt. Unter Bezug auf den 11. September 2001 wurden 2005 die Bestimmungen über Fälschungssicherheit und den Missbrauch von Personaldokumenten verschärft. Damit sind die praktischen Aufenthaltsbedingungen für die Illegalen komplizierter geworden.

Die Auseinandersetzungen in den USA um Staatsbürgerschaft, Einwanderung und Grenzkontrolle werden seit über 150 Jahren geführt. Sie haben sich mit einem Präsidenten Trump verschärft. Die liberal-demokratische Seite meinte, dauerhaft eine politische Hegemonie erlangt zu haben, und muss jetzt sehen, dass ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft ihre Positionen nicht teilt. Wer die Einwanderungspolitik der USA als „Weltkulturerbe“ bezeichnet, hat jedes Maß an Urteilskraft verloren. Und dass Trump ein seit der Gründung der Vereinigten Staaten bestehendes „Versprechen“ gebrochen habe, gehört in das Reich der Märchen von den USA als „leuchtende Stadt auf dem Berge“.

Staatsmacht und „Sanctuary Cities“

von Arndt Pelmer, Oakland

Am Abend des 1. Juli 2015 spaziert die 32-jährige Kathryn Steinle mit ihrem Vater entlang des Embarcadero in San Francisco. Die beiden schlendern vorbei am „Ferry Building“ und gehen dann auf den Pier 14, von wo man einen wunderbaren Ausblick auf die Bay Bridge, Treasure Island und Downtown San Francisco hat. Plötzlich fallen drei Schüsse, eine der Kugeln ist ein Querschläger, trifft die junge Frau hinten am Hals. Kathryn Steinle stirbt kurz darauf in einem Krankenhaus, ihre Halsschlagader war getroffen worden.

Der Täter war Juan Francisco Lopez-Sanchez, ein mehrfach vorbestrafter Mexikaner, der zuvor bereits fünfmal zurück nach Mexiko deportiert wurde. Die Waffe hatte er zuvor in Downtown San Francisco aus dem Privatwagen eines Officers des „Bureau of Land Management“ gestohlen. Damit ballerte er anschließend am Pier 14 um sich.

Eigentlich hätte Lopez-Sanchez nach einer Drogenstraftat zum sechsten Mal ausgewiesen werden sollen, doch San Francisco überstellte ihn nicht an die zuständige Behörde, die „Immigration and Customs Enforcement“ (ICE) und entließ ihn stattdessen aus der Haft, als ein Richter die Anklage wegen Marihuana-Besitzes fallen ließ. Der Grund, warum Lopez-Sanchez nicht an ICE überstellt wurde ist der Status, den sich San Francisco 1989 selbst gab: „Sanctuary City“, eine Schutzstadt für illegale Einwanderer. 364 Bezirke, darunter 39 Städte gibt es in den USA, die als solche „Schutzgebiete“ gesehen werden. Doch damit ist nicht überall das gleiche gemeint.

In San Francisco und vielen anderen Städten bedeutet das, dass es lokalen Polizeieinheiten untersagt ist mit ICE zusammen zu arbeiten, die von ICE ausgestellten Anfragen zur weiteren Inhaftierung des Verhafteten zu ignorieren und bei Kontrollen und Verhaftungen den legalen Status der Personen zu erfragen. In allen Kommunen heißt „Sanctuary City“ aber vor allem, dass man illegalen Einwanderern den Zugang zu sozialen Programmen und ihren Kindern den Schulbesuch erlaubt und ermöglicht.

Der 1. Juli 2015 war der Beginn der heißen Phase im amerikanischen Wahlkampf, die ersten Fernsehdebatten der Republikaner standen an. Zwei Wochen zuvor hatte Donald Trump seine Kandidatur erklärt und gleich mit markigen Sprüchen auf sich aufmerksam gemacht: „Wenn Mexiko seine Leute schickt, schicken sie nicht ihre besten [...] Sie schicken Leute, die eine Menge Probleme haben, und sie bringen die Probleme zu uns. Sie bringen Drogen. Sie bringen Verbrechen. Sie sind Vergewaltiger. Und manche, nehme ich an, sind gute Leute.“ Trump hatte damit das Medieninteresse an seiner Kandidatur geweckt. Der Tod von Kathryn Steinle kam ihm da gerade recht. Er legte nach, twitterte der Familie sein Beileid und meinte, der Mord an

der 32-Jährigen hätte verhindert werden können, wenn San Francisco keine „Sanctuary City“ wäre. Er forderte deshalb: „Wir werden den ‚Sanctuary Cities‘ ein Ende setzen, die für so viele sinnlose Tote verantwortlich sind. Keine finanziellen Mittel mehr für sie“, meinte er auf einer Wahlveranstaltung unter dem Jubel seiner Anhänger.

Donald Trump setzte im Wahlkampf alles auf eine Karte und nahm es mit den Zahlen nicht so genau. Auf seinen Veranstaltungen sprach er davon, dass zwischen zwei und drei Millionen „kriminelle Ausländer“ im Land lebten, die ausgewiesen werden könnten und müssten. Unter diese Kategorie fallen jedoch laut offiziellen Zahlen der Behörde ICE nur 82.228 Personen. Trump hat damit (erneut) nachweislich mit dem Feuer gespielt, ein Bild einer kriminellen Epidemie verbreitet und dazu noch ein paar der schlimmsten Fälle, wie den von Kathryn Steinle, ins Rampenlicht gezogen, um politisch Profit daraus zu schlagen. Der Kandidat Trump bestimmte fortan den Ton. Vor allem seine teils rassistischen und xenophoben Äußerungen kamen an, nicht nur bei einem Großteil der republikanischen Wähler. Auch rechtsradikale und offen fremdenfeindliche Gruppierungen wie der Ku Klux Klan sahen in Donald Trump „ihren“ Kandidaten. Endlich werde ausgesprochen, was das weiße Amerika schon lange verlange, war die einhellige Meinung auf diversen Rechtsaußen-Foren.

Der New Yorker Milliardär hatte sein Thema im Wahlkampf gefunden. Er sprach nicht von einem Grenzzaun, Donald Trump forderte vielmehr den Bau einer Mauer. Hoch, schön, undurchlässig, müsse sie sein, wie er es umschrieb. Ganz so eine Mauer, wie es die „Berlin Wall“ oder die „Great Wall of China“ gewesen sei, so Trump. Und diese Forderung hämmerte er in das Bewusstsein der Amerikaner. So sehr, dass im Rückblick die Frage nur von wenigen beantwortet werden kann, für was eigentlich seine ärgsten innerparteilichen Konkurrenten Ted Cruz oder Marco Rubio standen. Geblieben ist, was Trump per Twitter und in seinen Reden hinausposaunte.

Es war ein Wahlkampf, wie ihn Amerika und die Welt noch nicht gesehen hatte. Trump prä-sentier-te sich als Außenseiter, als „Law and Order“-Kandidat, der mit den „Illegalen“ und den „Kriminellen“ aufräumen werde. Er formulierte und unterschrieb sogar einen vermeintlichen Vertrag: „Donald Trump’s Contract with the American Voter“. Darin zahlreiche Forderungen, die er in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit abarbeiten werde. Vieles davon war gegen all das, wofür Amerika steht. Und nicht nur das, viele dieser politischen Ideen, sind verfassungswidrig oder liegen schlichtweg nicht in der Macht des Präsidenten, wie eben auch die Streichung von Bundesmitteln für Städte, die sich selbst als „Sanctuary City“ sehen. Das steht dem Kongress zu.

Doch der macht sich nun zum Gehilfen Donald Trumps. Bereits am 5. Januar dieses Jahres, noch vor der Amtsvereidigung des neuen Präsidenten, brachte der republikanische Abgeordnete Lou Barletta den „Mobilizing Against Sanctuary Cities Act“ ein. Es ist das dritte Mal, dass der Abgeordnete aus Pennsylvania seinen Gesetzesvorschlag zur Abstimmung einbringt. 2011 und 2015 scheiterte er, nun hat sich die politische Lage deutlich verändert. Mit dem Gesetz will Barletta erreichen, dass alle finanziellen Bundesmittel an die betreffenden Kommunen, Bezirke und Bundesstaaten ein Jahr lang ausgesetzt werden. So will er sie zum Einlenken zwingen. „Eine der Grundaufgaben der Regierung ist der Schutz der Bürger. Die Idee der ‚Sanctuary Cities‘ ist dieser Verantwortung komplett entgegen gestellt. Zu viele Bürgermeister und Stadtverwaltungen glauben über dem Gesetz zu stehen und stellen damit ihre Ideologie über die Sicherheit ihrer Bürger. Dieses Gesetz wird diese Praxis beenden, in dem diesen ‚Sanctuary Cities‘ verdeutlicht wird; wenn ihr euch weigert mit den Einwanderungsbehörden zusammen zu arbeiten, verliert ihr eure öffentlichen Bundesgelder.“

Dutzende von Kommunen haben sich auf die Einschnitte vorbereitet, die mit der Amtsübernahme Donald Trumps auf sie zukommen könnten. Und die sind ganz unterschiedlich. Zwischen ein und 25 Prozent des kommunalen Haushaltes könnten die Einschnitte bedeuten. Washington DC wäre davon am stärksten betroffen, die amerikanische Hauptstadt hängt am finanziellen Tropf des Kongresses. Für San Francisco würde ein Stopp des Geldflusses aus Washington einen Einschnitt von zehn Prozent des Haushalts oder eine Milliarde Dollar bedeuten. Bürgermeister Ed Lee erklärte dennoch nach der Wahl Trumps: „Wir waren schon immer und

werden auch weiterhin ein Zufluchtsort sein, eine Stadt, die Schutz bietet, eine Stadt der Liebe.“ San Franciscos Rechtsdezernent prüft bereits rechtliche Schritte, falls die Trump-Administration ihre Androhung wahr machen sollte. Die „City by the Bay“ ist bereit bis vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, um dort klären zu lassen, welche Rechte Städte, Bundesstaaten und die Bundesregierung hätten.

Auf der anderen Seite der San Francisco Bay, in Oakland, will man sich ebenfalls nicht dem Druck aus Washington beugen. Oakland erhält rund vier Prozent des städtischen Haushalts, etwa 52 Millionen Dollar in Bundeshilfen. Viel Geld für die hochverschuldete Stadt. Doch auch am hier zeigt man sich kampfbereit. Bürgermeisterin Libby Schaaf, die im Wahlkampf bereits erklärte, der gefährlichste Ort Amerikas sei das Mundwerk von Donald Trump, meinte nach dem Sieg des Republikaners: „Donald Trumps Wahl fühlt sich für mich wie ein Angriff auf all das an, woran ich glaube und wofür Oakland steht. Oaklanders können versichert sein, dass unsere Stadtverwaltung auch weiterhin all unsere Bewohner schützt und unsere progressiven Werte verteidigt. Wir sind stolz darauf eine ‚Sanctuary City‘ zu sein und damit die Bewohner Oaklands vor – in unserer Überzeugung – ungerechten Einwanderungsgesetzen zu schützen.“

Donald Trump ließ nicht lange mit seiner Entscheidung auf sich warten. Nur wenige Tage nach seinem Amtseid unterschrieb er „Executive Order: Enhancing Public Safety in the Interior of the United States“, damit machte Trump auch dieses Wahlversprechen, den „Sanctuary Cities“ ein Ende zu setzen, wahr. In diesem Dekret erklärt der neue Präsident, dass den Städten, die nicht mit den Einwanderungsbehörden zusammen arbeiten, alle finanziellen Unterstützungen aus dem Bundeshaushalt gestrichen werden. San Francisco reagierte umgehend und verklagte die Trump-Administration. Nun sind die Gerichte gefragt.

Die universitäre Rechte

von Jochen Mattern

Nur wenige Tage nach der Wahl des Wortes „Volksverräter“ zum Unwort des Jahres 2016 konnten die Leser der *Sächsischen Zeitung* entnehmen, weshalb das Unwort, ungeachtet seiner nationalsozialistischen Herkunft, in den öffentlichen Sprachgebrauch zurückgekehrt ist. In einer als Essay bezeichneten Klageschrift mit dem Titel „Der böse gute Wille“ erhebt deren Autor Anklage gegen die „politisch-mediale Klasse“ hierzulande: Sie begehe Verrat am deutschen Volk. Zwar geschieht das nicht wortwörtlich, doch dem Sinn nach.

Eine ausführliche Darstellung des Tatbestandes ist als gleichnamiges Buch im Antaios-Verlag von Götz Kubitschek erschienen. Der Verleger zählt zu den konzeptiven Ideologen der bundesrepublikanischen neuen Rechten.

Es handelt sich bei dem Verfasser des Artikels in der Dresdner Tageszeitung um Lothar Fritze, einen Philosophen und Politikwissenschaftler. Fritze lehrt an der TU Chemnitz und ist Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden. Einem größeren Publikum bekannt geworden ist der Professor mit einem Zeitungsartikel in der *Frankfurter Rundschau* aus dem Jahr 1999. Er spricht darin, ausgerechnet zum 60. Jahrestag des Bürgerbräukeller-Attentats auf Hitler, dem Attentäter Johann Georg Elser das moralische Recht ab, Hitler mit einer selbstgebauten Bombe zu töten. Im Hannah-Arendt-Institut hatte der Artikel eine heftige Auseinandersetzung ausgelöst, in deren Ergebnis der Direktor des Instituts, ein Kritiker Fritzes, von den Gegnern handstreichartig abgesetzt worden war (siehe *Das Blättchen* vom 4. August 2003).

Im aktuellen Zeitungsbeitrag konstatiert Lothar Fritze einen Kulturkampf, in dem der „Fortbestand des deutschen Volkes und des deutschen Nationalstaates“ auf dem Spiel steht. Mit ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik verfolge die Bundespolitik, deren Aufgabe es ist, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, das Gegenteil: Statt die „nationalen Beharrungskräfte“ zu stär-

ken, wie es ihrer Aufgabe entspräche, strebe die herrschende Politik, laut Fritze, eine „ethnische und kulturelle Durchmischung“ der Deutschen an. Auf lange Frist habe der sich vollziehende „Bevölkerungsumtausch“ die Schaffung einer „ethnisch und kulturell unifizierten Weltgesellschaft von Gleichen“ zum Ziel. In einer egalitären und nivellierten Weltgesellschaft wäre jede kulturelle Besonderheit oder völkische Eigenart getilgt, die der Deutschen eingeschlossen. So entpuppe sich die sogenannte Willkommenskultur, angetrieben von „einer Mischung aus gesinnesethisch aufgeladener Irrationalität, politischer Infantilität und Parteienkalkül“, als ein „soziales Großexperiment“ zur Abschaffung Deutschlands, um einen bekannten Sozialdemokraten und Bruder im Geiste Fritzes zu zitieren.

Mit diesem sozialen Großversuch untergrabe die herrschende Politik die „nationale Identität und kulturelle Homogenität“ der Deutschen und beraube den Staat damit seiner völkischen Grundlage. Für Fritze ein klarer Verstoß gegen den antitotalitären Grundkonsens der Bundesrepublik. „Weltverbesserungsideen“ zur „radikalen Überwindung des Hergebrachten und Bestehenden“, wie die derzeitige Politik sie hege, seien ein typisches Merkmal totalitärer Systeme.

All diese Überlegungen sind weder neu noch originell. Fritze bedient sich für seine Zwecke aus dem Fundus von Konservativer Revolution in der Weimarer Republik und der französischen neuen Rechten, der Nouvelle Droite. Einzig Fritzes Behauptung, die Bundespolitik auf totalitären Abwegen ertrappt zu haben, setzt einen eigenen Akzent.

Im Weltbild (neu)rechter Ideologen spaltet Kultur die Völker. Denn Völker seien ethnisch-kulturelle Entitäten (Wesenheit), die eben deshalb ihre Eigenart nur getrennt voneinander, auf ihrem jeweiligen Territorium entfalten können. Sobald sie einer kulturellen „Durchmischung“ oder einem „Bevölkerungsaustausch“ ausgesetzt sind, büßten sie ihre ethnisch-kulturelle Substanz ein. Auf der „Gleichartigkeit“ des Volkes, wie es im Nationalsozialismus hieß, ruhe jedoch alle Staatsgewalt. Nicht politisch, sondern ethnisch sei der Staat fundiert. Es seien die Volksgenossen und nicht die politisch gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürger, egal welcher kulturellen Herkunft sie sind, die den Staat bilden. Die politische Dimension des Kulturkampfes bestehe demzufolge darin, dass die kulturelle Identität eine substantielle Übereinstimmung zwischen dem Volk und den Regierenden garantiert. Das mache politische Stellvertretung, eine plurale und parlamentarische Demokratie überflüssig. Und es schließe ein, dass, nach einer Formulierung Carl Schmitts, die Demokratie „das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß“.

Hierfür scheint eine Diktatur besser geeignet zu sein als eine demokratische Regierung. Weil die Bewahrung nationaler Homogenität und Eigenart nur um den Preis der gewaltsamen Ausreibung kultureller Differenz beziehungsweise Vielfalt innerhalb eines Landes zu haben ist, ist die neurechte Ideologie gewaltträchtig. Das ist der Sinne der Rede von der Nation als einer Schutz- und Schicksalsgemeinschaft.

Zum Erhalt der „ethnischen Homogenität“ hatte der Fraktionsvorsitzende der NPD, Holger Apfel, schon 2004 im Sächsischen Landtag den „ethnischen Bürgerkrieg auf deutschem Boden“ erklärt. Soweit will die akademische Rechte nicht gehen. Lothar Fritze plädiert in seinem Zeitungsbeitrag für eine „Änderung der Herrschaftsverhältnisse“ durch Wahlen. Im Plädoyer für eine Abwahl der herrschenden Politik unterscheidet sich die universitäre von der militanten Rechten. Allerdings ist der Grat zur Militanz im vermeintlichen Kulturkampf ein schmaler.

Korrekt. Korrekter. Schwachsinn

von *Alfons Markuske*

Die Universität in Greifswald wurde 1456 gegründet und zählt damit zu den ältesten Europas.

Im Jahre 1933 beantragte der Senat der Universität auf Initiative des „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ bei der preußischen Staatsregierung, den Namen *Ernst Moritz Arndt* führen zu

dürfen. Dem wurde stattgegeben; die Namensverleihung erfolgte durch den damaligen Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring, der im Nürnberger Prozess von 1946 als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde.

Angesichts der historischen Verdienste von Ernst Moritz Arndt – unter anderem während der Befreiungskriege gegen die Napoleonische Fremdherrschaft und um die Einheit Deutschlands – war dieser Akt der Namensgebung durch die Nazis weder für die Kommunisten in der DDR noch für deren bürgerliche Nachfolger im vereinigten Deutschland ein Grund, am Namen der Universität etwas zu ändern.

Das blieb dem Senat der Alma Mater selbst vorbehalten, der am 18. Januar 2017 mit 24 gegen elf Stimmen (bei einer Enthaltung) beschloss, dass diese den bisherigen Namen ablegen und künftig nur noch unter der Bezeichnung Universität Greifswald firmieren wird.

Vergleiche hinken zwar bekanntlich immer, aber ebenso bekanntlich ist unter den Blinden der Einäugige König. Was analog für den Hinkenden dort gelten dürfte, wo die Realität bereits im Rollstuhl Platz gefunden hat. Also – dieser Entscheid des Greifswalder Senats, das ist, als hieße im Lande der Erfinder der *political correctness*, das wahrlich durchaus mit reichlich und auch grotesken Überspitzungen derselben aufwarten kann, die Hauptstadt ab sofort nur noch *D.C.*

Die dürre Information, die zur Namenstilgung vom 18.01.2017 auf der Startseite der Homepage der Greifswalder Universität derzeit zu lesen ist, nennt keine Gründe für das Geschehen. Die findet man sicher in den Tiefen der Homepage unter dem vielen Gewese und hochtönenden Geröll, das sich dort im Laufe der langjährigen Auseinandersetzungen um den nunmehr ehemaligen Namensgeber versammelt hat. Doch die Suche kann man sich sparen, denn es ist ja nicht erst, seit der Streit in Greifswald anhub, unstrittig, dass Arndt nicht nur Lichtgestalt war. Nicht nur *homo politicus* und Intellektueller, Vordenker zum Begriff der Nation und Vorkämpfer der deutschen Einheit, Verfechter der Volkssouveränität und Widerständler. Nicht nur einer der führenden Demokraten seiner Zeit, der sich den Kampf – die folgende Aufzählung entstammt einer „Ernst Moritz Arndt leider weggesäubert“ betitelten Kolumne von Götz Aly – „gegen Pfaffenherrschaft, Pressezensur und Leibeigenschaft; [...] für unabhängige Rechtsprechung, allgemeine Schulbildung und für eine die Zivilisten schonende Landkriegsordnung, die erst hundert Jahre später zu internationalem Recht wurde“, auf die Fahne geschrieben hatte. Dieser Arndt hatte vielmehr zugleich in seinem Judenhass Martin Luther nicht nachgestanden und übel gegen die Franzosen als Volk vom Leder gezogen.

Die letztgenannten Punkte, so Aly, der mit seinem Buch „Warum die Deutschen? Warum die Juden?“ eine differenzierte Sicht auf diese Fragen vorgelegt hat, sei Futter für Geschichtsexoristen. Schon die Wahl dieses Begriffes nimmt vorweg, was Aly in der erwähnten Kolumne dann auch *expressis verbis* äußert: Er sei „dagegen, Arndt aus dem nationalen Erinnerungshorizont zu tilgen“.

Und seine Begründung?

Die soll ausführlich zitiert sein: „Ich halte solche Umbenennungen für selbstherrliche Siegesgeschichte. Sie wird von politisierten, hoffärtigen Rechthabern betrieben, denen jede Demut gegenüber den Grenzen, Leistungen und Irrtümern früherer Generationen abgeht [...]. Was auf Arndt zutrifft, gilt für die frühen Burschenschaftler, für Turnvater Jahn, Heinrich Hoffmann von Fallersleben oder Friedrich List. Sie alle zählen zu den Urvätern der deutschen Demokratie, von ihnen haben wir unsere Nationalhymne und die Farben Schwarz-Rot-Gold. Zweifellos und im Gegensatz zum Reaktionär Metternich waren die genannten Fortschrittler alle auch Judengegner. Aber bessere Demokraten haben wir nicht. Gerade deshalb sollten wir sie nicht vergessen, nicht aus dem öffentlichen Bild verbannen, sondern uns ihrer als Menschen erinnern, die stets das aus ihrer Sicht Gute wollten, und dabei das Böse mitschufen. Das Problem des deutschen Antisemitismus besteht darin, dass er nicht vor allem in den nationalen Dreckecken entstand, sondern vielfach von Leuten gefördert wurde, die wir aus andern Gründen mit Recht ehren. Wer solche Ambivalenzen vertuscht, betreibt Geschichtsklitterung und Gegenaufklärung.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Nur der Vollständigkeit halber – *Washington D.C.*: George Washington, Miterstreiter der Unabhängigkeit und erster Präsident der Vereinigten Staaten sowie ausgewiesener Verfechter des

Grundsatzes der gleichgeborenen Gesellschaft, war zeit seines Lebens ein Halter von Sklaven. Es sollen bis zu 390 gewesen sein ...

Gesundheit als Geschäftsmodell

von Peter Schönhöfer

In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts hatten die sozialen Probleme und Nöte der Arbeiterklasse eine politische Brisanz erreicht, dass der Staat eingreifen musste. Für die gesundheitliche Versorgung der abhängig Beschäftigten wurde durch Bismarck die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) geschaffen, deren Kosten solidarisch jeweils zur Hälfte die Betroffenen und deren Arbeitgeber zu tragen hatten. Dieses Modell der Gesundheitsversorgung war als gesundheitliche Daseinsvorsorge erfolgreich und entwickelte sich unter Einbeziehung des medizinischen Fortschritts weiter, wobei sich auch die Kosten des Gesundheitssystems kontinuierlich erhöhten.

Im Prinzip existiert seitdem die GKV als ein Zwei-Klassen-Versicherungssystem, in dem alle abhängig Beschäftigten (heute etwa 90 Prozent der Bevölkerung) bis zu einem bestimmten Monatslohn (Beitragsbemessungsgrenze, heute 4.350 Euro) mit einem bestimmten Prozentsatz des Lohns (heute meist 15,7 Prozent) pflichtversichert sind. Besserverdienende, Selbständige oder Beamte können sich privat versichern oder in der GKV weiter versichert bleiben. Dann zahlen sie als Versicherung den Beitrag der Bemessungsgrenze unabhängig von der Höhe des Verdienstes. Mit wachsenden Einkommen zahlt man also einen immer geringeren Gehaltsanteil für die Gesundheitsversorgung. Wolfgang Albers rügt in seinem Buch „Zur Kasse bitte! Gesundheit als Geschäftsmodell“ diese Ungleichbehandlung und Begünstigung der Besserverdienenden, Reichen und Beamten. Auch andere Gesundheitsexperten wie die Bertelsmann-Stiftung fordern eine Ausdehnung der GKV-Versicherungspflicht auf die begünstigten Gruppen, wodurch der derzeitige Beitragssatz von 15,6 Prozent um 0,34 Prozent absinken könnte, das sind immerhin 4 bis 5 Milliarden Euro pro Jahr.

Die dominierende Wirtschaftslehre hatte sich seit einiger Zeit auf eine neoliberale Ideologie der Profitmaximierung hin als allein gültige Handlungsethik ohne Rücksicht auf soziale oder gesellschaftliche Normen (Raubtierkapitalismus) entwickelt. Vertreter dieser Lehre kritisierten die solidare Krankenversorgung der GKV als unwirtschaftlich und überholt und plädierten für eine profitorientierte Gesundheitswirtschaft als Alternative. Neoliberale Ideologen aus CDU und FDP forderten: „Die GKV als ein System, in dem man sich zwangsweise versichern muss, wird abgeschafft [...]. Die GKV-Unternehmen werden in privatwirtschaftliche Unternehmen umgewandelt.“ (NRW-Gesundheitspapier 2009). Dies führte zu einer Orgie von Einsparmaßnahmen im Gesundheitsbereich seitens der Politik.

Welche Folgen das für die GKV-Versicherten hat, wie das und wo das abläuft, davon handelt das Buch von Wolfgang Albers, der als Oberarzt für Chirurgie an einem Berliner Krankenhaus und als gestandener Gesundheitspolitiker den destruktiven Einfluss des neoliberalen Profitstrebens auf die Patientenversorgung beobachtet, erfährt und beschreibt.

Ausführlich geht Albers auch auf die von den Arbeitgebern und Wirtschaftskreisen seit den 1990er Jahren gestarteten Angriffe auf das Solidarsystem der GKV ein. Seit 2014 hat die Regierung auf Wunsch der Arbeitgeber deren Anteil bei 7,3 Prozent des Monatslohns festgeschrieben, unabhängig von der Höhe des Beitragssatzes, den die Arbeitnehmer zu zahlen haben. Auf Veranlassung neoliberaler Politiker und der Arbeitgeber muss also der ärmere Teil unserer Gesellschaft alle weiteren Kostensteigerungen im Gesundheitswesen alleine tragen.

Heute liegt der Beitragssatz je nach Kassenart bei durchschnittlich 15,7 Prozent des Monatslohns, so dass die GKV-Versicherten schon 8,4% ihres Lohns abführen müssen. 1,1 Prozent des Beitragssatz beinhalten für die Versicherten etwa 13 bis 15 Milliarden Euro Mehrkosten pro Jahr.

Wolfgang Albers schildert auch, mit welchen Strategien Ärzteschaft und Pharmaindustrie, also Leistungs- und Warenanbieter, die Kosten des Gesundheitswesens beeinflussen und nach oben manipulieren konnten, zu Lasten der GKV-Versicherten. Beispielhaft erwähnt werden die bekannten Gehaltsbetrügereien in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), der Direktverkauf von nutzlosen Untersuchungen und Leistungen sowie von fragwürdigen Medizinprodukten an Patienten in der Praxis (Individuelle Gesundheitsleistungen, IGeL), die Gesundheitskampagnen zur Steigerung von fragwürdigen Medikamentenverordnungen bei Befindlichkeitsstörungen, Osteoporose, Bluthochdruck, Diabetes, Cholesterin sowie die Verhinderung der Einführung einer kostensparenden Positivliste für Arzneimittel, die sich die Regierung Schröder in Kungelrunden mit der Pharmaindustrie abkaufen ließ.

Bemerkenswert ist das Kapitel über die Schwerpunkte der gegenwärtigen Diskussion zu der angeblichen Kostenexplosion im Gesundheitswesen, die von der Politik nach neoliberalem Strickmuster durch mehr Wettbewerb und mehr Wirtschaftlichkeit bekämpft werden soll. Geprägt wird diese politische Geisterdebatte auch durch eine neue Spezies von Beratern, den Gesundheitsökonomern, deren Gutachten für die jeweiligen Interessenvertreter oft den Eindruck erwecken, dass mit den Auftraggebern vorab abgesprochen wird, was in dem Gutachten stehen soll. Es ist dem Autor zu danken, dass er darauf hinweist, dass die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nicht explodiert sind, sondern in den letzten 40 Jahren ziemlich präzise dem Wachstum des Bruttosozialproduktes entsprechen. Der Anteil der Kosten für das Gesundheitswesen am Bruttosozialprodukt ist konstant und liegt in Deutschland wie in vielen EU-Ländern bei 11 bis 12 Prozent des BSP, während er in den USA 16 bis 17 Prozent beträgt. Die Mär von der Kostenexplosion wird also von Politikern vornehmlich gepflegt, um Interessenvertreter zu bedienen, die Krankenhäusern der öffentlichen Hand mangelnde Wirtschaftlichkeit unterstellen, um sie zu privatisieren. Als Kreditgeber und Investoren kassieren sie dann 15 Prozent des Umsatzes als Rendite, eine Gewinnerwartung, die durch Abbau von Personalstellen erbracht werden muss. Auch diese Privatisierungsstrategie ist eine dissoziale Verschiebung von Lasten auf das Krankenhauspersonal und die GKV-Patienten.

Gut gelungen sind auch die Darstellungen über die behauptete Unwirtschaftlichkeit der Krankenhäuser und die von der Politik dadurch ausgelösten Sparmaßnahmen wie das Fallpauschalensystem (DRGs) oder Kürzungen von zum Erhalt der medizinischen Leistungsqualitäten erforderlichen Investitionsmitteln.

Aber sie lieferten keine strukturellen Lösungsansätze zur Beseitigung von realen Problemen der deutschen Krankenhauslandschaft wie beispielsweise die zu hohen Bettenzahlen. Nur die Anhänger der neoliberalen Gesundheitswirtschaft wurden gefördert. Sie durften mit der Privatisierung der Krankenhäuser und deren Umwandlung in Profitcenter und Renditefabriken sowie mit Stellenabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Auslagerung von Tätigkeiten an billigere Leiharbeiter (Outsourcing) als Hauptinstrument zur Senkung der Personalkosten schalten und walten. Chefärzte wurden zunehmend durch Boni auf Wirtschaftlichkeit ihres Handelns verpflichtet, die auf Rosinenpickerei, also Erhöhung lukrativer Diagnosen und Behandlungen zielten. Auch Bestechung wurde hoffähig durch Kickbacks an Ärzte, die Patienten für lukrative, mitunter sogar für unnötige Diagnosen und Behandlungen einwiesen.

Privatisierung und profitorientierte Umstrukturierung haben somit gravierende Folgen für die Qualität der Krankenversorgung und die Patienten. Welche Probleme im Rahmen der Privatisierung entstehen, beschreibt Albers ausführlich am Beispiel des Verkaufs der Hamburger Kommunalen Kliniken an die private Asklepios-Gruppe und der Umstrukturierung der Berliner Städtischen Kliniken in die Vivantes GmbH, letzteres unter dem Aspekt des selbst Betroffenen.

Eine lesenswerte, vor allem aber nachdenkenswerte Analyse zum Politikversagen staatlicher Institutionen im Gesundheitswesen, das dadurch zu einer profitorientierten Gesundheitswirtschaft ohne soziale Verantwortung degeneriert – zugunsten einer kleinen Gruppe von Investoren und von Profiteuren vor allem im Pharmabereich.

Wolfgang Albers: Zur Kasse bitte! Gesundheit als Geschäftsmodell, Verlag Das Neue Berlin, September 2016, 14,99 Euro.

Innovatives im russisch-japanischen Verhältnis

von Peter Linke

Beobachter sind sich weitgehend einig: Der Japan-Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin Mitte Dezember vergangenen Jahres, seine intensiven Gespräche mit Premier Shinzō Abe in Nagato und Tokio, hätten zu keinem Durchbruch in den bilateralen Beziehungen geführt.

Das zentrale Problem, der leidige Streit um eine Reihe von Inseln des sich zwischen der russischen Halbinsel Kamtschatka und der japanischen Insel Hokkaidō erstreckenden Kurilenbogens (japanisch Chishima-rettō – *Archipel der tausend Inseln*) – Iturup (Etorofu), Kunashir (Kunashiri) sowie Shikotan und die Habomai-Gruppe – sei ungelöst geblieben; Verlautbarungen über deren eventuelle gemeinsame Nutzung entbehrten jeglicher rechtlicher Grundlage; von der Unterzeichnung eines seit Jahrzehnten überfälligen Friedensvertrages sei man nach wie vor weit entfernt; kurzum, das Verhältnis bleibe prekär...

Aber vielleicht ging es Moskau und Tokio ja gar nicht um einen „Durchbruch“, sondern angesichts der wirklich schwierigen bilateralen Gemengelage „lediglich“ um gute alte *Vertrauensbildung*. Aus dieser „weichen“ Perspektive betrachtet, war Putins Visite nämlich alles andere als ein Flop (siehe *WeltTrends*, 1/2017).

Dies umso mehr, als diese Visite auch eine Reihe sehr konkreter, „harter“ Ergebnisse produzierte: Gut 60 Vereinbarungen im Gesamtwert von rund 2,5 Milliarden USD. Darunter natürlich auch Energieprojekte, so auf der nordwestsibirischen Halbinsel Jamal (Stichwort: Yamal-LNG).

Aber nicht sie bestimmten die russisch-japanischen Gipfelgespräche, sondern Abkommen jenseits von Öl & Gas: zur Modernisierung staatlicher russischer Technologie-Infrastruktur, vor allem jedoch zur Förderung innovativer Firmengründungen im Hochtechnologie-Bereich.

Ende 2014 hatte Putin eine *Nationale Technologie-Initiative* angekündigt. Gemeint war ein langfristiges Komplexprogramm zur Förderung global konkurrenzfähiger Hochtechnologie-Unternehmen. Mit seiner Dezember-Visite signalisierte Russlands Präsident einmal mehr, dass er Japan diesbezüglich als einen Schlüsselpartner ausgemacht hat.

Das in diesem Zusammenhang in Nagato & Tokio zur Sprache Gekommene kann sich durchaus sehen lassen. So verständigten sich die Moskauer Technische Universität für Telekommunikation und Informatik (MTUSI) und das japanische Nationale Institut für Informations- und Kommunikationstechnologie auf die gemeinsame Erforschung WLAN-fähiger Breitbandnetze der jüngsten Generation (5G+), notwendig zur Lösung vielfältiger Aufgaben im Rahmen des „Internets der Dinge“ (Gesundheitsvorsorge, Energie-Management, „intelligente Städte“, Umweltschutz ...).

Gleich mehrere Abkommen zielen auf die Verbesserung des russischen Postdienstes. Etwa zwischen Russlands Ministerium für Tele- und Massenkommunikation und Japans Ministerium für Innere Angelegenheiten und Kommunikation über IT-gestützte Postdienstleistungen, dem staatlichen russische Postunternehmen Potschta Rossii und Japans privatem Postdienstleister Nihon yūbin über netzbasierte Kundenbetreuung, oder zwischen Potschta Rossii und Toshiba über die Automatisierung russischer Post- und Logistiksysteme in Moskau und Nowosibirsk.

Besonders bemerkenswert an der sich abzeichnenden russisch-japanischen Innovationspartnerschaft: die massive Einbeziehung der 2011 gegründeten *Technopolis Skolkowo*. Gelegen vor den Toren Moskaus, beherbergt das rund 500 Hektar große Areal Forschungscluster für fünf strategische Industrien (IT, Biomedizin, Energetik, Nukleartechnik, Weltraum & Telekommunikation), 50 R&D-Zentren, einen Technopark, ein Kulturzentrum, ein Krankenhaus, eine Schule sowie Wohn- und Arbeitsräume für rund 30.000 Menschen. Hauptanliegen des mit gut fünf Milliarden USD staatlich anschubfinanzierten Projekts: die Überwindung der rohstofflastigen russischen Exportstruktur durch gezielte Förderung innovativer Techno-Startups.

Seit 2013 geschieht dies auch mit Hilfe japanischer Firmen. Die Erste war das Traditionsunternehmen Shimadzu, einer der wichtigsten Hersteller von Geräten der instrumentellen Analytik. Im Jahr darauf folgte mit Panasonic eines der weltweit führenden IT-Unternehmen. Am

Rande des Dezember-Gipfels konkretisierten *Panasonic Russland* und die Skolkowo-Stiftung ihr Rahmenkooperationsabkommen für das Jahr 2017. Im Mittelpunkt: Die Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Biomedizin, Robotik, IT, Datensicherheit, Urbanistik und Landwirtschaft sowie die Schaffung regionaler Innovationssysteme, insbesondere in Sibirien und Russlands Fernem Osten.

So werden sich die Japaner an der Projektierung des Skolkowo-basierten Moskauer Internationalen Medizinizentrums beteiligen sowie Startup-Firmen unterstützen, die Hochtechnologie für „intelligentes Stadt-Management“ und gewächshausbasierte Pflanzenzüchtung entwickeln und international vermarkten wollen.

Bereits im vergangenen Sommer hatten sich Panasonic und Skolkowo-Resident RAIDIX, ein russischer Spezialist für professionelle Speichersoftware darauf verständigt, gemeinsam ein System hybrider Sicherung „heißer“ und „kalter“ Daten für einen Zeitraum von 100 Jahren zu entwickeln. Vor seiner weltweiten Vermarktung soll es in medizinischen Großeinrichtungen, Museen, Universitäten, staatlichen Archiven und öffentlichen Bibliotheken Russlands zum Einsatz kommen. Ein entsprechendes Abkommen wurde im Dezember „aus gegebenem Anlass“ unterzeichnet.

Derweil drängen weitere japanische Spitzenfirmen in Russlands Hightech-Paradies. Etwa Fujitsu, das ebenfalls am Rande des Dezember-Gipfels ein Kooperationsabkommen mit Skolkowo-Resident ABBYY, einem bekannten russischen Entwickler & Vermarkter von Anwendungen maschinellen Sehens und der Computerlinguistik, unterzeichnete.

Das Interesse der Japaner an Orten wie Skolkowo kommt nicht von ungefähr. Zu ihrer eigenen Technopolis Tsukuba, konzipiert in den 1960ern und aufgebaut in den 1970ern gut 60 km nordöstlich von Tokio, hatte sie die ab 1957 nahe Nowosibirsk errichtete sowjetische Wissenschaftsstadt Akademgorodok inspiriert.

Daran hatte auch Hideki Iwabuchi, Spitzenbeamter im japanischen Ministerium für Bildung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des im vergangenen Oktober in Moskau stattgefundenen 6. Russisch-Japanischen Rektorenforums erinnert, als er anmerkte, Tsukubas Wurzeln lägen auch in Russland.

Überhaupt war dieses Forum in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Nicht nur, dass es mehr als 60 Vertreter japanischer und gut 40 Vertreter russischer Hochschulen versammelte. Erstmals seit seiner Etablierung im Jahre 2009 stellten sich die teilnehmenden akademischen Einrichtungen nicht nur gegenseitig vor, sondern präsentierten auf japanischen Wunsch wissenschaftliche Fragestellungen und Projekte. Einhellig begrüßt wurde die Absicht Tokios, die Zahl der Austauschstudenten von gegenwärtig rund 500 in den kommenden drei Jahren auf 2000 zu erhöhen.

Ebenfalls neu: der systematische Ausbau regionaler universitärer Netzwerke. Etwa zwischen der Hokkaidō-Universität Sapporo und fünf russischen Universitäten: in Wladiwostok, Jakutsk, Chabarowsk, Juschno-Sachalinsk und Irkutsk.

Der Abstand zwischen unseren Ländern, so Professor Atsushi Sakaniwa von der renommierten Tokioter Waseda-Universität habe in letzter Zeit abgenommen. Mit diesem Eindruck ist er sicherlich nicht allein.

Nun höre ich schon die Kritiker: alles schön und gut, aber wirklich entwickelte Beziehungen sähen anders aus: In der Tat ist der Umfang des bilateralen Handels (2015) mit rund 20 Milliarden USD eher bescheiden. Und man könnte weitere statistische Fakten ins Feld führen, die das Bild noch mehr eintrüben würden. Aber die Dinge sind im Fluss und *qualitative* Weichenstellungen wurden und werden von beiden Seiten vorgenommen. Die Konzentration auf innovative Bereiche gehört zweifellos dazu.

Die Förderung konkurrenzfähiger technologischer Startup-Firmen sowie das Knüpfen regionaler Hochschulbande sind zwei Tendenzen, die, wenn sie zusammenkommen, synergetische Effekte auslösen werden, deren Wirkung auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur im nordosteurasischen Raum erheblich sein dürften...

Der Westen & Russland – zum Diskurs

von Wolfgang Schwarz

„ [...] wir müssen den Dialog aus einer Position der Stärke führen. Russland [...] wird uns nur respektieren, wenn wir stark sind [...], wenn wir militärisch Muskeln zeigen.“

*Ben Hogdes,
Oberkommandierender
der US-Streitkräfte in Europa*

„Eine eigene Atommacht müsste mit Russland mithalten können. Europa würde dann zur Supermacht. Das würde ich begrüßen.“

*Jaroslaw Kaczynski,
Polens faktischer Alleinherrscher*

Die Krise – da bildet die Zeit seit dem offenen Ausbruch der Spannungen zwischen dem Westen und Russland im Gefolge der Ereignisse in der Ukraine im Jahre 2014 keine Ausnahme – ist die Stunde der Strategen. Hierzulande wie in anderen NATO-Staaten insbesondere solcher, die unverdrossen feindbildgeprägte Konzepte recyceln, die sich unter Begriffe wie Abschreckung und Politik der Stärke subsummieren lassen. Der Rückgriff erfolgt dabei in der Regel unter Ausblendung von Ereignissen, Entwicklungen und Analogien des Kalten Krieges, anhand derer auch dem weniger informierten Publikum deutlich werden könnte, wie ahistorisch und sicherheitspolitisch kontraproduktiv eine Orientierung auf derartige Konzepte ist. Die Kuba-Krise, um nur *das* Beispiel aus der Zeit zwischen 1945 und 1989 zu nennen, wurde durch Abschreckung weder verhindert, noch durch Politik der Stärke gelöst. Letzteres erfolgte durch Kompromiss und wechselseitigen Interessenausgleich.

Auch die Beendigung des Kalten Krieges in der Zeit zwischen 1985 und 1990 erfolgte auf einer solchen Grundlage, wobei Entspannung und Partnerschaft im Verhältnis des Westens zu Russland die entscheidende Komponente war, um erfolgreich Schritte in Richtung einer nicht-konfrontativen Sicherheitsarchitektur in und für Europa unternehmen zu können. Die Charta von Paris aus dem Jahre 1990 hätte die kodifizierte Grundlage dafür werden können, diesen Prozess fortzuführen. Aber dann zerfiel die Sowjetunion, und in Russland herrschten zehn Jahre frühkapitalistische Anarchie nebst weitgehender außenpolitischer Handlungsunfähigkeit, und der Westen seinerseits ging dazu über, seine eigene Einflussphäre systematisch in Richtung der russischen Westgrenze vorzuschieben, und mochte davon auch nicht mehr ablassen, als mit Putin wieder ein ernst zu nehmender Kopf in Moskau an der Spitze erschien und die Hand demonstrativ nach Westen ausstreckte. Etwa in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 29. September 2001 oder in durch seine Initiative für einen „Europäischen Sicherheitsvertrag“ für den Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok vom 5. Juni 2008, für den auch ein entsprechender Entwurf unterbreitet worden ist. Insofern könnte sich das Diktum des russischen Präsidenten vom Zerfall der Sowjetunion als größter geopolitischer Katastrophe des XX. Jahrhunderts auf längere Sicht als nicht so unzutreffend erweisen, wie die reflexartige Ablehnung einer solchen Sicht der Dinge im Westen üblicherweise suggerieren will.

Es gehört offenbar zu der Geschichte eigenen Ironie, historische Lektionen mit dem Abtreten maßgeblicher Beteiligten binnen einer Generation weitgehend in Vergessenheit geraten zu lassen. Was derzeit in den politischen Feuilletons der inländischen Leitmedien an strategischen Überlegungen, Rezepten und Konzeptionen ventiliert wird, liefert leider für die Berechtigung dieser Befürchtung überreichlich Beispiele. Unhinterfragte Wiedergaben solcher Äußerungen

wie der eingangs zitierten des Oberbefehlshabers der US-Truppen in Europa sowie von Jaroslaw Kaczynski inklusive. (Was Atomwaffen und europäische Sicherheit anbetrifft soll hier nur auf den Blättchen-Beitrag des Autors in Nr. 2/2017 verwiesen werden.)

Beispiel eins: Vor einigen Wochen ließ die FAZ in ihrer Rubrik „Fremde Federn“ Klaus Segbers zu Wort kommen. Seines Zeichens immerhin Professor für Internationale Politik am nicht unrenommierten Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Segbers weiß es ganz genau: „Russland wird überschätzt. Vor diesem Hintergrund ist die Redseligkeit vieler westlicher Politiker gegenüber Moskau erstaunlich. Was gibt es denn zu bereden? Wir haben keinen Kalten Krieg mehr, es bedarf keiner Entspannungspolitik mehr.“

Die beiden Weltkriege, die ihren Ausgang in Europa nahmen, bedurften zu ihrer Entstehung allerdings keines Kalten Krieges zwischen antagonistischen Systemen. Es genügten völlig die Spannungen zwischen kapitalistischen Staaten, und zumindest eine solche Situation haben wir in Europa heute wieder.

Die Entspannung ihrerseits hat entscheidend dazu beigetragen, dass der Kalte Krieg nicht zum heißen wurde. Angesichts des seit 2014 vor sich gehenden Aufschaukelns der militärischen Konfrontation zwischen der NATO und Russland vor allem in grenznahen Bereichen, disqualifiziert sich der Kurzschluss Segbers, es bedürfe keiner Entspannungspolitik mehr, also selbst.

Es ist im Übrigen nicht sein einziger: „Wir können [...] unsere Aufmerksamkeit minimieren, die westliche Debatte abkühlen und den Russland-Fokus zurücknehmen. Es gibt viele wichtigere Fragen und Herausforderungen als Russland. Ein penetranter Russland-Diskurs bindet unnötig Energien, die wir, zum Beispiel, für die Lösung dringender Fragen in Europa benötigen.“ Ganz abgesehen davon, dass auch diesem Professor die im Westen übliche Arroganz eigen ist, das größte europäische Land schon mittels eines exklusiven Europa-Begriffes aus dem Bestand des Kontinents zu exkommunizieren, bleibt doch ein Tatbestand unleugbar: Russland ist nukleare Supermacht. Das heißt, dass im Falle eines raumgreifenden militärischen Konfliktes mit dieser und schon gar bei Eskalation auf die nukleare Ebene anschließend mit einiger Wahrscheinlichkeit überhaupt keine der dringenden Fragen, die Segbert meinen könnte, noch von nennenswerter Relevanz wäre.

Zur Ehrenrettung des Autors soll allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass er zumindest zu einem von außen geförderten Regimewechsel in Moskau, von dem mancher im Westen immer noch träumt, nachdem es zuletzt in der Ukraine – wenn auch, gemessen am Ergebnis, mehr schlecht als recht – geklappt hatte, ein klares Votum formuliert: „Der ist weder legitim noch machbar.“

Exkurs: Inzwischen schreitet die militärische Kräfteverstärkung der USA und der NATO im Baltikum, in Polen und in anderen osteuropäischen Staaten weiter voran. In ihrer „Operation Atlantic Resolve“ hat die US-Armee gerade rund 3500 Mann und 2000 Militärfahrzeuge, darunter knapp 90 Kampfpanzer, 18 Panzerhaubitzen und fast 150 Späh- und Schützenpanzer nach Polen verlegt. Einzelne Bataillone dieses Kontingents sind für Rumänien, Bulgarien und das Baltikum vorgesehen. Noch im Februar werden im Rahmen der genannten Operation 2200 weitere US-Soldaten mit insgesamt über 80 Kampf- und Transporthubschraubern hinzukommen, die ebenfalls nach Osteuropa und zum Teil nach Deutschland verlegt werden. Parallel dazu nimmt die Bildung von vier multinationalen Bataillonen der NATO à 1000 Mann für die baltischen Republiken und Polen Gestalt an; eines davon wird die Bundeswehr führen.

Beispiel zwei: Den Sinn der eben skizzierten Maßnahmen, offiziell als „Enhanced Forward Presence“ bezeichnet, erläuterte Konrad Schuller, FAZ-Korrespondent für Polen und die Ukraine, kürzlich folgendermaßen: „Zu den Grundannahmen dieses Einsatzes gehörte zunächst die Überzeugung fast aller westlichen Experten, dass etwas geschehen müsse, weil das unberechenbar gewordene Russland hier im Nordosten enorme Überlegenheit besitzt. Die baltischen Staaten sind klein.“ Moskau habe „bei grenznahen Manövern zuletzt bis zu 80.000 Mann mobilisiert“. Und: „Simulationen der amerikanischen Rand-Corporation haben ergeben, dass Moskau, [...] gerade drei Tage brauchen würde, um die Hauptstädte Tallinn, Riga und Vilnius einzunehmen.“ Das könnten natürlich auch die wenigen jetzt vorverlegten NATO-Männern nicht verhindern. Aber was die betrifft, da ist ein ausgeklügeltes Konstrukt im Spiel. Zu dessen Erläuterung bemühte Schuller einen Vertreter des Londoner „International Institute for Strategic Studies“, der seinerseits auf das

alte West-Berlin verweist: „Damals sind die westlichen Alliierten der sowjetischen Übermacht in Ostdeutschland durch relativ kleine amerikanische, britische und französische Kontingente in der bedrohten Stadt entgegengetreten. Nicht ihre Kampfkraft war entscheidend, sondern das Signal: Wer angreift, bekommt es mit der gesamten Nato zu tun. Hinter dem heutigen Nato-Einsatz in Polen und im Baltikum steckt ein ähnliches Kalkül.“

Allerdings weiß auch Schuller: „Ein Signaldraht hat nur Sinn, wenn jemand auf das Signal reagiert – und zwar die Nato mit einer entschlossenen Antwort im Sinne ihres ‚Artikels 5‘, der Pflicht zum Beistand.“ Hier hätte er – der historischen Redlichkeit wegen – nicht unerwähnt lassen sollen, dass genau Letzteres sich nach dem 13. August 1961 als Schimäre erwies: Die DDR regelte nicht nur West-Berlin ab, sondern reglementierte auch die alliierten Zugangsrechte dorthin rigoros, mit Rückendeckung Moskaus. Weder Washington noch gar die westeuropäischen NATO-Staaten riskierten deswegen einen Atomkrieg. Wären die baltischen Republiken sicherheitspolitisch also nicht besser beraten, wenn sie nicht darauf vertrauten, dass eine vergleichbare Entscheidung heute anders ausfiele?

Währenddessen, so Schuller, halte die NATO für den Beistandsfall „die nötigen Soldaten“ bereits „bereit: Die ‚Nato-Speerspitze‘ (VJTF) könnte in wenigen Tagen 5000 Mann einfliegen, die ‚Nato Response Force‘ 30.000 Mann binnen eines Monats. Weitere 40.000 könnten innerhalb eines Vierteljahres folgen.“

Doch an dieser Stelle stutzt wahrscheinlich selbst der militärische Laie: Wenn die RAND-Prognose zuträfe, wo, bitteschön, sollte dann auch nur die VJTF sinnvollerweise ansetzen? Vom Rest ganz zu schweigen.

Hier soll allerdings nicht militärischen Sandkastenspielen das Wort geredet, sondern vielmehr deutlich gemacht werden: Auf diesem Wege werden die sicherheitspolitischen Probleme auch des Baltikums im Verhältnis zu Russland nicht zu lösen sein. Wie im Falle des alten West-Berlins werden diese Probleme durch Abschreckungsattitüden und Politik der Stärke vielmehr nur verschärft und verlängert.

Beispiel drei: Besonders harte Salon- und Schreibtischstrategen, schon was das Verhältnis zur Sowjetunion anbetraf, hatte von jeher das Haus Springer zu bieten – spätestens seit Gründer Axel Cäsar 1958 in Moskau mit dem Versuch gescheitert war, dem damaligen KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow die DDR abzuhandeln. Diese Tradition hält sich bis heute, derzeit personifiziert unter anderem durch Richard Herzinger, der sich vor der Wahl des neuen Bundespräsidenten im Blatt *Die Welt* diese Gedanken über den Kandidaten Frank-Walter Steinmeier machte: „So weit es darum geht, Erreichtes zu verteidigen und auf der Basis breitester möglicher Konsensfindung behutsam auszubauen, ist Steinmeier eine Idealbesetzung. Wo es jedoch darum geht, *antagonistische Konflikte auszutragen, die nur erfolgreich durchzustehen sind, wenn man selbst in den Angriff geht und den Gegner in die Defensive zwingt* (Hervorhebung – W.S.), ist er überfordert.“

Man hört förmlich die Kommissstiefel im Gleichschritt aufs Straßenpflaster knallen.

Solche Denkungsart ist uralt und firmiert seit irgendwann in der späten Neuzeit unter dem Rubrum „Nullsummenspiel“: Dein Verlust ist mein Gewinn; und umgekehrt.

Die Möglichkeit, dass es Verlierer auf beiden Seiten geben könnte, ist in diesem schlichten Koordinatensystem nicht vorgesehen. Zwischen atomar bewaffneten Gegnern, da war man sich zumindest gegen Ende des Kalten Krieges ziemlich einig, ist das aber die wahrscheinlichste Variante im Falle eines militärischen Großkonflikts.

Diese Denkungsart ist für das Zustandekommen zahlloser Kriegsgeschehen in der Menschheitsgeschichte wenn schon nicht konstituierend, so doch mitentscheidend gewesen sein, und hat über die beiden Weltkriege hinaus auch den Kalten Krieg und das bisherige militärische Nuclearzeitalter zwar gottseidank nicht dominiert, aber in erheblichem Maße geprägt.

Wenn allerdings maßgebliche Akteure in Ost und West das Koordinatensystem dieser Denkungsart nicht schon zu Beginn der 1970er Jahren wenigstens partiell verlassen hätten, wie wäre dann ein Helsinki-Prozess zu beginnen und zu einem nachwirkenden Ergebnis zu bringen gewesen? Und hätten Entscheider im Westen wie Helmut Kohl, der Gorbatschow noch 1986 mit Goebbels verglich, nicht über den Tellerrand dieser feindbildgeprägten Denkungsart hinauszublicken vermocht, wir säßen womöglich heute noch in den Schützengräben des Kalten Krieges.

Oder hätten die auf eine Weise hinter uns gelassen, die unseren Kindern und Enkeln jede Chance auf eigene Lebenserfahrungen nachhaltig verwehrt hätte.

NATO-Russland – militärische Zwischenfälle verhindern

von Jerry Sommer

2013, also vor der Ukraine-Krise, sind NATO-Kampfflugzeuge insgesamt 40 Mal aufgestiegen, weil russische Militärmaschinen im Baltikum nahe der Grenzen von NATO-Staaten geflogen sind. Danach hat sich diese Zahl vervielfacht, sagt Lukasz Kulesa vom „European Leadership Network“, einem Thinktank, der sich mit Gefahren für die europäische Sicherheit beschäftigt: „2014 gab es schon 140 solcher Zwischenfälle, 2015 waren es 116. Nach Angaben der NATO ist diese Zahl 2016 leicht auf 110 zurückgegangen“.

Aber aufgrund der Truppenverlegungen sowie vermehrter Militärübungen der NATO wie auch Russlands in Grenzregionen von NATO-Mitgliedern ist das Risiko von Zwischenfällen weiterhin hoch, sagt Leon Ratz von der Washingtoner „Nuclear Threat Initiative“, die sich seit vielen Jahren für eine Reduzierung vor allem von nuklearen Gefahren einsetzt: „Das Risiko von Unfällen und Fehleinschätzungen wächst. Und damit sind unakzeptabel hohe Eskalationsgefahren verbunden. Wir haben es ja mit Nuklearmächten zu tun. Deshalb sind damit auch nukleare Gefahren gegeben.“

Die NATO hat wiederholt kritisiert, dass russische Militärflugzeuge über der Ostsee mit ausgeschalteten Transpondern fliegen. Denn so können zivile Flugzeuge und die zivile Luftraumüberwachung diese Flugzeuge auf ihren technischen Geräten nicht wahrnehmen. Im Notfall ist daher ein Ausweichen erst möglich, wenn die Militärmaschinen in Sichtweite sind. Russland hat lange Zeit abgestritten, dass dadurch die Sicherheit im Luftverkehr gefährdet würde. Im vergangenen Sommer hat Moskau jedoch einem Vorschlag des finnischen Präsidenten Niinistö zugestimmt, dass im Baltikum alle Militärflüge nur mit eingeschalteten Transpondern stattfinden sollten. Der russische Botschafter bei der NATO in Brüssel Alexander Gruschko erklärt: „Wir haben der NATO wie auch den einzelnen NATO-Staaten vorgeschlagen, technische Gespräche zwischen Militärs unserer Länder zu beginnen, mit dem Ziel, alle Fragen zu behandeln, die mit der militärischen Sicherheit und Stabilität zu tun haben und besonders mit der Vermeidung von gefährlichen militärischen Zwischenfällen.“

Deutschland hat sich innerhalb der NATO dafür ausgesprochen, den russischen Vorschlag aufzugreifen.

Zwar wurde im NATO-Russland-Rat, der im vergangenen Jahr insgesamt dreimal zusammengekommen ist, über das Thema Risikovermeidung gesprochen. Allerdings haben sich beide Seiten bisher nicht auf konkrete Maßnahmen geeinigt. Insbesondere bei der Transponderfrage hat es bisher kein klares „Ja“ der NATO-Staaten gegeben. Immerhin haben NATO und Russland weiteren Gesprächen hierüber zugestimmt, zu denen der finnische Präsident alle interessierten Staaten in diesem Jahr einladen will.

Ein Problem dürfte sein, dass Militärs beider Seiten es für nützlich halten, die Transponder manchmal ausgeschaltet zu lassen. Lukasz Kulesa bemerkt: „Flüge ohne eingeschaltete Transponder werden manchmal benutzt, um Informationen über die Radarsysteme der anderen Seite zu sammeln. Die Russen machen das und einige NATO-Staaten machen das ebenfalls. Es gibt eine gewisse Zurückhaltung der Militärs beider Seiten, denke ich, das in einem Abkommen strikt zu verbieten.“

Die zögerliche Antwort der NATO auf den russischen Transponder-Vorschlag hat jedoch vor allem einen politischen Hintergrund: Denn die NATO ist in der Frage gespalten, inwieweit man

durch Gespräche oder gar Abkommen zwischen Russland und der NATO den Eindruck erweckt, man kehre trotz des russischen Vorgehens in der Ukraine wieder zum Normalzustand zurück. Deutschland ist dafür, alle Möglichkeiten zur Risikominimierung und für Rüstungskontrolle in Europa zu nutzen. Einige osteuropäische NATO-Mitglieder aber sind strikt dagegen und lehnen es ab, wieder Gespräche zwischen NATO- und russischen Militärs zu führen. Die NATO hatte als Reaktion auf die Ukraine-Krise die militärische Zusammenarbeit mit Russland auf Arbeitsebene komplett eingestellt. Eine falsche Entscheidung, findet der Rüstungsexperte Hans-Joachim Schmidt von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“: „Meine persönliche Auffassung ist, dass es ohnehin ein Fehler war, auf der Arbeitsebene den NATO-Russlandrat einzustellen. Insofern befürworte ich eine schnellstmögliche Reaktivierung des NATO-Russlandrates auch auf Arbeitsebene.“

Denn nur durch Gespräche zwischen Militärexperten aus der NATO und Russland können konkrete Vereinbarungen über Flugsicherheit und Risikovermeidung vorbereitet werden.

Erstrebenswert wäre sicherlich eine umfassende Vereinbarung zwischen der NATO und Russland über diese Thematik. Trotz des Widerstandes einiger osteuropäischer Staaten gibt es dafür nach dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump offenbar bessere Voraussetzungen als bisher. Der russische NATO-Botschafter Gruschko ist jedenfalls optimistisch: „All unsere Vorschläge, die wir sowohl der NATO als auch den einzelnen NATO-Staaten gemacht haben, liegen nach wie vor auf dem Verhandlungstisch. Wir glauben, dass die NATO eher früher als später darauf konstruktiv antworten wird.“

Der Rüstungsexperte Hans-Joachim Schmidt ist allerdings skeptisch: „Das ist gegenwärtig vor dem Hintergrund der Differenzen zwischen den NATO-Staaten nicht machbar. Insofern ist es sinnvoller, es auf bilateraler Ebene zu versuchen, zumal es zwischen NATO-Staaten und Russland schon 12 Abkommen zur Verminderung der Risiken von militärischen Zwischenfällen auf Hoher See gibt.“

Diese Abkommen basieren auf einer Vereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion aus dem Jahre 1972. Auch Deutschland hat ein entsprechendes Abkommen mit Russland. Allerdings gibt es solche Abkommen bisher weder mit Polen und den baltischen Staaten noch mit Rumänien und Bulgarien. Dabei ist es auch in der Schwarzmeer-Region zu Zwischenfällen gekommen.

Das Hauptproblem der bestehenden Abkommen über die Vermeidung von Zwischenfällen auf und über den Meeren ist jedoch, dass sie sehr allgemein und wenig konkret sind. Während die USA Tiefflüge russischer Kampfflugzeuge über US-Kampfschiffe als „provokativ“ und „gefährlich“ bezeichnet haben, sind diese aus russischer Sicht „professionell“ und „legal“. Welche Entfernungen und Abstände als „sicher“ angesehen werden, müsse deshalb von den USA beziehungsweise der NATO und Russland gemeinsam festgelegt werden, schlägt die „Nuclear Threat Initiative“ in einem Bericht vor.

Diese Vorschläge unterstützen in einer gemeinsamen Erklärung der ehemalige britische Verteidigungsminister Des Browne, der frühere US-Senator Sam Nunn, der ehemalige russische Außenminister Igor Ivanow und der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger. Russland habe den USA schon ein entsprechendes Angebot unterbreitet, sagt der russische Botschafter Gruschko: „Wir haben den USA vorgeschlagen, Ergänzungen zu dem bestehenden bilateralen Abkommen zu verhandeln und dabei zu definieren, welches die maximalen bzw. minimalen Entfernungen sein sollen, auf die sich Schiffe und Flugzeuge beider Seiten einander annähern dürfen. Nach warten wir auf eine Antwort.“

Ob – und gegebenenfalls wann – die neue Administration in Washington antworten wird, ist offen. Anscheinend gibt es jedoch neue Möglichkeiten, aus einer wachsenden gegenseitigen Konfrontation mit ihren Eskalationsgefahren auszubrechen – sowohl auf der bilateralen Ebene zwischen den USA und Russland sowie multilateral im NATO-Russland-Rat oder in der OSZE, der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Hans-Joachim Schmidt von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ ist jedenfalls hofft auf Annäherungen: „Wenn beide Seiten versuchen, ein Stück aufeinander zuzugehen, um die Beziehungen zu verbessern, sind die Chancen, die bestehenden Abkommen zur Risikominimierung zu verbessern, natürlich besser.“

Die kommenden Monate werden zeigen, ob diese Chancen auch genutzt werden oder ob es Hardlinern gelingt, eine Renaissance von Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung zu verhindern.

Leicht veränderte Version eines Beitrages für „Streitkräfte und Strategien“ (NDR-Info, 28.1.2017).

Schwarzgeld, Korruption und Parteienfinanzierung

von Edgar Benkwitz

Vor mehr als einem Vierteljahr halte durch Indien ein ungewöhnlicher Donner Schlag, dessen Grollen noch heute zu hören ist. Am 8. November setzte die Regierung mit sofortiger Wirkung den größten Teil der im Umlauf befindlichen Banknoten außer Kraft. Als Maßnahme gegen Schwarzgeld deklariert, richtete sie jedoch erst einmal ein ziemliches Chaos an. Viele unbescholtene Bürger wurden finanziellen Problemen ausgesetzt, denn die angeordnete Registrierung der alten Noten sowie die Bereitstellung neuer dauerte oft Wochen. Die relativ gut funktionierende Wirtschaft des Landes geriet ins Stottern, da das fehlende Bargeld zu einer empfindlichen Störung des wirtschaftlichen Kreislaufs mit weniger Produktion und Kaufkraft führte.

Internationale Finanzinstitutionen schätzen ein, dass es infolge der Aktion zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von bis einem Prozent im laufenden Jahr kommen wird. Das nimmt die Regierung in Kauf, überwiegen doch nach ihrer Ansicht die positiven Resultate. Und in der Tat wird allgemein anerkannt, dass gegen die Übel Schattenwirtschaft, Schwarzgeld und Korruption, die in Indien allgegenwärtig sind, endlich etwas Entscheidendes getan werden musste. In der sieben Wochen dauernden Umtauschaktion wurde massenhaft Steuerbetrug aufgedeckt, der mit Steuernachzahlungen, Bußgeldern und Strafanzeigen geahndet wird. Bei den Banken kam es zu den gewünschten vielen Kontoeröffnungen. Auf über zehn Millionen neuer Konten wurden von der Mittel- und Oberschicht zehn Billionen Rupien (1 Euro entspricht etwa 75 Rupien) an Bargeld in alten Scheinen eingezahlt. Die teilweise enorm hohen Einzahlungen werden gegenwärtig auf den rechtmäßigen Erwerb geprüft.

Im Visier sind etwa eine Million Konten, auf denen durchschnittlich 500.000 Rupien liegen sowie 150.000 Konten mit einem Durchschnittsbesatz von etwa 33 Millionen Rupien. Keine Angaben gibt es bisher zur Höhe des „Schwundgeldes“, also jenes Teils der alten Währung, der bei dem Umtausch nicht auftauchte. Ganze Bündel alter Banknoten wurden im Müll gefunden, ihre Besitzer wollten sich nicht bloßstellen. Auch Falschgeld, darunter möglicherweise im Ausland gedruckt, war betroffen. Die Hoffnung, dass dieses Geld auf die in den letzten Jahren für die Ärmsten eingerichteten Jan Dhan-Konten verteilt wird, ist inzwischen verfliegen. Davon gibt es 250 Millionen, sie dienen hauptsächlich dem Transfer staatlicher Sozialleistungen.

Die Umtauschaktion zeigte, dass die korrupte Schicht schnell Mittel und Wege fand, einen Teil ihres Geldes zu retten – wiederum durch Korruption, indem Beamte in Finanzämtern sowie Bankangestellte bestochen wurden. Allein die staatlichen Banken suspendierten daraufhin 156 hohe Beamte, einige müssen sich wegen krimineller Machenschaften verantworten. Auch eine Vielzahl der erwähnten Jan Dhan-Konten, wiesen plötzlich einen hohen Bestand auf, ganz offensichtlich wurde hier missbräuchlich Geld von Vermögenden geparkt. Von Kritikern wurde auch darauf verwiesen, dass mit dem Zugriff auf Bargeld nur ein Zweig des illegalen Reichtums betroffen wurde. Der Besitz von Immobilien, von Gold und vor allem das Auslandsvermögen wurden nicht angetastet. Auch diejenigen, die ihr Geld bereits bei Banken deponiert hatten, blieben weitgehend unbehelligt.

Über einen anderen wichtigen Aspekt des Umtausches ist von der Regierung und der sie tragenden hindunationalistischen Indischen Volkspartei (BJP) kaum etwas zu hören. Bei seinem Amtsantritt vor nahezu drei Jahren hatte Premierminister Narendra Modi versprochen, entschlossen gegen die im Land bestehende Korruption vorzugehen. Bisher geschah an dieser Front wenig, doch das jetzige Vorgehen gegen Schwarzgeld ließ die Popularitätswerte von Narendra Modi stark steigen. Das war politisch gewollt, denn die Aktion fiel in den Vorwahlkampf zu den Landtagswahlen in fünf Unionsstaaten, darunter im innenpolitisch wichtigen nordindischen Uttar Pradesh mit seinen 210 Millionen Einwohnern. Modis BJP ist überall angetreten, die stärkste Partei zu werden. Meinungsumfragen noch Ende Januar in Uttar Pradesh ergaben, dass fast zwei Drittel der Befragten die Umtauschaktion als gut für Indien ansehen. Diese Zustimmung soll nun möglichst in ein gutes Wahlergebnis für Modis Partei umgemünzt werden.

Natürlich sind Razzien der Steuerbehörden, die bei politischen Konkurrenten riesige Mengen an Bargeld sicherstellten, sehr willkommen. Das wiederum wirft ein Schlaglicht auf die Parteienfinanzierung und die Rolle von Schwarzgeld bei Wahlen. Nach kürzlich veröffentlichten Daten der Zentralen Wahlkommission sind im Land insgesamt 1900 politische Parteien registriert, davon haben allerdings 400 nie an einem Wahlkampf teilgenommen. Da Parteien für alle Zuwendungen von der Einkommenssteuer befreit sind, sei die Existenz einer politischen Partei der beste Weg, um Schwarzgeld weiß zu waschen, folgert dazu die *Times of India* in einem Kommentar. Weitere, für die Demokratie erschreckende Zahlen nennt die in Delhi ansässige Association for Democratic Reforms. Von 2004 bis 2015, also in elf Jahren, erhielten die Parteien 78 Milliarden Rupien aus unbekanntem Quellen, was 69 Prozent ihres Gesamteinkommens ausmachte. Bei der Kongresspartei belief sich dieser Anteil auf 83 Prozent, bei der BJP, gegenwärtig an der Macht, auf 65 Prozent. Gar 94 Prozent sind es bei der regionalen Samajwadi Party (SP), die den erwähnten Unionsstaat Uttar Pradesh regiert. Kein Wunder, dass Ministerpräsident Akilesh Yadav von eben dieser Partei die Existenz einer Schattenwirtschaft rechtfertigte. Ihr sei eine puffernde Funktion zuzuschreiben, so Yadav, die das Land in der Weltwährungskrise vor einem schlimmen Absturz bewahrt habe. Diese beinahe unglaubliche Aussage bestätigt, dass Schwarzgeld und Korruption in Indien im Laufe der Zeit zu Selbstverständlichkeiten der Gesellschaft geworden sind. Exemplarisch ist auch der Fund von 1,5 Milliarden Rupien im Haus eines Ministers der im Unionsstaat Karnataka regierenden Kongresspartei.

Premierminister Modi schlug nun vor, die bisherige private Parteienfinanzierung zu begrenzen und – wie in vielen westlichen Ländern – staatliche Mittel bereitzustellen. In der Haushaltsdebatte des Parlaments wurde ein erster Schritt für Kontrolle und Transparenz getan: Zuwendungen für Parteien aus ungenannten Quellen (in bar, von einer Person) dürfen in Zukunft zweitausend Rupien nicht übersteigen.

Ob die gerade über die Bühne gegangene Geldumtauschaktion einmal in die Erfolgsbilanz der Modi-Regierung eingehen wird, steht noch aus. Unter der Flagge des Kampfes gegen Korruption wurde den Bürgern – besonders dem schnell wachsenden Mittelstand, der den Staat zunehmend trägt – einiges abverlangt. Die offensichtlich ungenügende Vorbereitung, die schleppende Durchführung und die oft fehlende Konsequenz werden kritisiert. Zudem wird die Frage gestellt, wie der enorme Aufwand zum erzielten Nutzen steht.

Nicht vergessen werden soll, dass die Umtauschaktion an Hunderten von Millionen Indern quasi vorbeiging. Über ein Viertel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze und muss mit wenigen Rupien am Tag auskommen. Ihnen bleibt nur die Hoffnung, dass gegen illegalen Reichtum und Korruption weiter und vor allem konsequenter vorgegangen wird.

Alles aufs – Spiel gesetzt

von Hans-Dieter Schütt

Den Kapitalismus kannte sie. War selber, als Fabrikantentochter aus Berlin-Friedenau, „aufgewachsen auf der Seite des höheren Aufwandes“. Ein Mercedes fuhr sie zur Schule. Nie entließ Inge Keller das Mondäne aus der Pflicht, ihrer Erscheinung Form und Format zu geben. Sie war keine Schauspielerin, die man aus gestalteter Größe herabziehen konnte auf Identifikationsniveau. Man hob den Kopf zu ihr, auch wenn sie auf einem Stuhl saß. Natürlich war sie deshalb die Idealbesetzung für Dürrenmatts „Besuch der alten Dame“, Thomas Langhoff inszenierte das Stück 1999 am Deutschen Theater Berlin. Die Milliardärin, aufgestiegen aus dem Schweizer Provinzkaff – die dem Ort nun Unsummen verspricht, wenn es den Mann lyncht, der einst ihre Liebe verriet. Bislang war die Rolle der Claire Zahanassian eine Domäne der aufragenden Matronen gewesen, der eleganten oder wuchtigen Majestäts-Weiblichkeiten. Und was machte die Keller daraus, weit über siebzig schon und im kurzen Rock, in kunstlederner und zugeschminkter Geschmacklosigkeit? Sie spielte nicht, dass Geld den Menschen verwandelt, sie spielte, dass Geld ihn kenntlich macht. Diese Claire war der kleine nuttige Dorftrampel geblieben, aber weil sie unfassbar reich ist, muss sie das keine Sekunde mehr verbergen. Ein Ausdruck höchster Freiheit, nur möglich, wenn der knisternde Schein das Sein bestimmt.

Kapitalismus, Teil zwei: In Konstanze Lauterbachs Inszenierung von Jean Genets „Die Zofen“, ebenfalls am DT, spielte Inge Keller geraume Zeit später die verhasste Herrin zweier Dienerrinnen. Im Thronstuhl fährt sie herein, wie von unsichtbaren Geistern geschoben. Im goldfarbenen Kleid, ein Bein übers andere schlagend, beide Beine elastisch in der Luft haltend. Lange rote Fingernägel. Ein Wirbelwind kapitalistischer Sieghaftigkeit. Die zwei Zofen stehen da: die zwei Doofen. Wessen Welt ist die Welt? Für diesen Abend jedenfalls ist es entschieden, und die Keller entfacht ein Furiosum glücklichster Geist- und Gefühlslosigkeit – dies aber listig, in unangreifbar charmanten Sätzen, in wärmsten, gefühligsten Posen, wie man sie von jeder Prominenten-Gala für die Armen der Welt kennt. In die Glamour-Gesten stürzte sich Inge Keller mit einer Lust, die sie fast zum Singen brachte. Ein wenig erinnerte das Bild an jene Mia Pinneberg in Falladas „Kleiner Mann, was nun!“; die Keller warf damals so bezaubernd um sich, mit unverschämtem, ordinärem Gossenadel. Einer der großen Literaturfilme des DDR-Fernsehens, Regie: Hans-Joachim Kasprzik.

Keller war früh, nach ersten Erfolgen am Hebbel- und Schlosspark-Theater bei Boleslaw Barlog, der ihr „Hollywooooood“ voraussagte, in die DDR gegangen, „um nicht am Wohlstands-Whisky“ zugrunde zu gehen. Und: weil sie von Deutschland inzwischen zu viel gelernt hatte, um in Adenauers Westen bleiben zu wollen. Sie hat – seit 1950 am DT – Theatergeschichte geschrieben. In Aufführungen von Wolfgang Langhoff, Wolfgang Heinz, Heinz Hilpert, Rudolf Noelte, Siegfried Höchst und Horst Sagert, in Benno Bessons „Tartüffe“, in vielen Inszenierungen von Thomas Langhoff. Ulrich Mühe über die Keller: „Dass dies möglich ist! Fallen, ohne zu versinken; fliegen, ohne zu verschwinden – diese wunderbare Erfahrung verdanke ich ihr, sie hat mich meinen Beruf kennenlernen lassen.“

Sie war Goethes Iphigenie (neben Wolfgang Langhoff), war Shakespeares Goneril (neben Willy A. Kleinau) und dessen Emilia (neben Ernst Busch), war Tschechows Mascha (wieder neben Langhoff), war Gorkis Ssomowa. Über ein Dutzend Jahre (!) spielte sie bei Thomas Langhoff die Frau Alving in Ibsens „Gespenstern“; sie gab eine grandiose Julie in Alexander Langs „Dantons Tod“, sie wirkte mit in Einar Schleefs letzter Inszenierung „Verratenes Volk“, sie arbeitete am Berliner Ensemble bei Robert Wilson, der den Satz sagte: „Nur Jessie Norman kann so singen, wie Inge Keller spricht.“

Sie war von idealischer Strenge oder verhärteter Abkehr, konnte Schönheit mit kalter Raffinesse kreuzen oder Gefühlsschauer mit kämpferischem Hochmut. Sie offenbarte in aller Herbheit doch Liebesverlangen oder im Lieben doch eine ununterdrückbare Fürchterlichkeit. Lange Zeit war sie die naive, dann aber die hohe, stolze Adels-Bürgerin der Szene; mehr und mehr aber erfolgte eine Öffnung ins Ironische, ins herrisch und verwegen Skurrile sogar, schließlich ins Brüchige, Ge-

beugte – das trotzdem von unangreifbarer Würde umschmolzen blieb. Alles, was ihr Wesen ausmachte, trieb sie auf eine Bühne, aber dennoch gelang es ihr nie, diese Bühne mit zweifelsfreier Selbstverständlichkeit zu betreten. Sie fragte gern, was es für Gründe gäbe, hinauf- und in ein Stück hineinzusteigen; nichts kann geheimnisvoller sein als gewonnene Klarheit.

Und wenn die Keller las, Stefan Zweig oder Kleist oder Thomas Mann, lieb sie Dichtern nicht ihre Stimme, sie gab ihren Atem hin. Legendär ihre literarischen Matinees, kundig inspiriert und begleitet vom Dramaturgen Hans-Martin Rahner. Keller konnte mit einer einzigen Bewegung ihrer Mundwinkel jedes Pathos unterlaufen, und mit einem einzigen Heben des Kopfes tauchte sie ein ganzes Theater in die Stille höchster Erwartung hinein. Sie erzählte ein Märchen, um im nächsten Moment in den Thriller zu wechseln. Sie war, was deutsche Sprache betraf, vom Bild der Kathedrale inspiriert, nicht von der Poetik der Ruine.

Eine wesentliche Beobachtung aus ihren letzten Jahren: Zu Resignation und Zynismus, nur weil sich am Theater die Zeiten, die Machtverhältnisse, die künstlerischen Handschriften ändern, ist sie unfähig gewesen. Sie blieb fortdauernd geschlagen mit Interesse. Sie ging so oft wie möglich und ausdauernd fiebernd in Aufführungen, schrieb Kollegen kleine Zettel, dankte, riet, ermunterte, ohne sich aufzudrängen. Bei Michael Thalheimer im zweiten Teil des „Faust“ gab sie altersgrundtief Philemon, Baucis und Wanderer in einer Person. Die Unterschrift unter den Vertrag bei diesem berückend harten Künstler des szenischen Konzentrats (die Keller: „Da wehrte sich vieles in mir“) hatte sie lange hinausgezögert, bis endlich hin zur Frage, wie denn das überhaupt, verdammt noch mal!, gehen und wohin das bloß führen sollte, drei Figuren in einer, drei Texte in einem. Thalheimer: „Ich weiß es doch auch nicht.“ Da hatte er sie. Die Neugier, das Lernfieber, die Vollendungssehnsucht. Das Glück, in einer Arbeit verbraucht zu werden, die Risiko bedeutet. Sichergehen, dass nichts sicher ist.

Ihre letzte Rolle am Deutschen Theater: „Tilla“ von Christoph Hein, Regie: Gabriele Heinz. Ein kleines Stück über die Durieux. Ein Stück über den Ruhm. Der bleibt nur eine Spur, zumal in jenen Sand geschrieben, der am Meeresstrand das ewige Futter ewig anrollender Wellen ist. Die Keller als die Durieux als die Keller als die Künstlerin überhaupt. Sie spielte – als fasste sie ihre eigene Existenz noch einmal zusammen – zwinkernd und zweifelsschwer, schmerzbewusst und schmissig, frechschnäuzig und frivolmäulig mit dem Komödiantenlebenslauf. Das Sternschnuppige, das Übermütige, das Traumsüchtige und Weltflüchtige, das dem Leben Verfallene und das mit dem Leben Verfallende, also: den ganzen Reichtum der Kunstausübung.

Heinrich Mann nannte die Durieux eine „moderne Schauspielerin“. Ihre Kunst sei „erarbeitet und wissend“ – auch wenn die Spielerin selber eher erahne und fühle. In diesem Sinne war auch Inge Keller ganz eine Moderne. Was sie spielte, wirkte so ganz – und doch nicht so, als sei sie das, was sie spielt, ganz und gar. Am Telefon meldete sie sich gern als „diensthabende Gräfin der DDR“, und man hat sie in einer öden journalistischen Wiederholungsschleife die große Dame des Deutschen Theaters genannt, aber: Sie blieb die große Werk tätige. Sie trug das Divenkleid und zugleich die Arbeitsschürze. Mit großer Überzeugung: Beweisen kann man nichts, spielen alles. Sie gehörte zu denen, die jeden Abend wie um ihr Leben spielen. Die alles aufs Spiel setzen in des Wortes mehrfacher Bedeutung. Die spielen, um aus der Rolle zu fallen; nicht freilich aus der Welt. Wenn sie Lust auf Fragen hatte, fragte sie am liebsten mit Volker Braun: „Wann sag ich wieder mein und meine alle.“

Nun ist Inge Keller, 1923 geboren, im Alter von 93 Jahren in Berlin gestorben. Heiner Müller schrieb ihr: „Dem Mimen flicht die Nachwelt keine Kränze – ich bin sicher, daß sie in Deinem Fall eine Ausnahme machen wird.“

neues deutschland, 07.02.2017. Übernahme mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.

„Ich brauch das Scheinwerferlicht“ – Die Berliner Iphigenie

von Reinhard Wengierek

„Übernehmen Sie doch bitte“, sagt Kathleen Morgeneyer. Und reicht mir ihre Tochter Fehnja über den Tisch. Im gemütlich abgewetzten „Felix Austria“ in der Berliner Bergmannstraße. Mutter Morgeneyer mit dem märchenhaft langen Haar wohnt ums Eck, die große Tochter Maya, drei Jahre, steckt in der Kinderbetreuung. Und ihr Mann vorm PC. „Geht ganz gut“, findet sie. „Eckhard in der IT-Branche, ich – abgesehen vom Babyjahr – im Theater“; ihre Stücke im Deutschen Theater laufen trotzdem weiter mit ihr.

Entspantheit „vom Hochdruck Bühne“ in der Kreuzberger Kaffeestube. Unser Treff - eine Gemütlichkeitsszene mit Baby auf rotem Samtsofa. Ihr ging eine freundlich scheue Distanz voraus, die alsbald kippte in eine Art vertrauensvolle Gelöstheit. Also Distanz und Nähe, dicht beieinander. Die Gabe, sich hingebungsvoll öffnen, sich umstandslos locker und frei machen zu können, diese souveräne Grundgestimmtheit einer gewiss immer auch heiklen Rückhaltlosigkeit ist ein starkes Fundament, auf dem diese längst zu den Großen der Zunft zählende Schauspielerin ihre Kunst baut. – Dafür bekam sie kürzlich im Hamburger St.-Pauli-Theater den mit 10.000 Euro dotierten Ulrich-Wildgruber-Preis, der seit 17 Jahren im Gedenken an den bedeutenden Schauspieler Ulrich Wildgruber vergeben wird. Und der „eigenwillige Begabungen fördern“ soll, „die in einer Welt von geklonten Fernsehgesichtern besonders aufgefallen sind.“

Es ist also gerade die besagte „Durchlässigkeit“, die beispielsweise den legendären Regisseur Jürgen Gosch gleich am Anfang von Kathleens bemerkenswert steiler Karriere, damals in Düsseldorf 2005, sofort erkannte. Als kostbaren Humus, aus dem ein weit gespannter Ausdrucksreichtum erwächst; den er dann drei Jahre später nutzte in seiner „Möwe“-Inszenierung am Deutschen Theater Berlin – steht noch heute im Spielplan. Er besetzte K.M. für die Rolle der ach so ätherischen und euphorischen, so trostlos lebensernüchterten und verbitterten Nina. – Das war für die 32-jährige Anfängerin drei Jahre nach Abschluss des Studiums Spitze in jeder Hinsicht: Das DT-Ensemble (mit der Harfouch als Arkadina), der Regie-Star Gosch, die Hauptstadt, der Fachjournalisten-Titel „Beste Nachwuchsschauspielerin“, das Theatertreffen, der Alfred-Kerr-Preis. „Eine Hochbegabe mit so vielen schönen Fähigkeiten, dass sie auf der Bühne nicht spielt, sondern lebt“, rief ihre berühmte Kollegin Jutta Lampe in der Laudatio.

„Ich sah Kathleen zum ersten Mal als Studentin im Frühjahr 2004 bei den Vorbereitungen meiner Senftenberger Intendanz“, erinnert sich Regisseur Sewan Latchinian. „Eine Kooperation mit der Berliner Ernst-Busch-Hochschule war geplant; ein Gegenwartsstück. Sie spielte vor. Und sofort fesselte mich die schonungslose Unbedingtheit ihres Spieles, ihre expressive Entäußerung, ihr Mut zur Hässlichkeit und zugleich ihre wunderschöne, scheinbar zerbrechliche, dabei kraftvolle Weiblichkeit. Sie hatte damals schon diese Aura, die man hat oder nicht hat. Und diese dunkle, ganz fein wie von einer weggesteckten Träne gedämpfte Stimme. Unüberhörbar! Unverwechselbar! Sofort war klar: das ist eine kleine Große.“

Morgeneyer, ohne Weggestecktes: „Ja, ich war die Barbie. Eine Göre, die aus blinder Verliebtheit in die rechtsradikale Szene rutscht. Und es war schön und schwer - früh um zehn Schülervorstellung... Herrlich, diese Theaterverrücktheit, die man - wie Sewan damals - ja immer selbst in kleinen Städten entfesseln kann. Ich bin ja selbst mit einer kleinen Truppe über Land gezogen. Das war nach 1994. Zuvor bin ich von zuhause raus. Raus aus dem langweiligen Gymnasium, aus dem öden Nachwendedepressions-Chemnitz. Ich trieb mich durch Berliner WG's, bewarb mich an der Busch-Schule, die lehnte ab: zu unbedarft, ich war ja erst 17, und vertröstete auf später. Doch ich wollte sofort unter Scheinwerfer. Da bin ich an die private Berliner Tanz- und Pantomime-Schule „Etage“; Kosten: 500 DM monatlich. Aber eigentlich war die Sprache meins. Ich brauche Text und Bühne; ich zeige mich gern. Deshalb diese Überland-Spielweise. Ab und raus im fahrenden Karren. Und die Leute klatschen.“

Sieben Reifejahre später anno 2001 Kathleens Zweitbewerbung bei „Busch“; mit 24. Ziemlich spät zwar, doch dafür hat sie einiges erlebt. „Man muss ja viel wissen in diesem Beruf, vieles wollen, stets dran bleiben, sich alles trauen.“

„Stimmt, Kathleen ist extrem hingebungsvoll – erstaunlich. Weiß aber genau, was sie will, was sein muss. Und setzt das auch durch. Mit sanfter Energie, stiller Insistenz“, sagt Ulrich Khuon, der Intendant des Deutschen Theaters, seit 2011 ihr Arbeitgeber. „Sie ist bei all ihrer bezaubernden Verspieltheit sehr kritisch nicht nur sich selbst gegenüber. Ziemlich ungeschützt – tollkühn.“

Man sollte das Lob Jutta Lampes modifizieren: Morgeneyers Iphigenie zum Beispiel – erst weinerlich wehklagend, dann kühl die Lage sezierend, dann sanft bittend, zuletzt herrisch fordernd unter Regie von Ivan Pantelev – wieder so ein Exempel an „Durchlässigkeit“ (diesmal zwischen zart und hart); oder ihre Eboli, ihre Nina, all diese Figuren mögen sehr wohl auf der Bühne leben. Doch dürfte Morgeneyer genau wissen, was sie da lebt, wenn sie spielt. Der beträchtlich unauflösbare Rest freilich bleibt ihr Geheimnis. - Wie der unvergessliche Gosch ihr riet: „Das Ordentliche musst du nicht spielen. Das kommt von allein.“

Und das Un- oder Außerordentliche - es kam, es kommt glücklicherweise immer wieder. Und keiner weiß letztlich woher. Bauch, Herz, Hirn? - In Düsseldorf mit 28 die erste reguläre Rolle: Desdemona. Dann unter Gosch eine das heiter-lustig Komödische wegsteckende, dafür eine schmerzlich entrückte Olivia in „Was ihr wollt“. - „Bei Gosch habe ich wirklich begriffen, was Theater sein kann. Da war jede Probe wie Premiere. Keine Schonung. Kräftezehrend. Immer ging's um alles.“

Nach Düsseldorf kam Frankfurt (immer gleich große Häuser!). Hier unter Intendant Oliver Reese die Rolle der neunjährigen Isabelle in Bergmans Drama „Treulose“: Ein Kind mit zukunftsfromem Blick und dennoch – wieder: Durchlässigkeit! – unfroh verschattet. Als ahne das Gör die ihm bevorstehenden Daseinskatastrophen: Familienzerfall, Verlorenheit. - „Hat allen den Atem verschlagen“, erinnert Reese. „Danach unter Stephan Kimmig die Lulu. Unvergessen, wie sie da zerbrechlich, halb nackt, erotisch provozierend oder bloß gleichgültig, bloß innerlich längst leer an der dreckigen Hand vom alten Schuft Schigolch fest und starr (stur, tapfer, trotzig?) an der Rampe steht. Und Peter Gabriels schwermütiger Song „My Body Is a Cage“ dröhnt in voller Länge. Atemstillstand im Saal. Dazu ihr bestürzend weit aufgerissenes Gesicht...“

Ein Antlitz, das den Zuschauer bannt, aber auch Fantasien auslöst (wieder: diese „Durchlässigkeit“). Ein Gesicht, das eine jede Figur reich macht. Romantisch gesagt: ihr wundersam, gar unheimlich Seelentiefe schenkt.

Letzte Station Petrópolis – Vor 75 Jahren starb Stefan Zweig

von Mathias Iven

Am 15. August 1941 verlässt die „Uruguay“ den New Yorker Hafen. Zwölf Tage dauert die Überfahrt nach Rio de Janeiro. Unter den Passagieren befinden sich Stefan Zweig und seine Frau Lotte. Wenn Zweig nicht an seiner Autobiographie arbeitet, lernen sie gemeinsam Portugiesisch. – Bereits vor Jahren hat Zweig seine österreichische Heimat verlassen müssen. Sicher, der weltbekannte Autor war immer viel gereist, doch auf einmal sah alles anders aus. Es gab, auch wenn er es anfangs nicht wahrhaben wollte, kein Zurück mehr. „Die Welt von gestern“, sie existierte nicht mehr. Aus dem Reisenden war ein Exilant geworden.

„Das unmögliche Exil. Stefan Zweig am Ende der Welt“, so lautet der beziehungsreiche Titel des 2014 erschienenen und jetzt auf Deutsch bei C. H. Beck vorliegenden Buches des in New York lebenden Journalisten und Schriftstellers George Prochnik. Der Autor, selbst Nachfahre

von Wiener Emigranten, zeichnet darin nicht nur die Umstände nach, die Zweig von England in die USA und schließlich nach Brasilien führten. In einer persönlichen Zeitreise vergleicht er Zweigs Schicksal mit dem seiner Familie. Dabei interpretiert Prochnik Zwinsters ungesteuerte Suche nach einem neuen Lebensort als „eine sich dahinschleppende Kostümprobe vor der endgültigen Trennung von Europa“.

1936 hatte Zweig Brasilien zum ersten Mal besucht. Damals war er „fasziniert und gleichzeitig erschüttert“. Die Schönheit der Natur war überwältigend. Was ihn jedoch am meisten beeindruckte und was er so nicht erwartet hatte, war „eine ganz neue Art der Zivilisation“, die geprägt wurde von „Kühnheit und Großartigkeit in allen neuen Dingen“ und die dennoch ihre geistige Kultur bewahrte. Als er fünf Jahre später von Bord geht, fühlt er sich sofort geborgen: „Jene fürchterliche Spannung, die nun schon seit einem Jahrzehnt an unseren Nerven zerrt, ist hier fast völlig ausgeschaltet“. So lautet sein Bekenntnis in dem kurz nach seiner Ankunft veröffentlichten Buch „Brasilien. Ein Land der Zukunft“, das bei den Kritikern allerdings ein geteiltes Echo hervorrief, bemängelten doch einige zu Recht, dass Zweig „die unternehmerische Dynamik des Landes nicht angemessen gewürdigt“ habe.

Ein neues Zuhause soll und muss gefunden werden. Das nördlich von Rio de Janeiro gelegene Petrópolis erinnert Zweig an „ein deutsches Provinzstädtchen“. Die Zweigs mieten ein Haus in der Rua Gonçalves Dias 34, am 17. September 1941 ziehen sie dort ein. Noch am selben Tag spricht Zweig in einem an seine erste Frau Friderike gerichteten Brief die Hoffnung aus: „Wenn es nur gelingt, hier Europa zu vergessen [...]“ Zweig wendet sich wieder seinen Manuskripten zu. Er schreibt an der „Schachnovelle“ und beschäftigt sich mit Montaigne und Balzac.

*

Briefe sind für die Zweigs in den Jahren des Exils die einzige Verbindung zur Außenwelt. Rechtzeitig zum 75. Todestag legt der Berliner Verlag Hentrich & Hentrich jetzt einen Band mit all jenen Schriftstücken vor, die Stefan und Lotte Zweig zwischen Juli 1940 und Februar 1942 an ihre Verwandtschaft geschickt haben. Inhaltlich und zeitlich schließt das Buch damit an die 2013 bei S. Fischer edierte Korrespondenz zwischen Stefan und Lotte Zweig aus den Jahren 1934 bis 1940 an. Gegenüber der früheren englischen, französischen und portugiesischen Ausgabe wurde die deutsche Fassung wesentlich überarbeitet und erweitert. Hinzugekommen sind so neue Dokumente zu Zweigs Reise nach Uruguay im Herbst 1940 sowie wichtiges Material zu Lotte Zweigs Bildungshintergrund und zu Mitgliedern ihrer Familie, die sich schon früher in Brasilien niedergelassen hatten.

Die umfangreiche und sehr informative Einleitung fasst die den Schriftverkehr bestimmenden Themenkreise wie folgt zusammen: Da ist zum einen die Tatsache, dass die Zweigs in Brasilien und Argentinien zwar als Berühmtheiten gefeiert wurden, dass sie sich andererseits aber durchaus Sorgen um ihre finanzielle Absicherung machten. Des Weiteren erkundigten sie sich immer wieder nach den in Europa verbliebenen Familienmitgliedern und Freunden. Einiges ist über die naive Einstellung zur politischen Situation in Südamerika sowie die daraus resultierenden, die Kultur der Länder betreffenden Verallgemeinerungen zu erfahren. Und schließlich geht es immer wieder um die das Exil bestimmende Isoliertheit und den geistigen und körperlichen Verfall.

Der vierte Abschnitt des in fünf Teile gegliederten Bandes versammelt die letzten 30 Briefe, die zwischen dem 24. August 1941 und dem 21. Februar 1942 geschrieben wurden. Ende 1941, man hat sich in Petrópolis ein wenig eingelebt, bekennt Zweig seinem Schwager und dessen Frau: „[I]ch hätte niemals gedacht, dass ich in meinem sechzigsten Lebensjahr in einem kleinen brasilianischen Dorf sitzen und mich von einem barfüßigen schwarzen Mädchen bedienen lassen würde, meilenweit entfernt von meinem früheren Leben, meinen Büchern, den Konzerten, Freunden und Gesprächen.“ Am 1. Februar 1942 schmiedet er noch Pläne für die Zukunft: „Wir hoffen, dass nächste Woche die Entscheidung fällt, ob wir den Bungalow für die nächste Mietperiode behalten können. – Wir wollen nicht umziehen und haben uns schon an die Gegend gewöhnt.“ Zehn Tage später der Stimmungsumschwung: „Alles wäre perfekt, wenn uns nur nicht unsere trüben Gedanken belasteten. Wir gehen still und ohne großen Eifer unserer Arbeit nach, denn es liegt etwas in der Luft, was einen träge macht.“

Die trüben Gedanken lassen sich nicht mehr vertreiben. Am 21. Februar 1942, einen Tag vor dem gemeinsamen Freitod lässt Stefan Zweig Lottes Bruder und dessen Frau wissen: „Uns hat es in diesem Land enorm gefallen, aber wir führten hier immer nur ein provisorisches Leben fern von unserem Heim und unseren Freunden.“ Zweig, ein „ungerührter Stoiker angesichts der Mysterien des Grabes“ (Prochnik), verliert dennoch nicht sein Vertrauen in die Geschichte. „Ich grüße alle meine Freunde!“, so heißt in seinem „Declaração“ überschriebenen Abschiedsbrief: „Mögen sie die Morgenröte noch sehen nach der langen Nacht! Ich, allzu Ungeduldiger, gehe ihnen voraus.“

*

Adressbücher verraten viel über eine Person. Dass man einer solchen Informationsquelle keine Beachtung schenkt, mag verwundern. Immerhin vergingen mehr als sieben Jahrzehnte, bis das letzte, in den Jahren 1940 bis 1942 von Stefan Zweig geführte Adressbuch in einer hervorragend edierten und kommentierten Fassung der literarisch wie biographisch interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Die 2014 in Brasilien publizierte, nunmehr in einer deutschen Übersetzung gleichfalls bei Hentrich & Hentrich erschienene Ausgabe erweist sich als ein kulturhistorisches und zeitgeschichtliches Nachschlagewerk par excellence.

Nach einleitenden Texten zur Entstehung und zum Inhalt des Adressbuches ist dieses in Gänze als Faksimile im Originalformat wiedergegeben. Dabei erlaubt es die ausgezeichnete Druckqualität, dass man selbst ausradierte oder überschriebene Einträge entziffern kann. Mit teils sehr umfangreichen biographischen Angaben werden anschließend die 158 Personen vorgestellt, die Zweig, wie Alberto Dines, Präsident der *Casa Stefan Zweig* im brasilianischen Petrópolis, sagt, „für sein Adressbuch ausgewählt hatte, um mit ihnen durch das Exil zu ziehen“. Dabei handelte es sich zum größten Teil um Menschen, denen Zweig erstmals auf seiner zweiten Brasilienreise in den Jahren 1940/41 begegnet war. Was die Auswahl von Adressen auf der anderen Seite des Atlantik bestimmte, bleibt fraglich. Dines meint: „Die Zusammenstellung dieser Galerie von dramatis personae war in sich nicht schlüssig, war beliebig, widersprüchlich, zufällig – Launen des Vergessens und Erinnerns.“ Wobei zu bedenken ist, dass Zweig vermutlich sein zuvor im englischen Exil benutztes Adressbuch bei sich führte und dass einige der einstigen Freunde und Kollegen nicht mehr lebten: Joseph Roth, Ernst Toller, Max Hermann-Neiße ...

In Zweigs letztem Adressbuch finden sich unter anderem die Namen des Architekten Alfred Agache, des Musikkritikers Alfred Einstein und des seit 1934 mit Zweig bekannten Dirigenten Arturo Toscanini. Aufgeführt sind sein Testamentsvollstrecker Abrahão Koogan und der von Zweig zur Durchsicht seiner noch unveröffentlichten Texte vorgeschlagene, aus dem mecklenburgischen Güstrow stammende Victor Wittkowski. Die Schriftstellerin und spätere Nobelpreisträgerin Gabriela Mistral, die einen der bewegendsten Texte über Zweigs Tod schrieb, findet sich ebenso wie der französische Literaturnobelpreisträger Roger Martin du Gard, der Zweig Anfang Januar 1942 brieflich in seinem Entschluss zum Selbstmord bestärkt hatte. Iwan George Heilbut, der Zweig um ein Vorwort zu seiner Gedichtsammlung „Meine Wanderungen“ gebeten hatte, und der an der Universidade do Brasil lehrende Literaturhistoriker Fortunat Strowski sind genauso verzeichnet wie Zweigs brasilianischer Verlag „Editora Guanabara“, die 1934 in New York gegründete deutsch-jüdische Zeitschrift „Aufbau“ oder die von Klaus Mann herausgegebene literarische Monatsschrift „Decision“. Daneben gibt es aber auch Einträge wie den zu der Schriftstellerin Dorothy Baker, bei der nicht bekannt ist, in welcher Beziehung sie zu Zweig stand.

Wer sich für Stefan Zweigs letzte Lebensjahre interessiert, wird um die drei hier angezeigten Neuerscheinungen nicht herumkommen!

George Prochnik: Das unmögliche Exil. Stefan Zweig am Ende der Welt, C. H. Beck Verlag, München 2016, 397 Seiten, 29,95 Euro.

Darién J. Davis und Oliver Marshall (Herausgeber): Stefan und Lotte Zweigs südamerikanische Briefe. New York, Argentinien und Brasilien 1940–1942, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin 2017, 335 Seiten, 27,90 Euro.

Die Kraft des Erinnerens

von Erik Baron

Der entscheidende Satz in Kathrin Schmidts neuem Roman „Kapoks Schwestern“ steht gleich auf den ersten Seiten: „Die Zeit ist eine Dampftramme, der nichts widersteht.“ Da ist sie wieder, die alte Fettvettel Zeit aus „Seebachs schwarze Katzen“, nunmehr mutiert als Dampftramme, die alles unter sich zu zermalmen droht, wenn es uns nicht gelingt, ihr mit unserem Erinnerungsvermögen ein Schnippchen zu schlagen. Und erinnert wird sich viel in Schmidts neuem Roman.

Was zunächst als einzelner Ariadnefaden im Labyrinth der Vergangenheit beginnt, verwebt sich allmählich als feines Gespinnst um Raum und Zeit und hält die Welt als Ganzes zusammen. Erinnern als zentraler Baustein des menschlichen Daseins – auf diesen Nenner ließe sich „Kapoks Schwestern“ bringen. Ohne das Erinnern würde die Dampftramme das Zepter übernehmen. Dabei dreht sich in Schmidts Roman alles nur um zwei Familien – und umkreist doch die deutsch-jüdische Geschichte des letzten Jahrhunderts von 1914 bis zur Gegenwart des Jahres 2015. Familiengeschichte wird bei Kathrin Schmidt zur Weltgeschichte. Und umgekehrt. Das individuelle Schicksal lässt sich nicht losgelöst von den historischen Gegebenheiten betrachten, die wiederum vom Handeln eines jeden Individuums abhängen. „Kapoks Schwestern“ ist ein Musterbeispiel solch dialektischer Weltanschauung und Kathrin Schmidt eine Meisterin des Verknüpfens von Faktischem mit Fiktivem.

Werner Kapok kehrt nach über zwanzigjähriger Abwesenheit besuchsweise in sein Elternhaus in einer Berliner Einfamilienhaussiedlung zurück. Die Eltern leben schon lange nicht mehr. Und auch im Nachbarhaus haben sich seit Jahren, seit dem Tod ihrer Eltern, die Schaechter-Schwester Claudia und Barbara niedergelassen, die Werner seit frühester Kindheit kennt. Mit ihnen ist er gemeinsam in den Kindergarten gegangen und hat sich später wechselseitig in sie verliebt. Doch mit der Wende und dem Weggang Kapoks vor 24 Jahren ist diese Dreisamkeit zerrissen. Und plötzlich, im August 2014, ist Werner Kapok, ein klassisches Wendeopfer, zurückgekehrt und wird zum Katalysator des Erinnerens.

In Rösselsprüngen durch die Vergangenheit und zurück in die Gegenwart beginnt nun eine intensive Zeit des Erinnerens. Allmählich fügen sich die Bilder der jüdischen Schaechter- und der deutschen Kapok-Familie zusammen. Fügen sich Mosaikstein für Mosaikstein in den Rahmen des vergangenen Jahrhunderts. Krieg und Vertreibung rissen die jüdischen Familien auseinander und verstreuten sie über den gesamten Globus. In der DDR dann die große Zeit der Hoffnung auf einen Neuanfang, der das Jüdischsein nicht existentiell in den Lebensmittelpunkt stellt. Im Sozialismus, so die Hoffnung der kommunistisch gesinnten Rückkehrer, sei das Jüdische nicht mehr wichtig, könne verdrängt werden. Ein Trugschluss, wie sich später herausstellte, denn die Verdrängung des Jüdischen kam vielfach einer Entwurzelung gleich.

Das ist den Schaechter-Schwester – Kapoks Schwestern – in ihrem gemeinsamen Erinnern deutlich geworden. Dass sich ihre Eltern, immer wenn es auf das Jüdische zu sprechen kam, abgewendet haben. Dass ihnen nie das Jüdische von Vaters Kopfbedeckung in den Sinn kam, als er im Urlaub am Ostseestrand eine gehäkelte Kippa trug. Er trug sie aber eben auch nur im Urlaub. Im Alltag waren Joachim Schaechter und Kurt Kapok, der Vater von Werner, nicht nur Nachbarn, sondern auch Kollegen, arbeiteten als Journalisten bei der Gewerkschaftszeitung *Tribüne*, Schaechter mehr ein intellektueller Feingeist, Kapok eher dogmatischer Poltergeist. Aber dennoch an einem Strang ziehend, am sozialistischen. Da spielten die jüdischen Wurzeln Schaechters keine Rolle.

Und dennoch gärte es unter der Oberfläche. Joachim Schaechter bekam es immer wieder zu spüren, ob es wegen seines intellektuell-bürgerlichen Habitus oder seiner hinterfragenden politischen Haltung war. Sogar sein Freund Kurt Kapok war nicht frei von alten antisemitischen Vorurteilen. Selbstverdrängung des Jüdischen auf der einen Seite und der unterschwellig gärende Antisemitismus auf der anderen Seite – zwei Seiten einer Medaille, die sich offenbar bedingen.

Der Lebensweg der jüdischen Eltern von Joachim Schaechter war der vieler deutscher Kommunisten. Nach Machtantritt der Nazis fanden sie sich in der Moskauer Emigration wieder, kamen vom Regen in die Traufe – nur mit dem Unterschied, dass an dieser Traufe die Hoffnung auf eine menschliche Gesellschaft hing. Eine Hoffnung, die sie nie aufgaben. Trotz Verhaftung des Vaters und drohender Ausweisung aus der Sowjetunion (was den sicheren Tod in Deutschland bedeutet hätte).

Mit dem Ende des Krieges kehrten sie nach Deutschland zurück, wo sie 1946 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kamen. So blieb von der Schaechter-Familie nur noch Sohn Joachim übrig. Seine jüngere Schwester Lydia ist 1938 mit dreizehn Jahren an Ruhr verstorben und die jüngste Schwester Lea mussten sie wegen einer akuten Erkrankung schon bei ihrer Flucht 1934 in Österreich zurücklassen. Joachim hat sie nie wieder gesehen. Erst nach der Jahrtausendwende fand sich dank Internets eine Spur zu Lea, die, mittlerweile über 80 Jahre alt, in Sarajevo lebte. Sie wurde 1934 mit fünf Jahren nach der Flucht ihrer Eltern Richtung Moskau von jüdischen Freunden gesund gepflegt und später adoptiert. Sie landete in Bosnien, wo sie eine eigene Familie gründete, deren Kinder es bis nach Israel verschlagen hat.

So lebt auch die Schaechter-Familie, verstreut in alle Winde, weiter fort. Die familiäre Bande reicht bis nach Kalkutta, wo ein Großcousin mütterlicherseits lebt. Und natürlich lassen es sich Claudia und Barbara nicht entgehen, auch ihm einen Besuch abzustatten, wo es im Jahr 2000 zu jener wundersamen Kopfsturzgeburt Claudias kommt, die fortan ihr Leben bestimmen sollte. Durch das Fenster ihres Taxis in Kalkutta wurde ihr ein blutiges Bündel Leben auf den Schoß geworfen, ein kleines Mädchen mit einer offenen Wunde im Nacken, aus der bereits Maden krochen. Claudia fiel sofort in eine tranceähnliche Bewusstlosigkeit, die ihre Mutterinstinkte reaktivierten, die sie vor vielen Jahren bei einer Spontanabtreibung abgetötet hatte. Sie war von Werner Kapok schwanger gewesen, der damals jedoch mit ihrer Schwester Barbara liiert war. Sie fühlte sich schuldig und lud mit der Abtreibung eine noch größere Schuld auf sich, die sie nun in Kalkutta mit dem zugeworfenen Kind plötzlich abtragen zu können glaubte, indem sie es zum Patenkind nahm. Und dieses bengalische Patenkind, mittlerweile 18 Jahre alt, kommt sie am Ende des Romans im Jahr 2015 zu einem freiwilligen sozialen Jahr nach Berlin besuchen. Der Kreis der Schaechter-Familie schließt sich und nimmt globale Ausmaße an. Die Welt rückt – dank des gemeinsamen Erinnerens – enger zusammen.

Indem Kathrin Schmidt in ihrem opulenten Familienroman den Bogen horizontal von Berlin über Moskau, Sarajevo bis Kalkutta und vertikal zurück bis ins Jahr 1914 spannt, entwickelt sie die Familiengeschichte zu einem großen Gesellschaftsepos und erinnert in seiner Erzählstruktur an Regina Scheers Roman „Machandel“. Alles hängt mit allem zusammen. Mit gekonnter Hand verknüpft sie Fiktives mit Faktischem und legt beim Faktischen eine Detailverliebtheit an den Tag, die hin und wieder einen Zug ins Manieristische hat.

Mit „Kapoks Schwestern“ zeigt sie, dass die Befürchtung, das Jüdische könne nach dem Holocaust des letzten Jahrhunderts tatsächlich aussterben, unbegründet ist, dass in einer globalisierten Welt die jüdische Tradition und Kultur weiterzuleben vermag. Vorausgesetzt man verlernt das Erinnern nicht – sonst gerät nicht nur Familie unter die Dampfmaschine Zeit.

Kathrin Schmidt: Kapoks Schwestern, Kiepenheuer & Witsch, 2016, 448 Seiten, 22,00 Euro.

Die zarten Farbenschleier des Gerhard Wienckowski

von Klaus Hammer

Der seit 1966 in Eberswalde ansässige Maler, Zeichner und Grafiker Gerhard Wienckowski ist vor 5 Jahren im 76. Lebensjahr verstorben. Jetzt widmet ihm die Stadt Eberswalde im großzügigen Ambiente des SparkassenFORUMS eine retrospektive Ausstellung, die zweifellos ein großes künstlerisches Ereignis darstellt.

Der Künstler geriet in seinen Aquarellen, Zeichnungen und Lithografien bis an jene Grenzzone, wo die Natur sich auflöst und verdämmt und die Konturen unserer Innenwelt im Dämmer der Außenwelt deutlicher werden und beide Figurationen – die innere Wirklichkeit des Ich und die Wirklichkeit der äußeren Welt – „aneinander darstellbar sind“ (Franz Fühmann). Malerei war für ihn nicht nur „Kunst“, sondern auch ein Beitrag zur Erhellung des Dämmers, in der sich die Welt vor uns verbirgt. Es ging ihm um das Ausmessen der geistig-psychischen Landschaft. Behutsam werden Konflikte und Widersprüche, menschliche Schicksale in den Porträtlandschaften offenbar, die der Betrachter als die seinigen empfinden vermag.

Er hat seinerzeit in Dresden bei Hans Theo Richter das streng rationale, ganz des Malerischen entkleidete Zeichnen gelernt. Seine Zeichnungen werden bestimmt durch einen Hell-Dunkel-Kontrast und eine Vorliebe für umschreibende Linien, die der Künstler in Bündelungen körper-modellierend übereinander legte. In der Grafik hat er mit Holzschnitten begonnen, beschäftigte sich dann mit Feder- und Kreidelithografien sowie Kaltnadelradierungen und wandte sich schließlich dem Steindruck zu. Die rhythmischen Linienbündel, das Nicht-Festlegen auf eine einzige Kontur entsprechen dem Suchen, dem Solange-als-möglich-Offenhalten. Neben das zeichnerische und grafische Werk trat das Aquarellieren, jene Art des Farbauftrags ohne Deckweiß, bei welcher der Malgrund durchscheinend bleibt. Wenn man nass malt und sich nicht auf schwere, feste Farben festlegt, kann man mit Wasser wieder etwas wegnehmen und so schwimmende Übergänge erreichen. Durch das Auftragen immer neuer Farbschichten bildet sich ein zarter Farbenschleier, der dem Bildkörper den Charakter des Ätherischen verleiht. Lasuren legen sich übereinander, erzeugen einen durchleuchteten Raum, lassen weite Durch- und Ausblicke zu, aus denen unsere Vorstellung das künstlerische Erlebnis ganzheitlich wiederherstellen kann. Wienckowski vermied jede „zerfallende Buntheit“. Der atmosphärische Klang wird durch kühle Farben und durch die Dominanz von wenigen Tönen bestimmt, aber das Spannungsverhältnis von Kaltem und Warmem musste immer gegeben sein. Es reicht von der Tonigkeit der kalten Farbskala, von Indigo, Kobalt, Ultramarin und über das Krapplack-Rot, das den Raum öffnet, bis zum Terra di Siena, das die warme Skala der Ockertöne einleitet.

Der Künstler arbeitete fast ausschließlich vor der Natur, er setzte sich mitunter jahrelang mit den auf Holz gespannten Blättern, an gleichem Ort und in der gleichen Jahreszeit, auseinander. Er liebte besonders die Herbststimmung; der Herbst war ihm wie ein „Versöhnungszeichen“, er trägt das Erlebnis des Jahres in sich. Aus der Gestaltstruktur der Natur lösen sich die Formchiffren, die die Natur durchsichtig machen.

Dieser originäre, sensible Künstler, der im Stillen lebte, dem alles Spektakuläre zuwider war, spricht nun weiter in seinen Arbeiten zu uns.

Gerhard Wienckowski – Aquarelle, Grafik, Zeichnungen.

Kleine Galerie Stadt Eberswalde im SparkassenFORUM, Michaelisstr. 1.

Die Ausstellung ist bis zum 21. März 2016 jeweils Montag, Dienstag und Donnerstag von 9-19 Uhr, Mittwoch und Freitag von 9 bis 13 Uhr geöffnet.

Erlesenes: Gletscher in Berlin, Mielkes Division und linke Eliten

von Wolfgang Brauer

Mit Grausen erinnere ich mich an meinen Erdkundeunterricht: Grundmoräne, Endmoräne, Sander, Urstromtal – die „glaziale Serie“. Das ließe sich, wie ich heute weiß, erweitern durch Oser, Kame, Drumlins und einige andere Sand- und Schottergebilde mehr. Dazu kamen noch die Namen der Eiszeiten: Elster, Saale, Weichsel, Günz, Mündel, Riss und Würm. Die Warmzeiten zwischen den Kaltzeiten mussten wir nicht lernen, die Hirnverfälschung wäre perfekt gewesen. Mit entsprechendem Misstrauen näherte ich mich denn auch Beate Witzels Buch „Steine, Mammuts, Toteislöcher“ über die Spuren der Eiszeit in Berlin. Das Misstrauen war vollkommen unberechtigt. Selten habe ich ein Sachbuch gelesen, das im wahren Sinne des Wortes staubtrockene Dinge auch dem geologisch nicht vorbelasteten Leser so lebendig und vergnüglich nahebringt. Wer sich die vielen, fast kreisrunden Wasserlöcher in und um Berlin nicht erklären kann: Unter dem Stichwort „Eiszeit ausprobiert“ gibt die Autorin einen Tipp, wie man das im Blumentopf zu Hause nachvollziehen kann. Nur für das Gletscherzungen-Experiment braucht man wahrscheinlich ein außergewöhnliches Maß Entdeckerlust. Wer will schon einen ganzen Eimer Götterspeise auf dem Küchentisch auskippen?

Ansonsten erklärt sie sehr geduldig – auch anhand vorzüglicher Bildbeigaben, Karten und Grafiken – wie die Eiszeiten, insbesondere die letzte, die „Weichsel-Eiszeit“, das Berliner Landschaftsbild prägten und ihm seine mitunter traumhafte Unverwechselbarkeit bescherten. Ignorante Stadtplaner und noch ignorantere Architektur- und Bauingenieurbüros drohen das immer wieder zu demolieren. Gehen ihre Planungen schief, schieben sie die Schuld gerne auf die „unerwarteten Schwierigkeiten des Berliner Baugrunds“. Den Turmbau zu Babel kann man tagtäglich im Berliner Urstromtal beobachten. Diesen Leuten gehört Beate Witzels Buch als Pflichtlektüre auf den Tisch gepackt. Allen anderen möge es zur vergnüglichen Belehrung nützlich sein. Und haben nun ihre Sprösslinge Probleme mit einem langweiligen Erdkundeunterricht, dann nehmen sie die bei der Hand, und lassen sie sich von diesem schönen Buch durch das eiszeitliche Berlin führen. Beate Witzel macht es ihnen leicht. Die Adressen der schönsten Toteislöcher (im Sommer die Badesachen nicht vergessen!) und des gegenwärtigen Aufenthaltsortes des Höhlenlöwen vom Alexanderplatz liefert sie gleich mit.

Beate Witzel: Steine, Mammuts, Toteislöcher. Auf den Spuren der Eiszeit in Berlin, Edition Stadtmuseum Berlin, Berlin 2016, 120 Seiten, 18,50 Euro.

*

Angesichts der im öffentlichen Bewusstsein inzwischen weitgehend durchgesetzten Reduzierung der Geschichte der DDR auf die eines gigantischen Repressionsapparates zwischen Mauer und Stasi-Knast nimmt das konkrete Wissen um dessen Strukturen im reziproken Verhältnis zur stetig wachsenden Gesamttonnage der gedruckten „Aufklärungsliteratur“ ab. Auffällig wurde dies jüngst während der in dieser Hinsicht skurrilen „Holm-Debatte“, der die Berliner Rathauskoalition fast zerrissen habenden Auseinandersetzung um die Bewertung der Biografie eines nun ehemaligen Staatssekretärs. Selbst dem Protagonisten dieser „Geschichtsaufarbeitung“, eben jenem Andrej Holm, unterliefen dabei Erinnerungsfehler in Sachen „Wachregiment Berlin ‚F. Dzierzynski‘“. Das ist jene Anfang der 1950er Jahre gegründete Truppe, die oft und gern als „Mielkes Privatarmee“ verunglimpft wurde und wird. Zumindest über die Strukturen und Aufstellungen des ursprünglichen „Wachbataillons“ war die Einheit zum Zeitpunkt ihrer Auflösung 1989/1990 weit hinausgewachsen. Sie entsprach in ihrer zahlenmäßigen Stärke (11.000 Mann!), der Struktur und ihrer Bewaffnung durchaus einer motorisierten Schützendivision der NVA. Nur Kampfanzer und schwere Artillerie fehlten. Der Berliner Autor Lothar Tyb'1 besaß sich seit vielen Jahren mit der Geschichte dieser von Mythen umwaberten Truppe. Wie er

dürften nur wenige deren Innenleben kennen. Er gehörte ihr 28 Jahre lang bis 1986 an, zuletzt als „Stellvertreter Propaganda“ im Range eines Oberstleutnants in der Politabteilung des Regiments. Dann wurde er aufgrund „ideologischer Abweichungen“ zur Archivarbeit abgeschoben. Bereits 2010 hatte Tyb'l ein Buch über die Einheit vorgelegt („Auf Posten“). Dieses erweiterte er jetzt um acht Texte zur Geschichte der Formation und deren Bewertung, zu den politischen Auseinandersetzungen, die zu seinem de-facto-Rauswurf führten und zur wahrscheinlich ekelhaftesten Begleiterscheinung des DDR-Militärs, dem „EK“-Unwesen. Seine Befunde – man muss sich erst in die Sprache und „Denke“ des ehemaligen Polit-Offiziers einlesen, das fällt manchmal schwer – werden nicht allen gefallen. Den einen nicht, weil Tyb'l der militärischen Verteidigung des Staates DDR nach wie vor Legitimität bescheinigt. Den anderen nicht, weil er zu den wenigen Autoren gehört, die konsequent den sich von der SED selbst auf ihrem letzten Parteitag im Dezember 1989 ausgestellten Ablasszettel in Frage stellen. Man hatte sich „beim Volk der DDR für den Machtmissbrauch“ entschuldigt und ansonsten klaggestellt, dass die SED das Eine und Erich Mielkes Imperium das Andere gewesen seien. Damit war der Sündenbock definiert – und der Parteiapparat fein raus. Tyb'l betont dagegen, dass „das ganze Militär, die Staatssicherheit und die Polizei de facto zu SED-Organen beziehungsweise – Bereichen“ geworden wären. Das ist nur scheinbar eine den Positionen des Stasi-Chef-Austreibers Hubertus Knabe ähnliche Sicht. Tyb'ls Ansatz ist ein grundsätzlich entgegengesetzter. Es geht ihm um einen Beitrag zur Diskussion über die Ursachen des Scheiterns des DDR-Sozialismus – mit Blick auf einen möglicherweise „fortgesetzten Versuch“, irgendwann... Dazu gehöre auch der sachliche Blick auf ihre militärischen Formationen und deren Innenleben. Freunde macht man sich so im politischen Farbenspektrum der Republik weder von rechts noch von links. So richtig gewollt ist dieser sachliche Blick immer noch nicht. Der „Fall Holm“ hat das wieder unter Beweis gestellt.

Lothar Tyb'l: Ausgemustert. Diskussionsbeiträge zur Geschichte des Wachregiments Berlin „F. Dzierznski“, Lothar Tyb'l, Berlin 2016, 312 Seiten, 19,90 Euro.

*

Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ erregte im vergangenen Jahr Aufsehen und fand auch unter Linken zunächst reflexhafte Zustimmung. Die wich bald ernüchterter Distanz, man begriff, dass man möglicherweise selbst im kritischen Fokus des Autors stehen könnte. Eribon beschreibt anhand autobiografischer Erfahrungen, weshalb ein großer Teil der französischen Arbeiterklasse zum Front National übergelaufen und die Linke – egal in welcher Schattierung – bei ihr abgeschrieben ist. Sie selbst, so Eribons Mutmaßung, hatte sich längst von ihrer ureigensten Klassenbindung abgewendet. Der Verlust der sozialen Basis schlug und schlägt auf die Wahlergebnisse durch. Didier Eribons Befunde lassen sich in vielen Ländern Europas bestätigen.

Christian Baron wurde 1985 geboren, er ist Journalist bei einer linken Tageszeitung und lebt in Berlin. Barons Reims heißt Kaiserslautern. Er entstammt dem dortigen „Unterschichtenmilieu“, hatte aber das Glück frühzeitig von Lehrerinnen gefördert zu werden, die ihre Berufung ernst nahmen, und geriet dann unter emanzipatorische, akademisch orientierte Linke. Die hatten (und haben!) zumeist einen gänzlich anderen sozialen Erfahrungshorizont als der Autor, der erst einmal – er beschreibt das so ausführlich, dass es teilweise schmerzt – deren Sprache lernen musste. Er war der weiße Rabe und wurde recht schnell auf die Hauptsache dieses brutalen Kulturkonfliktes gestoßen: Die akademische Elite reproduziert sich überwiegend aus sich selbst. Der Anteil der studierenden Arbeiterkinder nimmt in Deutschland seit Jahren kontinuierlich ab. „Nur sieben Prozent der Juniorprofessuren in Deutschland sind mit Arbeiterkindern besetzt“, fasst er eine aktuellere Studie der Uni Potsdam zusammen. Diese Leute bestimmen zunehmend Alltag und Programmatik auch der linken Parteien in Deutschland. Sie besetzen Führungspositionen und Parlamentsmandate. Mit den „Unterschichten“ haben sie weder real noch auf kommunikativer Ebene etwas zu tun. Im Gegenteil, sie wollen es auch nicht, sie halten bewusst Abstand. Mit großer Zielsicherheit wählte Baron für seine Bestandsanalyse linken Denkens und Tuns in Deutschland den Untertitel „Warum die Linken die Arbeiter verachten“.

Auch wenn sich der Autor in seinen Fallbeispielen vorzüglich an den Grünen reibt – was zum Teufel ist an dieser Partei noch „links“? –, mit seinem Fazit trifft er auch bei der Partei, die sich das Linkssein in den Namen gebrannt hat, voll ins Schwarze: „Die Schwerpunktsetzung der Linken geht an der Lebensrealität ihrer natürlichen Klientel vorbei.“ Dabei ist es viel schlimmer. Die Linke empfindet die Arbeiterklasse nicht mehr als „natürliche Klientel“. Die sich in diesem Spektrum verortenden Parteien konkurrieren um die Gunst einer akademisch geprägten Mittelschicht. Das Ergebnis ähnelt dem in Frankreich. Die deutsche Arbeiterschaft tendiert zunehmend zur AfD. Christian Barons Befunde sollten unter linken Politikern und in deren Stäben sehr ernst genommen werden. Die Bereitschaft zur kritischen Selbstreflexion ist in dieser Kaste allerdings nicht sehr ausgeprägt.

Christian Baron: Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten, Das Neue Berlin, Berlin 2016, 288 Seiten, 12,99 Euro.

Nachdenken unterwegs

von Erhard Weinholz

Zu Weihnachten wollte ich einmal etwas Besonderes auf dem Teller haben. Die Restaurants waren mir jedoch zu teuer, selber zu kochen hatte ich wenig Lust. Am Imbiss im Kaufpark draußen in Eiche aber gab es gebratene Enten für elf Euro das Stück. Vier Mahlzeiten sind das immerhin. Ente – Flugente – hatten wir zu Hause bei meinen Eltern fast jedes Jahr am 1. und am 2. Feiertag gegessen.

Drei Tage sind es noch bis Heiligabend, da fahre ich mit der Straßenbahn hinaus an den östlichen Rand Berlins. Spätherbstlich kühl ist es an jenem Vormittag, windstill und sonnig; an Winter und Weihnachten erinnern nur die Dekorationen. Die Sache lässt sich gut an: Die Bahn kommt pünktlich und ist nur mäßig besetzt. Während wir rasch dahinfahren, vorbei am Friedrichshain, an Alt- und immer mehr Neubauten, denke ich über dies und jenes nach, unter anderem über die Macht des Unglücks: Wenn so eine Fahrt schlecht beginnt, mit einer Strafzahlung zum Beispiel, dann ist sie einem im Grunde bis zuletzt vermiest, egal wie sie endet. Beginnt sie hingegen angenehm, dann bringt einem das, sollte sie schlecht enden, auch nicht viel.

Nach einer guten Viertelstunde, der Ringbahnbereich liegt schon hinter uns, kommen wir in ein weites Gelände, das der Stadtatlas als Industriegebiet ausweist. Linkerhand die große Brache, das war einmal das Areal des VEB Elektrokohle Lichtenberg. Von hier aus wurden im Auftrag des ZK Wettbewerbe der Betriebe gestartet. Und der demolierte Bau, durch dessen Tor man auf die Hallen vom Asiamarkt schaut, das war das Kulturhaus des VEB. In den Häusern links und rechts davon hatte man längere Zeit Flüchtlinge oder Übersiedler untergebracht, jetzt stehen sie leer und verfallen vollends. Es wechseln nun Auto-Center mit Werkstätten und Bürobauten, dazwischen ein altes Mietshaus, das aussieht, als habe man es in Pankow oder Weißensee aus einer Straßenzeile fein säuberlich herausgeschnitten und mit allen seinen Kellern hier wieder eingepflanzt.

An der Rhinstraße, wo die Allee der Kosmonauten beginnt, ändert sich das Bild noch einmal: Von nun an herrscht über lange Strecken der Neubau unumschränkt. Und zwar der typische DDR-Neubau, passend zum System in diesem Lande: Wohnungen vom Erdgeschoß bis unters Dach, kein Platz für Eigeninitiativen, für Werkstätten, kleine Läden, Cafés. In jedem Wohngebiet die immergleiche Kaufhalle, immergleiche Klubgaststätte, die mal so, mal so ausgestattet wurde und hier *Kalinka*, dort *Schillerglocke* hieß, vielleicht noch eine kleine Kneipe unten in einem der Turmhochhäuser, das war's. Und die Straße war nicht mehr Ort der Begegnung, des Gesprächs, war nur noch Verkehrsader. Besonders deutlich habe ich das 1992 bei der antirassistischen Demo in Rostock-Lichtenhagen gespürt: Wir liefen mitten im Viertel durch menschenleeres Gelände.

Missfallen hatte mir diese Art von Stadtgestaltung aber schon viel früher. Für eine Veranstaltung im Pankower Friedenskreis hatte ich zu dem Thema auf großen Bögen Packpapier allerlei Thesen notiert, ein paar Ideen stammten aus der aktuellen Nummer von *form + zweck*, der Fachzeitschrift für industrielle Formgestaltung. Um innerstädtische Rekonstruktion ging es in diesem Heft 1/1983; ich wollte daraus auch zitieren, rief beim Chefredakteur an, doch der stöhnte nur: Kirche, das hat mir gerade noch gefehlt! Er hatte, wie ich dann hörte, wegen dieser Nummer ein Parteiverfahren am Halse und musste im Jahr darauf die Redaktion verlassen.

Inzwischen fahren wir durch Marzahn. Wie Marzahn aussieht, weiß man: Brachflächen, Neubauten, Einkaufszentren. Bald wird es Zeit umzusteigen, von meiner 8 in die 6. Es folgt auch gleich eine 6, sonderbar nur, dass sie laut Anzeige ins Stadttinnere fährt, während die 8 doch stadtauswärts unterwegs war. Wahrscheinlich eine Fehlanzeige. Ich denke weiter an dies und das, mitunter auch an nichts, draußen noch immer Brachflächen, Neubauten, Einkaufszentren – da erscheint auf der Anzeigetafel das Wort *Rhinstraße*. Staunen hilft nichts, ich muss raus. Doch wieder habe ich Glück: Nach zehn Minuten kommt der Expressbus Richtung Eiche, auf breiter Fahrbahn geht es zügig voran, rasch ist das Ziel erreicht. Der Kaufpark liegt zur Linken, ich wechsle die Straßenseite – und schon bin ich im Land Brandenburg. Müller hat hier nichts mehr zu melden, hier herrscht ... wie heißt er denn bloß, Platzecks Nachfolger? Egal, auf alle Fälle bin ich jetzt unter die Ausländer geraten. Ja, so dachte man in Deutschland noch vor hundertfünfzig Jahren: Die Mecklenburger, Sachsen und so weiter galten den Preußen als Ausländer, umgekehrt war es ebenso. Im Übrigen genossen die Sachsen damals bei staatstreuen Berlinern keinen guten Ruf: Sie galten im Verein mit Juden und Franzosen als Revolutionsanführer. Immer von draußen, von drüben kam das Böse hierzulande.

Der Grillstand ist bald gefunden, schön knusprig sehen die Enten dort aus, und ich muss auch nicht lange anstehen. Zuletzt fahre ich eine Treppe höher ins große Kaufpark-Selbstbedienungsrestaurant. Unten rasselnd zu Hunderten die Einkaufswagen, hier oben ist es um die Zeit, halb elf, recht ruhig. Man kann vielerlei frühstücken, Käse, Wurst und Rollmöpse, Kuchen, Suppen und Desserts; die Brötchen sind allerdings verdammt teuer, es empfiehlt sich, nur eines als Feigenblatt zu kaufen und die übrigen einzuschmuggeln. Ich suche mir einen Platz am Fenster und genieße ungestört. Man könnte hier Stunden verweilen, dabei lesen, schreiben, nach draußen schauen, sich Gedanken machen über die Menschen, die hier verkehren. Vielleicht kommt man mit manchen auch ins Gespräch.

Die Ente, dies zuletzt noch, erwies sich als recht fleischig, doch so gut wie jene, die meine Mutter einst bei uns zu Hause aufgetischt hat, so gut schmeckte sie nicht.

Der die das Elekuhpferd

von Renate Hoffmann

Christian Morgensterns „Nasobēm“ erhält ein Geschwister. Friedfertig, exotisch, vom Wesen her ein wenig phlegmatisch. Alttestamentarisch verbürgt (1. Buch Makkabäer 6,42 bis 6,46). Ansässig seit dem 15. Jahrhundert in Brixen (Bressanone), Südtirol, Domplatz, gotischer Kreuzgang, Arkade 3.

Folgendes hatte sich begeben: Dem Hin und Her im Kriegsgeplänkel zwischen den Seleukidenkönigen Antiochos IV. und Antiochos V. und den aufständischen Israeliten unter Führung des Judas Makkabäus sollte endlich ein Ende gesetzt werden. König Antiochos V., ein noch sehr junger Mann, zog mit dem Feldherrn Lysias und einem großen Heer gen Judäa und auf Jerusalem zu. Seine Armee belief sich auf über hunderttausend (mehr oder weniger) gut gerüsteter Soldaten zu Fuß, zu Pferd und 32 Kriegselefanten dazu. Judas Makkabäus, geübt im verdeckten Kampf, stellte sich nach einigem Zögern der offenen Feldschlacht. Das geschah im Sommer 163 v. Chr. bei Beth-Sacharja. Die Auseinandersetzung verlief heftig und verlustreich.

Als Eleazar, Bruder des Judas, die schwierige Situation erkannte und die Aussichtslosigkeit der Lage ahnte, versuchte er im Alleingang und unter Einsatz seines Lebens, das Blatt zu wenden. Im Kampfgetümmel sah er einen Elefanten, der ob seiner Größe die anderen überragte und prächtigen Schmuck trug. Eleazar vermutete Antiochus, den König, auf ihm. Kurz entschlossen schlug er mit kräftigen Hieben eine Bresche in die feindlichen Reihen, drang zum Elefanten vor, sprang unter ihn und stieß dem Tier die Waffe in den Leib. Der Elefant, tödlich getroffen, brach zusammen und begrub Eleazar unter sich. –

So mutig gedacht und durchgeführt die Tat auch war, sie konnte die Niederlage nicht verhindern. Judas Makkabäus, in Einsicht der Notwendigkeit, zog seine Truppen zurück. Übrigens: Antiochus V. kam erst ein Jahr später zu Tode.

Man kann sich denken, dass Eleazars Elefantenkampf die Gemüter durch die Jahrtausende bewegte und mehrfach, vornehmlich in der sakralen Kunst, aufgegriffen wurde. Besonders bildhaft geschah dies im Kreuzgang des Brixener Doms. Dieses Wunderwerk gotischer Freskenmalerei, unvergleichlich in Farbenpracht und Ausführung und an Geschichten reich, zeigt im Gewölbobogen der dritten Arkade den letzten Kampfmoment des Eleazar. Dargestellt um 1465 vom Meister Leonhard von Brixen und seiner Werkstatt.

In einer düsteren Landschaft mit Andeutung eines Zeltes im Hintergrund (Judas' Feldlager?) und einem Haufen geharnischter Ritter, steht das Beweisstück. Der Elefant. Ein verwandelter Elefant! Sein großes, dem eines Pferdes ähnliches Auge, blickt treuherzig vom Gewölbe, denn er ahnt nicht, was ihn ereilen wird.

Ohren, gefächert wie Fledermausflügel und ein kurzer dicker Schwanz. Merkmale, die nicht für einen Dickhäuter sprechen. Das eigentliche Problem bleibt allerdings der Rüssel. Wo sollte man ihn anbringen? Gewiss kannte Meister Leonhard Elefanten aus der Schöpfungsgeschichte, doch in Augenschein genommen hatte er sie noch nicht. Man riet ihm, sich an ein Pferd zu halten und ihm elefantenähnlich Attribute beizugeben. Daraufhin setzte der Maler den, wie eine Trompete geschwungenen Rüssel auf den Nasenrücken eines Pferdes. Und ein seltsames Mischwesen entstand. Es sieht verwegen aus. Doch nicht genug. Bei näherem Hinsehen entdeckt man, dass der „Pferdefant“ mit gespaltenen Zehen auf die Welt kam, also ein Paarhufer ist und keine Hufe, sondern Klauen besitzt. Das lässt auf einen Wiederkäufer schließen, was in der Stammesgeschichte einem genetischen Seitensprung gleichkommt. Nun ist die verwandtschaftliche Nähe zum „Nasobēm“ gesichert.

Zurück zum alttestamentarischen Geschehen im Kreuzgang. Das Elekühpferd trägt, festgezurt auf seinem Rücken, einen hölzernen Gefechtsturm mit vier bewaffneten Kriegeren. In Kürze werden sie zu Boden gehen, denn unter dem Fabeltier liegt bleich, dem Ende nahe, Eleazar. Seine Lanze wird diesen Augenblick das Elekühpferd durchbohren und er selbst ins Jenseits hinübergleiten.

Etwa hundert Jahre nach der schaurig-schönen Bilderzählung, treibt man einen echten Elefanten durch die Stadt Brixen. Ein Geschenk des portugiesischen Königs Johann III. an den Erzherzog Maximilian von Österreich in Wien. Aber da war Meister Leonhard längst tot. Doch sein Elekühpferd lebt.

„Auf seinen Nasen schreitet
einher das Nasobēm,
von seinem Kind begleitet.
Es steht noch nicht im Brehm.“

Doch nunmehr steht danem
sein Neffe, hocherfreet.
Denn dieser fand bequem
den Anschluss hier auf Zeit.

Die Zwei beschreiten samt dem Kind
den Weg vollkommner Harmonie
einträchtig, wie sie nun mal sind.
Das sah selbst Christian noch nie.

Auf seinen Nasen schreitet
seither das Nasobēm,
vom Elekuhpferd sanft begleitet,
führn sie zu Dritt ein schönes Lem.“

„Warum sind alle so böse zu Trampel?“ – Ein Dreiakter

von Eckhard Mieder

1. Akt

Vater Jonas sitzt mit seinem Sohn Fynn am Frühstückstisch. Im Radio laufen Nachrichten. Der Name Trump fällt. Außerdem wird ein knapper Kommentar zum grad eingeführten Präsidenten der USA gesendet.

FYNN Wieso sind alle so böse zu Trampel?

VATER Du meinst Trump.

FYNN Ist doch egal.

VATER Es ist überhaupt nicht egal, wer Präsident von Amerika ist.

FYNN Der Name schon?

VATER Okay. Das stimmt.

FYNN Und warum sind alle so böse zu Tramp?

VATER Das ist schwer zu erklären. Außerdem glaube ich, dass nicht alle böse auf ihn sind. Sonst wäre er nicht gewählt worden.

FYNN (*verärgert*) Das meine ich ja! Die Amerikaner haben den gewählt, und trotzdem sind alle böse auf ihn.

VATER Wer ist denn böse auf ihn?

FYNN Papa! Du musst mich nicht veräppeln!

VATER Na sag mal.

FYNN Du liest die Zeitung und nörgelst rum. Du kuckst die Nachrichten im Fernsehen und lachst und sagst: „Was für ein Hampelmann ist das denn?!“

VATER Hab ich das?

FYNN Ich bin neun. Ich bin dabei. Ich höre dir zu, auch wenn du es nicht merkst!

VATER (*leise*) Kinder müssten echt erzogen werden, wie sie Medien konsumieren.

FYNN Was sagst du?

VATER Wir müssen los.

FYNN Wieso konsumiere ich Mädchen?

VATER Es reicht jetzt, Fynni! Die Schule ruft!

FYNN (*leise*) Fynni! Wie ich das hasse!

2. Akt

Fynn steht seinem Schulfreund Konrad und seiner Schulfreundin Smilla in der Pause auf dem Schulhof. Es ist arschkalt, aber es tut auch gut, an der frischen Luft zu sein.

KONRAD Krass, oder?

SMILLA Was krass?

KONRAD Der Präsident von der Welt da.

FYNN Der ist nicht Präsident von der Welt. Der ist Präsident von Amerika.

SMILLA Ach der. Der ist nicht Präsident von der Welt, der ist Präsident eines Landes. USA! Superman von USA!

FYNN Und wieso ist das krass? Irgendeiner muss das ja sein.

KONRAD Mein Vater sagt: ‚Es kommen furchtbare Zeiten.‘

FYNN Was denn für furchtbare Zeiten?

KONRAD Keine Ahnung. Drunter und drüber. Cho Scheiße, wie heißt das? Cha ...

SMILLA Chaos! Kommt aus dem Griechischen.

KONRAD Du nervst! Kommt aus dem Griechischen! Was für'n Griechischen?

FYNN Was hat Griechenland mit dem Präsidenten von den USA zu tun?

KONRAD Keine Ahnung. Habe ich behauptet, dass die was miteinander zu tun haben?

SMILLA Ihr seid echte Chaoten!

FYNN Sag du doch mal was Schlaues, Smilla. Oder hast du nichts mitgekriegt?

SMILLA ‚Türlich habe ich was mitgekriegt. Immerzu habe ich das zuhause gehört. Meine Mutter hat gesagt: ‚Was ist der denn für ein Mistschwein!‘ Mein Vater hat immerzu gesagt: ‚Eh, den können die doch echt nicht zum Präsidenten wählen!‘

FYNN Wie bei mir zuhause. Nur dass meine Mutter ja vor einem Jahr abgehauen ist.

SMILLA Fynni, das tut mir richtig leid!

FYNN Mir auch. Aber sag bitte nicht Fynni zu mir!

SMILLA Das tut mir echt leid.

KONRAD Knutscht ihr jetzt gleich?

SMILLA Arsch!

KONRAD Und was ist nun mit diesem Trampel?

FYNN Tramp!

SMILLA Trump!

KONRAD UND FYNN (*synchron*)

Ja keine Ahnung!

3. Akt

In einem Raum, dessen Wände von Hunderten Monitoren tapeziert sind, sitzen zwei Männer und eine Frau. Auf einem der Bildschirme ist die Szene auf dem Schulhof zu sehen, auf einem anderen die Szene am Frühstückstisch.

MANN 1 Gefährlich die drei.

MANN 2 Mistschwein? Was ist das?

FRAU Jedenfalls kein Kompliment. Müssen wir prüfen.

MANN 2 Wieso können wir Trump nicht zum Präsidenten wählen?

FRAU Hast du?

MANN 2 Bin ich verrückt?

MANN 1 He, wir sind neutral. Aber das gefällt mir nicht. Dass sie von Chaos sprechen.

FRAU Es sind Kinder. Willst du mal die Zimmer meiner Kinder sehen?

MANN 1 (*leise*) Ich würde dir gern noch ein Kind machen ...

FRAU Was hast du gesagt?

MANN 1 Es kommen furchtbare Zeiten, sagen die.

MANN 2 Haben sie nicht gesagt. Der eine hat gesagt, sein Vater hat gesagt, dass furchtbare Zeiten kommen.

MANN 1 Und was, deiner Meinung nach, meint er? Hat er einen Plan? Bastelt er an einer Bombe?

FRAU Das sind Europäer. Die sind schnell mit ihren apokalyptischen Vorstellungen. Ich glaube sogar, die lieben den Untergang.

MANN 2 Ist das Philosophie jetzt?

MANN 1 Ich würde sagen, wir sollten sie im Auge behalten.

FRAU Diese Kinder?

MANN 1 UND MANN 2 (*synchron*)
 Sie sind unsere Zukunft. Da können wir nicht wachsam genug sein. Jeder Terrorist war mal ein Kind.

E n d e

Antworten

Steve Bannon, Enfant terrible der Trump-Administration – Sie sind der Chefberater Ihres Arbeitgebers, mit Sitz im Nationalen Sicherheitsrat gar. Die rüde Antrittsrede Trumps soll ebenso Ihre Handschrift tragen wie das antimuslimische Einreiseverbot. Den hiesigen Medien gelten Sie als aggressiv, rechthaberisch, nationalistisch, klug, zum Äußersten entschlossen, mit Hang zu Tobsuchtsanfällen sowie tätlicher Gewalt gegen Frauen und als antisemitisch – so eine Zusammenstellung aus nur einem einzigen Zeitungsbeitrag. Sie selbst sagen von sich: „Ich bin Thomas Cromwell am Hofe der Tudors.“ Das implizierte eine Gleichsetzung Trumps mit Heinrich VIII, der darob im Grabe rotieren dürfte. Allerdings ließ der seinen Cromwell, sechs Jahre nachdem er ihn zum königlichen Sekretär ernannt hatte, wegen Hochverrat und Ketzerei anklagen und hinrichten ...

Slavoj Žižek, Selbstkritik Fordernder – Sie sagen, die Reaktion der Linken auf Trumps Wahl sollte sich nicht auf selbstgefällige moralische Entrüstung beschränken, sondern in harter Selbst-

kritik bestehen: Trumps Sieg gebe der Linken die einzigartige Chance, sich selbst zu erneuern. Und mahnen in der *NZZ*:

„Die Dringlichkeit der Lage ist keine Ausrede. Gerade wenn die Zeit drängt, muss man nachdenken. Wir sollten keine Angst haben, uns auf Marx zu besinnen: Bisher wollten wir unsere Welt zu schnell verändern. Nun ist die Zeit gekommen, sie selbstkritisch neu zu interpretieren und das linke Selbstverständnis zu hinterfragen.“ Wir hoffen auf offene Ohren der Linken.

Norbert Hofer (FPÖ), rechter Wiener Walzerfreund – Ihren Repräsentationsverpflichtungen konnten Sie sich auch heuer nicht entziehen. Als „Dritter Nationalratspräsident“ mieteten Sie für den „Wiener Akademiker-Ball“ am 3. Februar 2017 eine „Goldloge“ für fünf Personen zum Schnäppchenpreis von 1000 Euro. „Manchen gibt's der Herr im Schläfe“, meint man da ein leichtes Grummeln im Hintergrund zu hören. Die 2800 Gegendemonstranten – alles Sozialneider! – waren in den Sälen der Hofburg nicht zu hören. Die wurden zum Schutze der 1500 Ballbesucher von 2800 Polizisten auf Abstand gehalten. Es haben halt noch nicht alle verstanden, dass diese von der FPÖ veranstaltete Fete nun rein gar nichts mehr mit dem „Wiener Korporations-Ball“ zu tun hat, dem die Hofburg-Betreiber-Gesellschaft 2013 die Tore recht unwirsch verschloss. Natürlich half Ihre Partei seinerzeit uneigennützig und übernahm Ball und Mietvertrag, um „Studentenschaft, Bürgertum, Wirtschaft und Politik“ in Smoking beziehungsweise Uniform und langem Abendkleid zusammenzuführen. Ein Vernetzungstreffen der Rechten? „Aber geh'n, meine Herrn – alles Walzer!“ Nur die Medien, wie immer und überall, nölten rum. Sie hätten die „Goldloge“ aus Steuergeldern, nämlich den Repräsentationsmitteln Ihres Amtes, bezahlt, teilte *DIE PRESSE* mit. Na und? Der beträgt doch sowieso nur schlappe 7674,24 Euro! Eine einigermaßen vergleichbare Loge beim Opernball kostet allein 11.500 Euro. Sie werden sich am 23. Februar wohl mit einem Tischler für vier Personen begnügen müssen: Der kostet nur 1070 Euro plus 1560 für die Eintrittskarten. Und die Saison ist noch lange nicht zu Ende! Da Sie, wie Sie durchblicken ließen, unverdrossen nur „nach strikten Richtlinien des Parlaments“ herumrepräsentieren, werden Sie Ende des Jahres sicherlich ein verarmter Mann sein. Ihr Partei-Chef Heinz-Christian Strache war am 3. Februar nicht in der Hofburg zu sehen. Krankheitsbedingt, heißt es. Kein Wunder bei so viel Kosten und Missgunst!

Dr. Klaus Lederer, linker Kultursenator mit Bodenhaftung aus Berlin – Endlich sind Sie mit Ihrem Regierungschef Michael Müller (SPD) auf (fast) gleicher Augenhöhe, nämlich als frisch gekürtes Aufsichtsratsmitglied der Berliner Flughafengesellschaft. Für unsere Leser in Ozeanien: Das ist eine mit überbordender Fachkenntnis ausgestattete Truppe, die seit vielen, vielen Jahren versucht, einen Flughafen bei Berlin bauen zu lassen... Warum ein Kulturpolitiker in einem solchen Gremium sitzen muss? Lassen Sie sich doch bitte nicht von so blöden Fragen verunsichern, Herr Senator! Wir finden es gut, wenn in Berlin ein Kulturmensch endlich mal am Boden bleibt. Zumindest am BER. Vom „Willy-Brandt-Airport“ wird auch 2017 kein Flieger abheben. Den unfertigen Zustand hat er mit einer Baustelle gemeinsam, die in Ihre Amtszuständigkeit als Bedarfsträger fällt: die Staatsoper Unter den Linden. Auch die wird 2017 nicht fertig werden, wie Sie kürzlich inoffiziell einräumen mussten. Und 2018 sitzen Sie wieder auf der Oppositionsbank und können endlich wieder ungehindert alle geißeln, die weder einen Flughafen noch eine Oper fertigzustellen in der Lage sind. Die Reden haben Sie ja noch. Kleiner Tipp am Rande: Von Berlin braucht die Bahn bis zur polnischen Partnerstadt Warschau derzeit fünf Stunden und 41 Minuten. Dort sollen Opernhaus und Flughafen funktionieren...

Steffen Mensching, tapferer Theaterintendant aus Rudolstadt – Sie ließen sich dieser Tage in Berlin auf eine Podiumsdiskussion mit dem verkrampten Titel „Gegen Rechts: Die Kunst, politisch Stellung zu beziehen“ ein. Dabei äußerten Sie einen ebenso banalen wie andernorts skandalerregenden Satz: „Bei uns kennt jeder jeden. Wir wollen die nicht aufgeben, die auf der anderen Seite stehen.“ Sie haben sich doch nicht etwa als heimlicher Wagenknecht-Anhänger outen wollen? Jeder gute Linke weiß doch, dass man mit „denen“ – also Leuten, die potenzielle AfD-Wähler oder noch Schlimmeres sind – nicht redet. Als guter Brecht-Kenner wissen Sie

aber, dass es überhaupt nicht so einfach ist, „das Volk“ aufzulösen und ein anderes zu wählen. Wir möchten Sie in Ihrer Haltung bestärken.

Ralf Stegner, leicht eitler SPD-Vize aus Kiel – Sie betätigten sich jüngst als Frisur-Model. Ihre Frisörin wirbt nun mit Ihrem Konterfei für ihren Laden. Es gibt wahre Helden des Alltags!

Randy Crawford, Goldkehlchen – Sie gelten neben Ella Fitzgerald, Nina Simone, Aretha Franklin und Dee Dee Bridgewater zu den erfolgreichsten afro-amerikanischen Interpretinnen im Fach Jazz & Soul. Von Ihren 15 Solo-Alben zwischen 1976 und 2006 schafften es immerhin zwölf in den USA, in Großbritannien, Österreich, der Schweiz oder Deutschland in die Charts. Für „Secret Combination“ (1981) gab es zweimal Platin, für „Rich and Poor“ (1989) einmal Gold und für „Feeling Good“ (2006) noch mal Platin. Ein Platz unter den Unsterblichen im Pop-Olymp wäre Ihnen aber bereits sicher gewesen, hätten Sie lediglich den Song „Almaz“ (auf dem Album „Abstract Emotions“, 1986) eingespielt.

Am 18. Februar feiern Sie Ihren 65. Geburtstag, zu dem wir hier – so viel Aberglaube muss sein! – zwar nicht vorzeitig gratulieren, Ihnen aber doch versichern wollen, dass wir an diesem Tage auf Sie anstoßen werden!

Bemerkungen

Film ab

Lange nicht gehört, den Begriff – „Kundschafter des Friedens“. Dazu zählten aus DDR-Sicht etwa Günter Guillaume (der traurigerweise 1974 einem kanzlermüden Willy Brandt den Vorwand zum Rücktritt lieferte) und Rainer Rupp (der aus dem NATO-Hauptquartier 1983 möglicherweise die entscheidenden Hinweise lieferte, dass das einen globalen Atomkrieg simulierende Manöver „Able Archer 83“ *nicht* der Auftakt zur Auslöschung der UdSSR werden sollte, der gegebenenfalls nur durch einen massiven nuklearen Präventivschlag zuvorkommen gewesen wäre).

Nun also „Kundschafter des Friedens“ auf der Leinwand.

Nähme man Robert Thalheims, des Regisseurs, Äußerung ernst, mit der Geschichte auch von gebrochenen Lebensläufen erzählen zu wollen, wie sie nach der Einheit auf dem Gebiet der Ex-DDR für eine ganze Generation alltäglich waren, müsste man ihm bescheinigen, das Thema mehr oder weniger komplett verfehlt zu haben. Stattdessen abgeliefert hat Thalheimer eine intelligent-witzige Persiflage, die das Genre des Agententhillers sehr gekonnt auf die Schippe nimmt und zugleich eine augenzwinkernde Referenz an die HVA ist, die über Jahrzehnte im Vergleich zu den Schlapphüten aus Pullach nun einmal die weit erfolgreichere Auslandsaufklärung war.

Dass der Film überdies mit der Titelmelodie des DDR-Straßenfegers „Das unsichtbare Visier“ unterlegt ist – teilweise in Kombination mit Schnittarrangements, wie man sie aus frühen James-Bond-Filmen kennt – steigert das Kino-Vergnügen noch. Dass dieses ein durchgehendes ist, dafür sorgt vor allem eine bis in die Nebenrollen – Margit Bendokat steht als Dienstherrin des BND Judy Dench in nichts nach – stimmige Besetzung. Wobei insbesondere Thalheims HVA-Rentner-Quartett grandios zu nennen ist: Henry Hübchen (wird am 20. Februar 70!), Michael Gwisdek, Thomas Thieme und Womanizer, pardon, Romeo Winfried Glatzeder.

Ziemlich am Anfang des Streifens äußert der Held Jochen Falk (alias Hübchen) an die Adresse einer amateurhafter BND-Nachwuchsscrew, die ihn nur deshalb zu stellen vermochte, weil ihn ein Knacken im Rücken an der Flucht durch Sprung auf eine fahrende S-Bahn hinderte: „Und so was hat den Kalten Krieg gewonnen. Das ist traurig.“ So viel Ostalgie darf sein.

Gegen Ende des Films wird behauptet: „Es gibt doch kein Leck im BND.“ Der das sagt, ist der Maulwurf höchstselbst, und dieser Gag darf durchaus als Erinnerung daran verstanden werden, dass der BND im Kalten Krieg löchrig wie ein Schweizer Käse war – zumindest für die Aufklärer aus dem Osten. Das begann mit Heinz Felfe in den 1950er Jahren, der bis zum Leiter des Referats „Gegenspionage Sowjetunion“ aufstieg und unter anderem mit der Suche nach einem vermuteten hochrangigen Verräter im BND betraut wurde, also mit seinem eigenen Fall, und reichte hin bis zu Markus Wolfs ‚Perle aus Pullach‘ – FAZ-Sprech – die, zum Schluss im Range einer Regierungsdirektorin, 17 Jahre lang, praktisch bis zum Ende der DDR, aus dem Herzen der Finsternis nach Ostberlin berichtete.

Clemens Fischer

„Kundschafter des Friedens“, Regie: Robert Thalheim. Derzeit in den Kinos.

„Simpel und doch außerordentlich“ – Eine Miszelle

Im elften Buch von „Dichtung und Wahrheit“ (1814) blickt Goethe auf seine frühen Straßburger Jahre. Die Rede ist von der Begeisterung der jungen Dichter für William Shakespeare. Goethe erinnert sich an Jakob Michael Reinhold Lenz, den er in späteren Passagen seiner Rückschau kritisch betrachtet. Er sei „als ein vorübergehendes Meteor“ nur „augenblicklich über den Horizont der deutschen Literatur“ gezogen, „ohne im Leben eine Spur zurückzulassen.“

Hier nun redet Goethe anders. Mit Respekt spricht er von Lenzens „Anmerkungen übers Theater nebst angehängten übersetzten Stück Shakespears.“ (1774) Gemeint ist Lenzens Übertragung der Komödie „Love‘ s Labour‘ s Lost“ (1594/5), („Verlorene Liebesmüh“), welcher der Nachdichter den Titel „Amor vincit omnia“ („Die Liebe überwindet alles“) gab. Er behandle, meint Goethe, „seinen Autor mit großer Freiheit, ist nichts weniger als knapp und treu, aber weiß sich die Rüstung oder vielmehr die Possenjackete seines Vorgängers“ gut anzupassen. „Die Absurditäten des Clowns machten besonders unsere ganze Glückseligkeit, und wir priesen Lenzen als einen begünstigten Menschen, da ihm jenes ‚Epitaphium‘ des von der Prinzessin geschossenen Wildes folgendermaßen gelungen war:

*Die schöne Prinzessin schoß und traf
Eines jungen Hirschleins Leben;
Es fiel dahin in schwerem Schlaf,
Und wird ein Brätlein geben.
Der Jagdhund boll ! Ein L zu Hirsch,
So wird es dann ein Hirschel;
Doch setzt ein römisch L zu Hirsch,
So macht es fünfzig Hirschel.
Ich mache hundert Hirsche draus,
Schreib Hirschell mit zwei LLen.“*

Ein Blick in die englische Originalausgabe von Alexander Pope (1725) zeigt, dass es in der zweiten Szene des vierten Akts kein Gedicht gibt. Lenz hat diese locker-lustige Leichenrede erfunden und kunstvoll in die Dramenszene „Ein Schuß im Walde“ gestellt. Holofernes bietet Nathanael, dem Dorfpfarrer, dem studierten Theologen (wie Lenz), an, ihm ein „epitaphieum ex tempore“ auf das tote Tier vorzutragen. Nathanael, nachdem er obigen Text gehört hat, schlägt in die Hände: „Ein rares Talent“. Der Vortragende ergänzt, sein Text sei „simpel und außerordentlich“. Die von Lenz gedichteten und in die Handlung verwobenen zehn Verse werden im sich anschließenden Komödientext Gegenstand des Dialogs. Der Vortragende erläutert gewissermaßen seine Poetik.

In der vorletzten Verszeile erscheint ein lyrischer Sprecher („Ich mache hundert Hirsche draus,“), der abschließend den Sprachwitz steigert und im letzten Wort wohl gar mit dem Namen Lenz („LLen“) spielt. Bei dem leichten Umgang mit dem Text knüpft Lenz, der erste deutsche Übersetzer dieses Stückes, mit Shakespeare an die Stegreifgreifkomödie der italienischen

Commedia dell' arte an. In seiner Adaption betont er vor allem das Derb-Komische. Ironisch zeigt er den Sieg der Natur über die Künstlichkeit der höfischen Welt. Bereits in seiner Königsberger Studentenzei hat sich Jakob Lenz (angeregt durch Schriften Herders) Shakespeare genähert, zunächst dem Komödienschreiber. „Sein“ Stück „Verlorene Liebesmüh“ gehört nicht zu Shakespeares Hauptwerken. In schmaleren Leseausgaben und üblichen Dramenführern ist es nicht vertreten. Der Nachdichter wählte einen Text, der keineswegs eine „reine“ Komödie ist, keinen klassischen Komödienschluss aufweist: Der Vater der (französischen) Prinzessin stirbt plötzlich. Alle drei der eingefädelten Hochzeiten sollen (der Trauer wegen) um ein Jahr verschoben werden. (Zu Beginn des Stückes hatten die drei Akademiker noch angestrebt, allem Sinnlichen zu entsagen.)

Während sich das große englische Vorbild für Komik oder Tragik entschied, wird für Lenz der ständige Umschlag von Komik und Tragik charakteristisch. Sein „Hofmeister“ von 1774 gilt als Musterbeispiel einer Tragikomödie.

Eine Frage bleibt offen: Warum versteckt sich Lenzens kleines Stegreifgedicht, das locker und spielerisch mit dem Tod umgeht, bis heute in Goethes Autobiografie beziehungsweise in der kaum gespielten Stückübersetzung. Gehört es nicht längst in jede Präsentation seiner Gedichte?

Ulrich Kaufmann

Armes Deutschl ..., nee, Handelsblatt

Am 6. Februar 2017 teilte das Morning Briefing der Zeitung mit: „Der Countdown läuft. Im Dezember dieses Jahres wird die Verlagsgruppe *Handelsblatt* ihr neues Hauptquartier im Herzen von Düsseldorf beziehen: 1500 Quadratmeter für mehr als 700 Journalisten, Grafiker, Softwareentwickler, Eventexperten und Researcher.“ Wäre man Huhn, wünschte man sich ob dieser drangvollen Enge wahrlich die Käfighaltung zurück. Gottseidank wird es aber für die Journalisten, Grafiker, Softwareentwickler, Eventexperten und Researcher wenigstens etwas Auslauf geben: „Oben lockt ein Sky Garden auf 720 Quadratmetern.“

hpg

Ein Physiker-Fasching schrieb „Geschichte“

Am 28. Januar 1967 titelte die *Freiheit*, das damalige „Organ der SED-Bezirksleitung Halle“, recht aufreißerisch: „Seht euch vor – die Physiker kommen“. Unter „Fakten und Fragen zur Erziehung der Studenten“ hieß es dann weiter „Die Physikstudenten der Martin-Luther-Universität haben eine moralische Bruchlandung vollführt“.

Was war geschehen? Die Studenten des 3. Studienjahres hatten einige Tage zuvor traditionsgemäß den Physiker-Fasching in der ehemaligen Zoo-Gaststätte ausgerichtet. Dabei hatten sie die Wanddekoration übernommen, die Studenten der Burg Giebichenstein für den Mediziner-Fasching angefertigt hatten, der wenige Tage vorher an gleicher Stelle stattgefunden hatte.

Am Abend des Physiker-Faschings erschienen nun aber Bereitschaftspolizei und FDJ-Kreisleitung, um die „unsagbar primitiven pornografischen Schmierereien“ von den Wänden zu entfernen. Dass es sich dabei teilweise um Karikaturen aus dem *Eulenspiegel* handelte, spielte in dem Moment keine Rolle. Die *Freiheit* sah sich in dem längeren Schmä- Artikel außerdem gezwungen, „einige Fragen in aller Öffentlichkeit zu stellen“: Wie vereinbart sich dieser Physiker-Fasching eigentlich mit unserer sozialistischen Erziehung? Woher stammen solche demoralisierende Einflüsse? Und an die Professorenschaft gerichtet: Ist das ein Spiegelbild Ihrer Erziehungsarbeit?

Abschließend forderte die Redaktion alle auf, denen „die Erziehung der jungen Studentengeneration zu guten Sozialisten“ am Herzen lag, sich zu diesen Fragen zu äußern. In den folgenden Ausgaben wurden daraufhin zahlreiche (freiwillige oder aufgeforderte?) Leserzuschriften abgedruckt – von der Hausfrau über den BUNA-Arbeiter bis hin zum Wissenschaftler. Sie alle empörten sich über das Verhalten der Studenten. Die betroffenen Studenten wurden mehrfach

vor die FDJ-Kreisleitung geladen, um zu ihrer „moralischen Entgleisung“ Stellung nehmen. Schließlich wurde ein FDJ-Sekretär aus dem „roten“ Mansfeld-Kombinat beauftragt, ihnen „Sauberekeit und Würde des Menschen“ zu vermitteln. Aber die zwanzig Studenten waren keine „schmarotzenden Bürgersöhnchen“, wie die *Freiheit* versuchte, sie zu diffamieren, sondern Kinder von Arbeitern, Angestellten und Bauern. Natürlich hatten sie damals Angst um ihren Studienplatz, doch schließlich kamen sie, nachdem sich die ganze Aufregung etwas gelegt hatte, alle mit einem schriftlichen Verweis davon.

Inzwischen zielte die Stoßrichtung der SED und der FDJ gegen die Professorenschaft. Hatte man beim vorangegangenen Mediziner-Fasching noch davor zurückgeschreckt (schließlich waren die Studenten Söhne von Universitätsgelehrten), ging man jetzt mit voller Breitseite vor. Heute würde man sagen: Physiker haben keine Lobby.

Immer mehr entpuppte sich die ganze Kampagne als Scharmützel der dritten Hochschulreform, die von der IV. Hochschulkonferenz im Februar 1967 eingeleitet wurde, und die die Effektivität von Forschung und Ausbildung sowie die Verbindung der Hochschulen mit der Wirtschaft verbessern sollte. Mit ihr wollte die SED jahrhundertealte Strukturen an den Universitäten zerstören. So wurden die meisten Institute aufgelöst und in Sektionen überführt. Darüber hinaus erlosch die bisherige Selbstverwaltung der Universitäten durch Senat und Fakultäten. An ihre Stelle traten hierarchisch aufgebaute Weisungsstrukturen.

Als der Deutschlandfunk Ende der 1960er Jahre in einem Feature über die Studentenbewegung 1967/68 in der DDR und in Osteuropa berichtete, wurde auch der Physiker-Fasching in Halle erwähnt. Das war jedoch am Ziel weit vorbeigeschossen. Es war ein ausgelassener, aber völlig unpolitischer Fasching, der damals durch Partei, FDJ und ihren Medien zu einer Auseinandersetzung mit sozialistischer Moral und Lebensweise hochstilisiert wurde. Übrigens beendeten alle betroffenen Studenten 1969 ihr Physikstudium und standen später in Beruf und Familie „ihren Mann“. Nach fünfzig Jahren können sie über die Vorkommnisse von damals nur noch lächeln.

Manfred Orlick

Neues von der Gastro-Archäologie

Wir erleben derzeit die Geburt einer neuen Spezialrichtung der archäologischen Wissenschaften. Ich schlage den Namen „Gastro-Archäologie“ vor. Deren Erkenntniswert ist ungeheuer. Die wirtschaftlichen Auswirkungen, vor allem im Bereich Gastronomie und Lebensmittelindustrie, dürften noch nicht abschätzbar sein. Drei Beispiele mögen als Beleg genügen.

An der Europäischen Akademie (Eurac) in Bozen hat der Forscher Albert Zink jetzt herausgefunden, was das berühmteste Mordopfer der Alpen, ein gewisser Ötzi, vor 5300 Jahren aß, bevor er sich auf seinen letzten Gang zum Tisenjoch begab: Steinbockspeck. Und zwar ziemlich fettigen. Man kann mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass dieses neolithische Qualitätsprodukt aus Süd-Tirol – Ötzi stieg von der Süd-Tiroler Seite des Gebirges Seite Richtung Pass auf – demnächst zumindest bei den Tiroler Trecking-Ausrüstern im Angebot sein wird. Archäologie ist wirtschaftsfördernd! Dass Bozen in Süd-Tirol liegt, ist reiner Zufall.

Bei ihren patriotischer eingestellten Landsleuten dürfte sich zumindest Jette Linaa vom Moesgård-Museum in Højbjerg bei Århus in der Perspektive unbeliebt machen. Die verkündete nämlich die Analyseergebnisse eines bereits 1937 gefundenen und seitdem in einem Glasgefäß aufbewahrten Kothäufchens, das uns der Ålborger Bischof Jens Bicherod (1658–1708) hinterlassen hat. Eine Verwechslung ist nicht möglich. Der Bischof genoss mit seiner Gattin das Privileg, ein Klo allein benutzen zu dürfen. „Jetzt haben wir einen spezifischen Fäkalienhaufen, den wir einer Person zuordnen können, und daraus können wir Rückschlüsse auf seine Ernährung ziehen“, verkündete die Archäologin der erstaunten Weltöffentlichkeit. Unpatriotisch war des Bischofs Ernährungsweise: Man fand ein Pfefferkorn in seinen Exkrementen und die Überreste norwegischer (sic!) Moltebeeren. Dazu verzehrte er Weintrauben und Feigen. Schweinefleisch, Graubrot und Kohl sei hingegen das für die Durchschnittsdänen Übliche gewesen. Damit kann man nun wirklich keine Touristen anlocken. Jette Linaa sollte „des Bischofs Klumpen“, wie

dänische Lästler schon anmerken, aber schnellstens wieder wegschließen, bevor neben dem Spott den jütländischen Bäckern und Gastronomen wirtschaftlicher Schaden zugefügt wird. Der Wiener *Standard* hatte den bischöflichen Nahrungsrest schon als „Brownie“ klassifiziert. Sie wissen schon, das ist dieser amerikanische Klebekuchen...

Zumindest ideologische Auswirkungen werden Funde zeitigen, die ein Team um die Bristoler Archäologin Julie Dune in der libyschen Wüste ausbuddelte. Die Forscher fanden 10.200 Jahre alte Tonscherben mit Kochresten. Auf einigen waren nur Spuren gekochter Pflanzen, hauptsächlich wohl Wasserpflanzen, nachweisbar, auf anderen hingegen solche gekochten Fleisches, auf wieder anderen eine Mischung aus beidem. Wir schlussfolgern: Offenkundig handelt es sich hier um die ältesten Belege eines Konfliktes zwischen veganer und nichtveganer Esskultur der Menschheit. Die Ausgrabungsstätte hat das Zeug zum Kultort. Wie primitiv dagegen die Ernährungsweise des Homo erectus vor 1,2 Millionen Jahren im spanischen Atapuerca! Diese Leute kauten das Grünzeug roh, dabei hatten ihre Vorfahren nachweislich schon vor 1,8 Millionen Jahren das Feuer zum Aufbereiten ihrer tierischen und pflanzlichen Rohkost benutzt! Aber das war in Afrika, und Europa hinkte kulinarisch schon immer ein bisschen hinterher.

Mit Sicherheit ist von der Gastro-Archäologie noch Einiges zu erwarten!

Wolfgang Brauer

Blom

Um den Jahreswechsel erregte der Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) die Gemüter, weil er von den Herstellern und Vertreibern vegetarischer Produkte eigene Bezeichnungen forderte, die nicht mit den Begriffen Fleisch oder Wurst verbunden sind. Auch ein CSU-Politiker kann mal Recht haben. Mag sein, dass auch die Fleischerlobby ihren Anteil an Schmidts Vorstoß hat, wenn schon. Denn hier geht es um mehr. Es geht um das allgemeine Unvermögen oder die Faulheit der Deutschen, ihre Sprache weiterzuentwickeln, sie den modernen Anforderungen anzupassen.

Vorreiter dieser Entwicklungen sind die Marketingstrategen und die Elektronikindustrie, die uns seit Jahrzehnten mit amerikanischen Wortschöpfungen zapflastern. Es gibt nicht mal den Versuch, eigene, zur deutschen Sprache passende neue Begriffe zu entwickeln. Ironie des Schicksals: Einer der meist benutzten Begriffe „Handy“ aus diesem Spektrum ist ein Scheinanglizismus und wird nun von den Deutschen in die Welt getragen. Man kann im Netz viele Erklärungen finden, wie es dazu kam. Mir gefällt immer noch am besten die Herleitung von Mathias Richling. Als Opa das Ding zum ersten Mal sah, fragte er: „Hän die koi Schnur?“ Übrigens ist der Begriff markenrechtlich geschützt; seit 1958 für ein Geschirrspülmittel der MIFA AG. Dabei wäre es so einfach gewesen. Mobilfon! Das Wort ist leicht verständlich und ausreichend mit bekannten deutschen Begriffen wie Mobilität und Telefon verbunden. Gleiches wiederfährt uns von den Marketingleuten. Ich bin Silver Ager, Silver Surfer, DINK, LOHA, für mache ein WOOF, meine Frau eine GMILF (übersetze ich jetzt alles nicht!) Und alle machen mit.

Traurig wird's, wenn ich vorwiegend ältere Menschen vor den Schaufenstern unserer Konsumtempel höre: „Mutti, guck ma, der *Reseiwer* ist hier im *Sahle* (geschrieben receiver und sale). Ich vermute, der Einzelhandel hat sich vom eingepägten Sommerschlussverkauf, abgekürzt SSV – das konnte jeder verstehen- verabschiedet, weil unsere Storkower Sportler ihren Verein in Storkower Sportverein, kurz SSV umbenannt haben und Verwechslungen vermieden werden sollten. Doch nun zurück zum Ausgangspunkt.

Minister Schmidt hat die EU aufgefordert, für neue, klare Kennzeichnungen zu sorgen. Aber da können wir lange warten. Deshalb mache ich hier und jetzt einen Vorschlag: Alle vegetarischen Produkte, für die bisher mangels Alternative das Wort Wurst herhalten musste, sollen ab sofort „Blom“ heißen. Das Wort ist laut Duden noch nicht mit einer anderen Bedeutung besetzt. Es ist mündlich und schriftlich gut verständlich, auch die meisten Fremdsprachler können es lernen und aussprechen und es lässt sich wunderbar mit erklärenden Vor- oder Nachsilben ergänzen: Kräutlerblom, Bärlauchblom, Blomsalat, Schnittblom, Blomallergie usw. Sie können jetzt einwenden, das Wort hätte keinen Bezug zu den Inhaltsstoffen? Dann stellen Sie mal einen Bezug von dem

Wort Wurst zu den Inhaltsstoffen her. Darum geht es nicht. Es muss nur ein neues Wort gefunden werden, das in die deutsche Sprache und deren Lautbildung passt. Was noch fehlt ist ein passendes Geschlechtswort. Soll es nun der, die oder *das Blom* heißen? Ehrlich gesagt, ist das für mich zweitrangig. Ich plädiere für den sächlichen bestimmten Artikel „das“, also das Blom, aber könnte auch mit den anderen Varianten leben. Was meinen Sie? Nach einer kurzen Abstimmung, vielleicht per duhdel (doodle geschrieben) sollten wir den Vorschlag Herrn Schmidt übergeben. Mal sehen, was passiert. Eigentlich müsste er dankbar sein. Echter Bürokratieabbau! So, nun ist die oder der nächste dran, ein Wort für das falsche Fleisch zu erfinden.

Werner Krumbein

Aus anderen Quellen

„Klimawandel, Lebensmittelsicherheit, Überbevölkerung, Rückgang der Artenvielfalt, Epidemien, Übersäuerung der Meere. All diese Phänomene zeigen uns, dass wir gerade am gefährlichsten Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte stehen“, konstatiert **Stephen Hawking**, einer der bedeutendsten Astrophysiker unserer Zeit, und fährt fort: „Wir haben die Technologien entwickelt, die den Planeten, auf dem wir leben, nach und nach zerstören, aber nicht die Fähigkeit, der Erde zu entkommen. [...] wir [haben] nur diesen einen Planeten, und wir müssen alle zusammen daran arbeiten, ihn zu bewahren. Dazu müssen wir die Schranken innerhalb und zwischen den Nationen abbauen und nicht noch verstärken.“

Stephen Hawking: Gefährlichster Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte, IPG. Internationale Politik und Wirtschaft, 06.01.2017. [Zum Volltext hier klicken](#).

*

Schlagzeilen aus und über Venezuela sind seit längerem überwiegend negativ. **Renaud Lambert** schreibt: „Vor zehn Jahren präsentierte Chávez im Wahlkampf die Fortschritte im Gesundheitswesen als ‚einen seiner größten Erfolge‘. Kein ernstzunehmender Gegner hätte das abgestritten. Heute fehlt es nicht nur an Aspirin und Paracetamol, auch an Medikamenten gegen Aids und Krebs.“

Vor zehn Jahren wurde neben Dutzenden anderen Sozialprogrammen die ‚Mision Negra Hipólita‘ geschaffen, eine Hilfseinrichtung für Obdachlose in den Städten. Sie war eines der ersten Opfer der Krise. Heute gehört der Anblick von Menschen, die abends darauf warten, dass die Mülltonnen auf die Straße gestellt werden, wieder zum Alltag. Und auch auf die tausend Gesichter der Kinderarmut stößt man in Caracas wieder an jeder Ecke.

Inflation, Elend und Korruption: Was Chávez bei seinem Amtsantritt geißelte, ist wieder spürbar [...]. Für die Rechte ist die Sache klar: Der Sozialismus scheitert immer. Bei den Linken, die Venezuela als Leuchtturm in der neoliberalen Nacht betrachtet haben, kämpfen Unverständnis und Ungläubigkeit miteinander.“

Renaud Lambert: So viel Öl und nichts zu essen. Das Wirtschaftschaos in Venezuela und seine Gründe, Le Monde diplomatique (online), 12.01.2017. [Zum Volltext hier klicken](#).

*

Auch in Brasilien ist die Rechte auf dem Vormarsch. „Nach 14 Jahren, in denen die brasilianische Arbeiterpartei (PT) viermal die Wahlen gewonnen hatte“, so **Guilherme Boulos**, „gelang es den konservativen Kräften 2016, sich neu aufzustellen, die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff zu stürzen und durch den Vizepräsidenten Michel Temer zu ersetzen. [...] Sein Rezept: hemmungsloser Liberalismus in der Wirtschaft und kämpferischer Konservatismus in der Politik. Nach seinen ersten Entscheidungen zeichnet sich bereits jetzt eine Phase des gesellschaftlichen Rückschritts ab, wie er in den letzten zwanzig Jahren in Brasilien undenkbar gewesen war.“

Guilherme Boulos: Das brasilianische Desaster. Eine korrupte Regierung beschließt den Rückzug des Staates, Le Monde diplomatique (online), 12.01.2017. [Zum Volltext hier klicken](#).

*

Seinen Beitrag über Recep Tayyip Erdogan hatte **Dietrich Alexander** mit einer Frage betitelt: „Reformer oder Wolf im Schafspelz?“ und mit folgenden Worten begonnen: „Abschaffung der Todesstrafe, mehr Rechte für die Kurden, Erweiterung der Pressefreiheit, Abmilderung menschenrechtlich bedenklicher Strafrechtsparagrafen, Strafverschärfung für Schlepper, Organhändler und Folterer – die türkische Regierung arbeitet in atemberaubendem Tempo Brüssels Wunschliste ab. Die Türkei steckt mitten in einem heftigen Strukturwandel. Der Motor dieser Metamorphose: Recep Tayyip Erdogan, türkischer Regierungschef.“ Dann ein Blick auf die nur wenige Jahre zurückliegende Vergangenheit der Lichtgestalt: „1998 noch wurde der smarte und charismatische Macher wegen Anstiftung zu religiösem Hass zu zehn Monaten Haft verurteilt, von denen er vier absaß. ‚Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten‘, hatte der hoffnungsvolle neue Politstar bei einer Wahlveranstaltung in Südostanatolien aus einem religiösen Gedicht von Ziya Gökalp zitiert. [...] Er verlor sein Amt als Bürgermeister von Istanbul sowie das Recht, sich politisch zu betätigen.“ Es wäre wohl besser dabei geblieben.

Alexander schrieb seinen Beitrag im Jahre 2004, und seine Eingangsfrage ist bereits seit einiger Zeit beantwortet.

Dietrich Alexander: Reformer oder Wolf im Schafspelz?, Die Welt (online), 22.09.2004. [Zum Volltext hier klicken.](#)

*

Mit Plattheiten und Maskeraden an die Staatsspitze: **Karl Marx** schilderte 1852 im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ den Putsch vom Dezember 1851 in Frankreich – und es liest sich, wie über eine Präsidentenwahl in unseren Tagen: Während Bonapartes Ministerium teils die Initiative zu Gesetzen im Geiste der Ordnungspartei ergriff, teils ihre Härte in der Ausführung und Handhabung noch übertrieb, suchte er andererseits durch kindisch alberne Vorschläge Popularität zu erobern [...]. Geld geschenkt und Geld gepumpt zu erhalten, das war die Perspektive, womit er die Massen zu ködern hoffte. Schenken und Pumpen, darauf beschränkt sich die Finanzwissenschaft des Lumpenproletariats, des vornehmen und des gemeinen. Darauf beschränkten sich die Springfedern, die Bonaparte in Bewegung zu setzen wußte. Nie hat ein Prätendent platter auf die Plattheit der Massen spekuliert.“ Gefunden haben dies die Kollegen von *junge Welt*.

Ernsthafter Hanswurst, junge Welt (online), 28.01.2001. [Zum Volltext hier klicken.](#)

Die große Ratlosigkeit

von Franz Schandl, Wien

Gibt es überhaupt noch so etwas wie eine Zukunft? Die kapitale Propaganda will sie ja nur noch als Fortschreibung der Gegenwart gelten lassen, als Wert- und Wertegemeinschaft auf ewig. Eher geht die Welt unter, als dass der Kapitalismus zusammenbricht. Das wird uns auch täglich mitgeteilt. Wir leben in Zeiten der großen Blasen, nicht nur der Finanzmarkt hat diese zu bieten, die gesamte Kulturindustrie zehrt davon und blüht dafür. Die große Fiktion ist überall. Doch die Brüchigkeit ist ebenfalls sichtbar und spürbar, beobachtbar und vernehmbar. Da muss man gar nicht theoretisch ausgestattet sein.

Resignation

Ein Problem ist, dass viele radikale Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft kapituliert haben. Noch dazu eher die klügeren als die naiveren. Man hat zwar nicht Frieden geschlossen, aber beschlossen, Frieden zu geben. Die Auseinandersetzung erscheint aussichtslos, die Struktur als übermächtig. Negatives Denken ist umgeschlagen in die Negation aller Möglichkeiten. Viele

ziehen sich zurück und sehen nur noch zu, auch wenn sie keine Konvertiten geworden sind. Gepflegt wird die Ohnmacht. Die Depression ist allgemein und tatsächlich gibt es wenig Gründe, nicht depressiv zu sein. Verdrängung wird sodann zu einer nützlichen Größe.

Resignation ist das Gefühl der Zeit. Selbstverständlich ist sie sympathischer als die blanke Affirmation, diese falsche Tante der Unlust, die lieben lässt, was grauslicher nicht sein könnte. Aber praktisch führt Resignation zur bloßen Hinnahme. Man ist zwar nicht dafür, aber was soll man tun? So macht man halt mangels Alternativen mit und nichts dagegen. Oft ist der Zynismus der logische Partner einer solchen Haltung. Wie sollte eins auch sonst funktionieren bei derlei Widersprüchen? Ohne Ventile geht das nicht.

Und die, die nicht resigniert haben, also die breite Mehrheit der Landsleute, haben *nicht einmal* resigniert. In ihrer kruden Übereinstimmung mit dem äußeren Schein der Welt ist ihnen oft kaum bewusst, wie prekär ihre Lage ist. Und wenn doch, dann individualisieren sie diese Bedrohung als eigene Schuld oder projizieren sie nach außen, indem sie gierig nach Sündenböcken suchen. Stets werden sie fündig.

Unterwerfung sagt zumindest: Ich tue etwas, was ich nicht will! Die meisten müssen sich demnach gar nicht unterwerfen. Ihnen ist ihre mentale Konstitution nie aufgefallen, diese war lediglich Aufforderung, nicht Herausforderung. Mehr als gesunder Menschenverstand ist nicht, doch der ist eine Volkskrankheit.

Erschöpfung

Viele Projekte erschöpfen sich, manche schneller, andere langsamer. Insofern ist das hohe Alter der *Streifzüge* nicht zu unterschätzen. Aber auch bei uns stellt sich die Frage nach dem Aufwand. Er ist relativ hoch. Das Produkt mag das rechtfertigen, aber tut es die Rezeption? Da müssten wir lügen. Im Gegensatz zur ersteren, scheint letztere kaum im Wachstum begriffen zu sein. Was wir an einigen Orten gewinnen, das verlieren wir anderswo. Wir gleichen dem Hamster im Rad ...

Indes brauchen wir konzentrische Kreise von bestimmter Größe, um in zarten Ansätzen relevant zu sein, Kreise, die nicht nur konsumieren, sondern auch mit uns auf uns bauen. Vor allem also auch Menschen, die unsere Überlegungen verbreiten und ausschmücken, d.h. ihnen zusätzlich Leben verleihen. Dass der Setzung eine Fortsetzung folge. Letzteres ist immer ein wunder Punkt gewesen. Schwächen werden dann durch größere innere Anstrengungen behoben. Doch das kann es nicht sein, das trägt zwar, aber es führt auf Dauer nicht wirklich weiter. Wir schrumpfen zwar nicht, wir expandieren aber auch nicht. Reif sind wir, aber frisch sind wir nicht.

Außerakademische Kritik hat ihren Exponenten ja auch kaum existenzielle Surrogate anzubieten, sprich Entschädigungen, Versorgungen oder gar Arbeitsplätze mit Pensionsanspruch. Nicht einmal für bestellte Aufsätze vermögen wir ein kleines Honorar zu überweisen. Wir hängen sozusagen an unserem Publikum, das uns füttert wie erntet. Doch besteht dieses spezifische Publikum im wahrsten Sinne des Wortes aus Zuschauern und Zuzählern. Insgesamt ist es eine atomisierte Menge, die sich kaum zur Selbsttätigkeit aufraffen kann. Wir wollen jedoch ein Projekt und nicht nur ein Produkt sein. Wir ersuchen, das ausdrücklich als Beschwerde zur Kenntnis zu nehmen.

Inferiore Fronten, falsche Fragen

Was wir heute erleben, ist dieses Manko an Perspektive. Nicht, dass es diese nicht gäbe, soll hier behauptet werden (vgl. auch mein „Die große Freisetzung“ in dieser Ausgabe), wohl aber dass diese nicht greift. Notwendigkeit und Möglichkeit greifen nicht ineinander, sondern klaffen weit auseinander.

Der Liberalismus vereinigt blanke Affirmation und seichte Kritik zu einem omnipräsentem Ensemble. Die Anschlussfähigkeit lässt zwar nach, aber jener beherrscht nach wie vor weite Teile der Kulturindustrie, d.h. alte und neue Medien, Hochkultur, Popkultur, Werbung und vor allem die öffentlichen Sprachregelungen (Correctness). Der Populismus hingegen ist ein Quer-

schläger, die grobe Rache der Immanenz. Im Rechtspopulismus kämpft das System gegen das System selbst. Von allem, was wir satt haben sollten, will er noch mehr.

Was sich zur Zeit an Alternative zum liberalen Marktwirtschaftsdemokratismus geriert, ist geradezu erschreckend. Als gäbe es nur mehr die Variante, dass das noch Üblere das Schlechte hinwegfegt. Was sich da aufschaukelt und zuspitzt, das ist (zumindest in den zentralen kapitalistischen Ländern) eine Konfrontation zwischen dem satten (Links)Liberalismus und dem hungri- gen (Rechts)Populismus. In dieser schrägen Konfrontation droht alles andere unterzugehen, wird alles, was quer dazu liegt, von den jeweiligen Frontoffizieren akkurat der Gegenseite zu- geschlagen, um es dann entsprechend zu diffamieren. Was nicht zugeordnet werden kann, wird trotzdem eingekastelt. So verschwindet Gesellschaftskritik von der Bildfläche, wird nur als zu diskreditierende Flanke des Irrsinnis wahrgenommen.

Nicht Gegenstand ist hingegen, was diese vermeintlichen Gegner eint: Marktwirtschaft, Standort, Arbeit, Demokratie, Leistung, Wachstum, Konkurrenz, Flüchtlingsabwehr. Die Liste lässt sich ins Unendliche verlängern. Was abläuft, ist eine Farce. Dass etwa die Kern-Doskozil- SPÖ noch einmal als Attraktion erscheinen kann, ist ein Treppenwitz. Und doch erfasst deren Performance mehr Leute als man für möglich hielt. Ungeheuerlichkeiten gehen fast unkommentiert über die Bühne. Ungeheuerlichkeiten werden kleiner, wenn die Etikette eine andere ist. Und von den Etiketten versteht er was, der Christian Kern, anders als sein Vorgänger, der Werner Faymann, auch wenn die Differenz in der Eloquenz liegt. Der Ruf der Coolness reicht aus, um Friends and Followers auf Facebook oder sonstwo zu kreieren.

Dass CETA, Brexit oder die Kandidatur Van der Bellens keine entscheidenden Punkte sind, darf da gar nicht kommen. Im medialen Gewitter sind es meist völlig nachrangige Probleme, die unsere Gemüter besetzen und erhitzen. Insofern wird es auch immer wichtig bleiben, die herrschenden Fragen selbst in Frage zu stellen und eigene zu formulieren. Nicht nur die Antworten sind falsch, es sind bereits die Fragen.

Transposition

„*Transposition* meint, dass es aufgrund der sich aufschaukelnden Gefahrenlagen notwendig ist, einen Standpunkt jenseits der Konfliktebenen zu beziehen. Das ist nicht zu verwechseln mit Äquidistanz oder Ignoranz. Es schließt konkrete Solidarisierungen mit Opfern nicht aus. Solidarität gilt nicht Völkern, Kollektiven oder Staaten, sondern betroffenen Individuen, kurzum den leidtragenden Menschen in diesen Auseinandersetzungen. Transposition bezeichnet weder Partei noch Neutralität, sie versucht sich eben *nicht* im vorgegebenen Koordinatensystem zu verorten, sondern will darüber hinaus die Destruktivität der Konfrontationen selbst zum Gegenstand machen. Sie ist die ideelle Negation des Konflikts, die sich an der realen Negation betreibt. Sie will ihre Fragen stellen und nicht die gestellten beantworten. Sie will nicht Flaggen hissen, sondern die Fahnen einrollen. Kurzum: Schwächt alle Fronten! Raus aus den Schützengräben!“ Was sich damals (*Streifzüge* 37/2007) auf die internationalen Konflikte bezog, ist durchaus von allgemeiner Natur. Falsche Fronten sind allgegenwärtig, lähmen, verunsichern und schwächen jede emanzipatorische Regung, da sie permanent in die Irre führen und unzählige Kräfte absorbieren.

Inzwischen sieht es freilich so aus, als ob alle Wege in diese elenden Schützengräben führten. Als sei unsere Betrachtung nur ein frommer Wunsch Unentwegter, man könnte auch sagen Phantasten oder Hirnedelr. Inwiefern unser Gedankengut überhaupt ankommt und aufgegriffen wird, ist schwer zu sagen. Zur Zeit sieht es aus, als sei unser Part eine Mini-Minderheitennummer. 95 Prozent der Leute sind gegen euch, höre ich da von irgendwoher. Wenn es nur so wäre! Das Problem ist nicht, dass es so ist, sondern dass es nicht einmal so ist. Fünf Prozent, das wäre nämlich sogar eine beträchtliche Menge an Zuspruch.

Immer weiter so?

Welch Glück, dass es die Betriebsamkeit gibt und die Kulturindustrie noch dazu, so fällt gar nicht mehr auf, was auffällig ist: In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht eine große Ratlosigkeit-

keit, auch wenn es welche gibt, die diese halluzinativ überspringen. Damit sind nicht nur die Regimenter des Establishments gemeint. Insbesondere der Rechtspopulismus, der nicht einmal ahnt, wie wenig er weiß, wäre hier anzuführen. Es ist ja gerade seine Beschränktheit, die ihn stark werden lässt. Ressentiment und Vorurteil brauchen weder Wissen noch Erkenntnis. Was ihn aber gerade deswegen besonders gefährlich macht, droht doch das Berechenbare und Kalkulierbare von Herrschaft zu kippen. Rationaler Wahn steigert sich in irrationalen, siehe Strache, Orbán Erdoğan, Putin, Duterte, jetzt auch noch Trump. Die Welt ist nicht nur voll von solchen Typen, sie haben zunehmend Zulauf. Kleine Monster gebären große.

Die Stimmung ist ungefähr so: Nichts geht mehr, weder das, was ist, noch das, was sein könnte. So wird weitergemacht. Wird schon. Irgendwie. Doch diese Realität sollte mehr Warnung sein als Sicherheit geben. Wenn wir nur zuschauen, wird uns das mehr zusetzen, als uns lieb sein kann. Zweifellos, wir sind recht hilflos, aber am Hilfloseten sind wir, wenn wir uns ergeben. Anpassung ist die gemeinste Form verpassten Lebens. Leben darf nicht heißen, „dass man nie tut, was man will und dass man nie gewollt hat, was man getan hat“. (André Gorz: *Über das Altern* (1960) in: ders., *Der Verräter* (1958). Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer, Zürich 2008, Seite 381)

„Sozialismus oder Barbarei?“, so formulierte Rosa Luxemburg in ihrer *Junius-Broschüre* (1916) die zentrale Entscheidungsfrage. Die Barbarei ist nicht nur möglich, sie hat sich in nicht wenigen Zonen schon eingenistet, man denke nur an die molekularen Bürgerkriege mit Weltbeteiligung in Syrien oder auch Libyen. Es ist uns so selbstverständlich, dass wir gar nicht mehr begreifen, was es ist, obwohl es offensichtlich ist. Das Problem ist sogar weniger, dass wir es nicht zu benennen imstande sind, sondern, dass wir es nicht spüren, weil wir empathische Spatzen sind, denen außer ihrer unmittelbaren Umgebung wenig nahe geht. Uns den Strapazen eines kritischen Denkens und warmen Empfindens zu unterziehen, wo wir doch durch Alltag und Job überbelastet sind, scheint nicht möglich. Unser Sensorium ist gestört. Es ist jedenfalls auch eine große Krise des Fühlens, in der wir heute leben, und es ist zu fürchten, dass eine bombastische Fehlemotionalisierung uns sogar die Reste unserer Menschlichkeit austreibt.

So gesehen, ist das hier auch ein kontrafaktischer Aufruf, allen Widrigkeiten zum Trotz nicht aufzugeben – eine Attacke gegen den Fatalismus und die ihm zugrunde liegende Realität. So probieren und experimentieren wir weiter. Zwar nicht blindlings, aber doch entschlossen, den widrigen Zeiten zu trotzen. Gibt es Besseres? Eigentlich nicht! Der Zersetzung des gesellschaftlichen Gefüges kann nur effizient mit der Abschaffung desselben begegnet werden, ansonsten ist der Zusammenbruch tatsächlich einer der übelsten Sorte und eben nicht das, was er sein soll: die produktive Zerstörung einer irren Form. Was die Zukunft bringt? Nun, das hängt auch davon ab, ob und wie wir uns einbringen können ohne eingemengt zu werden.

Streifzüge 68/2016. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.
Weitere Informationen und Artikel im [Internet](#).

Wer ist Brita Hasan? Ungereimtheiten aus Aleppo

von Petra Erler

Die Staats- und Regierungschefs der EU trafen während des Gipfels im Dezember mit dem Bürgermeister von Ost-Aleppo, Brita Hasan, zusammen. Auch die Bundeskanzlerin zeigte sich in der nächtlichen Pressekonferenz über diese Begegnung sichtlich erschüttert. Wer ist Brita Hasan, der Mann, der einer humanitären Katastrophe ein Gesicht gab? Dies ist eine Spurensuche.

Sie beginnt mit einer Erinnerung: 2012 wurde Aleppo zweigeteilt. Der Westteil der Stadt blieb unter Regierungskontrolle. Den Ostteil nahmen Kämpfer der Freien Syrischen Armee und andere bewaffneten Gruppen ein. 2016 beherbergte die einstige 2,3-Millionen-Metropole noch geschätzt 1,5 Millionen Menschen im Westteil der Stadt, und angebliche 250.000 bis 350.000 Menschen im Ostteil. (Im Dezember lebten laut *Zeit* weniger als 100.000 Menschen im Osten Aleppos.)

Nach einer Analyse der Carnegie-Stiftung entstand Anfang August 2016 eine militärische Patt-situation: beide Stadtteile waren gleichermaßen belagert. Daraus schlussfolgerte damals die Carnegie-Stiftung, dass Assad und seine Verbündeten diesen Zustand nur über einen Angriff überwinden könnten, es sei denn, es käme zu einer politischen Lösung, die eine Schlacht um die Stadt vermieden hätte. Tatsächlich hatte der Ostteil Aleppos am 1. August „zum Kampf auf Leben und Tod“ begonnen und versucht, die Macht über den Westteil Aleppos zu erlangen. Diese Militärfaktion endete im Patt. Initiativen zur Schaffung humanitärer Fluchtkorridore, die erste am 28. Juli, scheiterten. Eine politische Regelung scheiterte. Der „Fall Aleppos“ im Dezember 2016 bedeutete, dass Assad mit Hilfe seiner Verbündeten vor allem mittels schwerer Luftangriffe die Kontrolle über Ost-Aleppo wiedereroberte. „Wiedererobert“ wird hier bewusst geschrieben, denn diese Sprachregelung wendete die *Zeit* an, als sie vom erneuten Fall Palmyras an den IS im Dezember 2016 berichtete. Die durch die *Zeit* verwendete Formulierung geht auf die „syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte“, die in London sitzt, zurück.

In Ansätzen lässt sich erkennen, wer alles in Ost-Aleppo regierte. Es gab einen Militärrat der aufständischen Freien Syrischen Armee, zunächst unter Leitung von Oberst Agedi. (Dieser soll sich 2014 den Kurden im Kampf gegen den IS angeschlossen haben.) Gleichzeitig gab es die islamistische Liwa al-Tawhid Brigade. Diese soll von Frankreich, der Türkei und Qatar finanziert worden sein. Es gab Al Nusra. Im Pressebriefing des Pentagon vom 20. April 2016 erklärte Oberst Warren, dass im wesentlichen Al Nusra (bis Juli 2016 offiziell mit Al Kaida verbündet, dann abtrünnig geworden und umbenannt) Ost-Aleppo halte. Auch der Bruch und die Umbenennung, so ein US- Regierungssprecher damals, ändere nichts am terroristischen Charakter der Organisation.

Im *Arte*-Interview vom 30. November bestritt Brita Hasan, dass Al Kaida in Ost-Aleppo wäre.

Der IS stieß im Frühjahr 2013 in die Provinz Aleppo und nach Ost-Aleppo vor. Glaubt man einem Blog eines syrischen Oppositionellen, der bei [freehalab.wordpress](http://freehalab.wordpress.com) bis Dezember 2016 zugänglich war, hat der IS in Ost-Aleppo eine Salami-Taktik angewandt und sich zunächst „nur“ mit der Einführung der Scharia-Gerichtsbarkeit „begnügt“ und „Familienfeste“ organisiert, die auf die Rekrutierung von Kindersoldaten zielten. Später wurden populäre Einwohner von Aleppo, die eindeutige Gegner von Assad aber auch des IS waren, durch den IS ermordet. Die Fahnen des Militärrats und des IS wären Seite an Seite bei Demonstrationen aufgetaucht, so der Blogger, der seit 2014 schweigt.

In dieser Gemengelage soll sich 2013 der Stadtrat von Ost-Aleppo gegründet haben. Er sieht sich als einzige legitime demokratisch gewählte Bürgervertretung. Seit 2013 unterhält er eine freundschaftliche Beziehung zum französischen Metz. Der Vorsitz dieses Stadtrates wechselt offenbar jährlich.

Auf *youtube* stößt man auf ein Video vom Dezember 2015, das den Stadtrat von Ost-Aleppo vorstellt, nunmehr unter Führung von Brita Hasan, der im November 2015 gewählt worden sei. Über die Umstände der Wahl gibt es keine Informationen. Auch nicht, wie er sich finanziert. Nach einem Bericht der BBC soll die (auch in Ost-Aleppo präsenste) islamistische Liwa al-Tawhid tausende zivile Administratoren eingesetzt zu haben. Nach einem syrischen Oppositionsblock aus dem Jahr 2016 hing die Art und Weise der Einsetzung der Stadträte von den jeweiligen lokalen Gegebenheiten ab. Aleppo wird darin jedoch nicht erwähnt. Nach einer anderen Studie hat der IS in Ost-Aleppo einige Mitglieder des Stadtrates ermordet.

Hochgeladen hat das erwähnte Video (etwas mehr als 700 Aufrufe) ein 20-jähriger Niederländer, Tomas van Linge, der nicht nur seit 2013 erstaunliche 32.300 tweets absetzte, sondern auch über ein bemerkenswert breites Wissen und eine Fülle von Originalfotos aus den verschiedensten Problemzonen der Welt verfügt: darunter Myanmar, Türkei, Syrien, Marokko und Ukraine. Der *Spiegel* berichtete 2015 über diesen jungen Mann, der mittels *youtube* Arabisch gelernt

habe. Schwierigkeiten mit den verschiedenen arabischen Dialekten, die sich vom schriftlichen Arabisch erheblich unterscheiden, scheint dieser umtriebige junge Mann nicht zu haben.

Produziert wurde das *youtube*-Video, wie auch andere von van Linge geposteten Ost-Aleppo-Fotos vom „Aleppo Media Center“ in Ost-Aleppo. Dieses Zentrum wurde durch einen Medieninkubator aus französischen und europäischen Mitteln in den vergangenen Jahren unterstützt, wie der französische Sender *CFI* auf seiner Webseite im Jahr 2015 berichtete. P. Cockburn wies am 16. Dezember 2016 im *Independent* darauf hin, dass auszuschließen sei, dass Journalisten in von al Nusra oder IS kontrollierten Gebieten ohne Gefahr für ihr Leben objektiv berichten könnten, sondern vermutet werden müsse, dass die Weltpresse spätestens seit der dokumentierten bestialischen Ermordung zweier amerikanischer Journalisten durch Sprachrohre von Terroristen gefüttert werde. Der Franzose Eric Dénécé, Leiter des Französischen Zentrums für Informationsforschung, warnte jüngst, dass eine damit einhergehende verzerrte mediale Darstellung der Lage (er äußerte sich zu Aleppo) Terrorismus sogar begünstigen könnte (durch die Überhöhung der Schuld Assads und die Darstellung von Dschihadisten als unschuldige Opfer).

Brita Hasan ist kein Einwohner der Stadt Aleppo. Er wohnt im Dorf Maryameen, Provinz Aleppo. Im April 2016 berichtete erstmals die *Deutsche Welle* über ihn. Damals hatte ein fragiler Waffenstillstand den Menschen in Aleppo etwas Hoffnung geschenkt. Dem *Guardian* vom 30. April 2016 zufolge reiste Brita Hasan in die Türkei zu einem Treffen mit dem *Observer*. Nach diesem Treffen wurde Brita Hasan am 28. April 2016 vom irakischen kurdischen Inlandsgeheimdienst in seinem Haus in Maryameen verhaftet. Dagegen protestierte der Stadtrat von Ost-Aleppo am 30. April mit einer Pressemitteilung in französischer Sprache auf Facebook. (Insgesamt existieren drei Facebook-Konten des Stadtrats.) Brita Hasan kam wieder frei.

Laut *Reuters* vom 13. Juli 2016 bereitete sich der Ostteil der Stadt auf eine lange Belagerung vor. Man könne monatelang durchhalten, wird Brita Hassan zitiert. Auch, dass „sie“ die Kapazitäten hätten, einen neuen Versorgungsweg für Ost-Aleppo zu eröffnen. Wie, wäre geheim. Tatsächlich versuchten 22 sogenannte oppositionelle Gruppen am 1. August 2016 den bereits erwähnten militärischen Befreiungsschlag für Ost-Aleppo. Es ging unter anderem um die Straße nach Ramouseh. Beteiligt an diesem Kampf, so *al Monitor* vom 4. August, waren die Freie Syrische Armee von Aleppo, aber auch Al Nusra und Ahrar al Sham (vom Generalbundesanwalt als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft). Auch der *Spiegel* geht am 2. August 2016 auf diesen Kampf ein. Danach waren islamistische Gruppen, die „von außen zu Hilfe“ eilten, die „letzte Hoffnung für Ost-Aleppo“, wo Hunderttausende ausgehungert würden. Laut Facebook des Stadtrates von Ost-Aleppo vom 24. August 2016 verweigert dieser die Annahme von humanitären Hilfeleistungen der UN- Nahrungsmittelhilfe, falls diese nicht über die Ramouseh-Straße erfolgten. Sonst müsse man die UN-Nahrungsmittelhilfe als Assad-Komplizenschaft betrachten.

Wer die Idee hatte, Brita Hasan im Rahmen der in London ansässigen gemeinnützigen Stiftung „Mayor of the World“, die alle zwei Jahre die herausragenden Leistungen von Bürgermeistern weltweit ehrt, zu würdigen, war nicht herauszufinden. Aber die Unterstützerschreiben für ihn sind aufschlussreich. Nicht nur, weil die Wortwahl einiger Unterstützer sich ähnelt. Pete K., USA, ist der erste Unterstützer. Aus Unterstützerschreiben erfährt man zum Beispiel, dass Brita Hasan ein gutbezahlter Ingenieur sei, der freiwillig nach Ost-Aleppo ging, um dort der Bevölkerung zu helfen. Einer sagt, er habe den Stadtrat mitgegründet. Ein anderer weist auf die Amtsübernahme 2015 hin. Julian B. aus Deutschland empfiehlt Hasan den Augen der Weltöffentlichkeit. Seine syrischen Freunde glaubten, Brita Hasan werde eine wichtige Rolle in der Zeit nach Assad spielen. Ein offenbar geflüchteter Syrer, Basal H., würdigt die besondere Leistung von Brita Hasan damit, dass der Stadtrat aktiv geblieben sei dank Brita Hasan und unabhängig von dem Stadtrat, den Al Nusra in Ost-Aleppo eingesetzt habe. Im Original lautet dies wie folgt: „Not only has he been managing to keep the Aleppo municipality institution alive and active, the Aleppo city council managed to stand against the competition and ideology of Jabhat Al-Nusra who run their own services body in Aleppo city called General Services Administration.“ Etwas überraschend ist, dass der junge Niederländer van Linge, der auf diesen Stadtrat mittels *youtube* aufmerksam machte, nicht zu den Unterstützern gehört.

Aus allen original syrischen Berichten sowie einer ausführlichen Studie von Agnès Favier kann nur geschlussfolgert werden, dass in Ost-Aleppo zwei Systeme öffentlicher Dienste be-

standen und syrische Rebellen im August 2016 Seite an Seite mit islamistischen Terroristen kämpften, möglicherweise frei nach dem Motto: der Feind meines Feindes ist mein Freund. Glaubt man Basal H., dann könnte der letzte Stadtrat von Ost-Aleppo das seltene Kunststück fertig gebracht haben, Al Nusra und den IS in Ost-Aleppo auf Armlänge zu halten und dabei nicht getötet zu werden. Glaubt man Brita Hasan, dann war Al Nusra gar nicht in der Stadt. Glaubt man dem *free halab Blog*, *al Monitor* und dem Pentagon, dann haben in Ost-Aleppo syrische Rebellen mit Terroristen paktiert.

Brita Hassan unterhielt seit 2014 zwei Facebook-Konten. Eines erlosch im Juni 2016. Eines ist aktiv. Inzwischen hat er 3254 Freunde. Zu den (wenigen) Favoriten von Brita Hassan zählt Riyad Hidschab, ein prominenter syrischer Oppositioneller, jüngst von Präsident Hollande empfangen. Auch die *ahali halab initiative* (Citizens of Aleppo Initiative) zählt zu Brita Hasans Favoriten. Chris Doyle erläuterte am 15.9. 2016, dass diese Initiative in Ost- und West-Aleppo gleichermaßen respektiert sei und daher in beiden Stadtteilen Aleppos agieren könne, damit das Leben in Aleppo nicht vollends zum Erliegen komme. Im September 2016 ging es dieser Initiative darum, dass Trinkwasser von Ost- nach West-Aleppo fließen konnte und Elektrizität vom Westen Aleppos in die vom IS kontrollierten Territorien gelangte. Der *Deutschlandfunk* wies im September 2016 darauf hin, dass die „Rebellen“ in Ost-Aleppo die Wasserversorgung für ganz Aleppo kontrollierten und titelte „Durst als Waffe.“ Neuerdings gehört auch der Präsident des Rates, Donald Tusk, zu Brita Hasans Favoriten.

Ein Twitter-Konto von Brita Hasan existiert ebenfalls (seit September 2014). Seine Tweets nehmen allerdings erst im Laufe des Jahres 2016 Fahrt auf. Mit *CNN* gewinnt er im September 2016 einen prominenten Follower. Inzwischen zählt auch der britische Außenminister Johnson dazu. Und die Kölner Oberbürgermeisterin. Auf Twitter wettete Brita Hasan im Herbst gegen Assad, Putin und Obama, gegen die Vereinten Nationen und prangerte den „Genozid“ beziehungsweise den „Holocaust“ an den „Bürgern Aleppos“ an (gemeint war Ost-Aleppo). Es sei eine verleumderische Behauptung Assads, dass er ein Al Nusra Mann sei, ließ er ebenfalls auf Twitter wissen. Auch, dass er im Oktober 2016 daran gehindert gewesen sei, nach (Ost)Aleppo zurückzukehren. Er wäre verwundet worden. Brita Hasan twitterte ebenfalls, sich nicht nochmals als Bürgermeister zur Wahl zu stellen. Nach den Regeln wäre dies ausgeschlossen. In Frankreich gab er in der zweiten Hälfte November Interviews und traf sich mit einflussreichen Politikern. So wurde er medial und politisch voll präsent.

Am 7. Dezember 2016 hat der Stadtrat von Ost-Aleppo angeblich eine humanitäre Initiative zur Rettung der Zivilbevölkerung veröffentlicht. Brita Hasan war zu dem Zeitpunkt nicht mehr in der Stadt. „Wir, die bewaffneten Revolutionsgruppen“ heißt es darin. Die Erklärung machte Mete Sohtaoglu, ein türkischer Journalist, auf Twitter öffentlich. Sie ist auf der Facebook-Seite des Stadtrates nicht zu finden. Deshalb ist unklar, ob diese Erklärung echt ist. Die Facebook-Seite des Stadtrates von Ost-Aleppo ist seit dem 14. Dezember nicht mehr aktiv.

Brita Hasan dagegen ist nicht verstummt. Auf Facebook versicherte er am 19. Dezember 2016 Deutschland aufgrund des Terroraktes von Berlin seiner Solidarität. Der IS und Assad seien zwei Seiten einer Medaille, heißt es unter anderem in dem auf Englisch veröffentlichten Text. Darin steht auch, dass die syrischen Revolutionäre von Aleppo gegen den IS gekämpft hätten. Und dass er die Bundeskanzlerin um ein Treffen in Berlin gebeten habe. Am 15. Dezember 2016 um 18.22 Uhr jedoch, am Tag, nachdem Assads Truppen die Kontrolle über Aleppo wiedererlangten und die Evakuierung begann, postete Brita Hasan den folgenden Text (im Original auf Arabisch, hier in Dolmetscherübersetzung) auf Facebook:

„Meine Lieben sind zu den Kumpanen derer gegangen, die sie getötet und belagert haben. Ihr seid alle Mörder, alle Schweine.

Oh Herr, erlege uns nicht auf, wozu wir keine Kraft haben.“

Im Ergebnis dieser Spurensuche bleibt die ratlose Frage: Wer ist Brita Hasan? Wes Geistes Kind ist der Mann wirklich, mit dem die EU-Staats- und Regierungschefs über das Leiden der syrischen Zivilbevölkerung im Krieg gesprochen haben?

Opposition? von Carl v. Ossietzky

„Hier stehe ich. Ich möchte fast sagen:
ich kann nicht anders.“ *Hergt*

In der gesamten europäischen Politik herrscht zur Zeit ein offenkundiger Talentmangel. Auch in England, dem mit politischen Begabungen ehemals oft überreich gesegneten England, wachsen die Führergestalten heute nicht mehr wild. Aber in Deutschland steht es ganz besonders schlimm: hier wird nicht einmal mehr mäßiger Durchschnitt produziert. Der baylonische Wirrwarr um die Regierungsbildung läßt sich viel eher auf eine ziemlich gleich verteilte überfraktionelle Unzulänglichkeit zurückführen als auf besonders ränkevolle Manipulationen der Deutschnationalen und ihrer Helfer. Auch die Rechte, die noch leidlich geschickt begonnen hat, kompromittiert sich jetzt, indem sie ihre Differenzen zwischen Appetit nach Ämtern und eingefrorener royalistischer Überzeugung öffentlich austrägt. Trotzdem wirken Westarps naive Jonglierversuche fast hoheitsvoll neben den desperaten Anstrengungen republikanischer Zentrumsmänner, wenigstens halbwegs Figur zu machen. Wir nehmen Herrn Marx aus. Denn Herr Marx ist ein zuverlässiger richterlicher Beamter, der in jedem Geschirr seine Pflicht getan und jede Fuhre gezogen hat, wenn er nur ein energisches Hott hörte: eine Straßkammer, einen Volksblock, ein Ermächtigungsgesetz und eine Reihe verschieden gefärbter Partei-Konstellationen. Er wird auch zwischen deutschnationalen Deichseln so geduldig traben wie früher zwischen schwarz-rotgoldnen. Aber Herr Wirth, den die Rechtspresse noch immer fälschlich als eine Art von badischem Robespierre verschreit? Hier hätte er endlich einmal die zu seinem geistigen Wohlbefinden erforderliche Aufregung mit einigem Nutzen loswerden können, und grade hier „wahrt er Disziplin“ und beteiligt sich zum Überfluß noch an der Verfertigung der sogenannten Richtlinien, die nicht einmal Herr Marx in den Vorverhandlungen mit den Deutschnationalen beachtet hat.

Die Sozialisten und Demokraten aber stehen nicht besser da als die Überläufer der republikanischen Mitte: Sie haben der andern Seite die Initiative überlassen und mit erstaunten Äuglein den Abmarsch verfolgt. Sie übersehn, daß es in der innern Politik gar keine zündendere Parole gibt als die gegen einen Bürgerblock. Das ist doch für jede linke Partei, die sich auf Propaganda versteht und nach populären Wirkungen lechzt, ein Gottesgeschenk! Als das Reichsoberhaupt mit einem verfassungswidrigen Eingriff die blau-schwarze Allianz einfach dekretierte, da war für die beiden republikanischen Gruppen der Augenblick gekommen, Alarm zu schlagen, auf die Straße zu gehn — jawohl, auf die Straße zu gehn! — und dem unbedingten Kampfeswillen tönend Ausdruck zu geben. Und als Herr Marx ernstlich daran ging, den verfassungswidrigen Auftrag anzunehmen, da wäre es Aufgabe selbstbewußter republikanischer Gruppen gewesen, ihn, ihren einstigen Präsident-

schaftskandidaten, öffentlich als Renegaten zu defamieren. So und nicht anders leitet man Opposition ein. Man muß wissen, was man will, und es in guter Laune sagen. Man kann sich in so glücklicher Situation Alles erlauben, was sonst nicht geht — sogar Geist.

Auch die Demoblätter schreiben jetzt in großen Buchstaben: Opposition! Und der ‚Vorwärts‘ hebt drohend die schwielige Proletarierfaust, die schon so viele Kapitalistenhände geschüttelt hat. Doch zur Beruhigung etwa aufgeschreckter Gemüter versichert die Linkspresse gleich, die Republikaner würden nicht Opposition treiben wie die Andern: sie würden nicht hetzen, nicht verleumden, nicht schießen, sondern stets verantwortungsbewußt und von staatspolitischer Einsicht erfüllt bleiben. Danach weiß man, was kommen wird. Der Deputierte Ludwig Haas, zum Beispiel, einer der glücklichen Teilhaber der augenblicklich zur Disposition gestellten Republikanischen Union, erzählte erst vor ein paar Tagen den thüringischen Wählern: wenn die Sozialdemokraten nicht das Kabinett Marx gestürzt hätten, dann wäre das Alles nicht so dick gekommen und mit der Großen Koalition würde das ja künftighin etwas schwierig werden, etcetera. Daß die guten Leute schon aus Eignem kein Temperament aufbringen können, wissen wir. Daß sie aber nicht einmal zu federn beginnen, wenn sie ein paar Stiefelspitzen im Sitzfleisch spüren, geht gegen alle physikalischen Erfahrungen und erklärt sich nur durch die hoffnungslose Abstumpfung dieser Körperpartie bei den Demo-Hasen. Noch jetzt wissen sie nichts Bessres als die erneute Empfehlung der Großen Koalition. Wir möchten nicht der Donquichotterie schuldig werden, dies Gespenst nochmals zu erschlagen. Doch das sei hier dennoch wiederholt: niemals ist eine jahrelang mit dem Hirnfett der besten republikanischen Leitartikler geschmierte Illusion kläglicher zerplatzt. Daß sich die Herren bei der Einschätzung der Deutschen Volkspartei gründlich verkalkuliert haben, ist hier oft und bis zur eignen Ermüdung vorgerechnet worden, daß sie aber nicht einmal bemerkt haben, was im vielfach befreundeten Zentrum vor sich ging, macht ihre Niederlage zur Katastrophe. Sie haben bewiesen, daß es ihnen nicht nur an der selbst zuerkannten Divinationsgabe gefehlt hat, sondern auch an ganz normaler Fähigkeit zu hören und zu sehen. Was sind das für Wettermacher, die von blauem Himmel faseln, während ihnen die Schlossen breit auf die Nase klatschen! Sie glaubten im Besitz aller realpolitischen Erkenntnisse gewesen zu sein, weil sie die Reichweite ihrer Tintenspritzer irrümlicher Weise für die Grenzen der realen Welt gehalten haben; heute müssen sie ihre Artikel überschreiben: Abschied vom Zentrum — Abschied von der Weimarer Koalition! Es ist bitter.

Jetzt wollen die Gepantschten in die Opposition steigen. Gegen was und für welche Ideen? Sie haben nur die alten Walzen zum Aufdrehen, und was sie als Ziel hinstellen, ist das Selbe, was die Entwicklung soeben auf die Kehrlichthauen geworfen hat. Wer Opposition machen will, die das Volk aufrüttelt und die Gemüter packt, muß andres wollen und

anders sein als Die, gegen die der Kampf sich richtet. Hier aber sehen sich die Gegner so verzweifelt ähnlich. Die Demokraten waren bis vor ein paar Tagen zu jedem ersinnbaren Bündnis bereit, und die Sozialdemokraten haben noch am 18. Dezember ihre Geneigtheit erklärt, mit Hinz und Kunz zusammenzugehn. Opposition? Nein, diese kuriosen Frondeure treibt nicht Grundsatz und Charakter, Die sitzen jetzt lamentierend draußen, weil man sie nicht mehr nötig hat, weil man ihnen einfach die Tür vor der Nase zugeschlagen hat. Sie haben Alles getan, was man von ihnen verlangt hat und hätten das auch in Zukunft so gehalten. Jetzt flennen sie über Undank wie fristlos entlassene Domestiken, starren zur verschlossnen Beletage hinauf und träumen von den Latrinen, die sie nicht mehr fegen dürfen. Die armen Schlucker können einen Hund jammern. Warum gehn sie nicht zum Gewerbegericht?

*

Die Veröffentlichungen des ‚Manchester Guardian‘ über das deutsch-russische Granatengeschäft hat nicht nur unser Außenamt erregt, dessen bevorzugtes Organ, die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung‘, soeben die Ausweisung des mißliebig gewordenen Herrn Voigt gefordert hat, sondern auch in Moskau ein paar Unerbittliche auf die Zinne gerufen. Da jedoch die russischen Außenpolitiker und ihr journalistischer Anhang ein außerordentlich entwickeltes Gefühl für Blamagen haben, hielten sie sich zurück und überließen den erprobten Kapitulgänsen des Exekutivkomitees, den nötigen Alarm zu schlagen. Das geschieht in der Wochenschrift dieses notablen Gremiums, wo zu lesen ist: „Die von der deutschen Sozialdemokratie auf offene Bestellung der internationalen Bourgeoisie veranstaltete Hauptprobe einer Kriegsprovokation ist ins Wasser gefallen. Die Massen hegen ein derartiges Vertrauen und eine derartige Sympathie für die Sowjetmacht, daß den Locksitzeln die Hauptsache mißglückte: die Massen durch die Plötzlichkeit ihrer Erfindungen zu betäuben, sie durch die „Sensation“ ihrer „Enthüllungen“ stutzig zu machen; es mißlang ihnen, sich die Bestürzung der überraschten Massen zunutze zu machen, um sie vor die vollendete Tatsache aggressiver Handlungen zu stellen, die in ihrer weitem Entwicklung zu einer Kriegskatastrophe führen.“ Dazu wäre in aller Ruhe zu bemerken, daß diese Art von Argumentation peinlich überrascht. Dies entspricht nicht dem hohen intellektuellen Niveau moskauer Polemiken, die grade der Gegner achten gelernt hat. Der unbekanntere Verfasser schwadroniert spottschlecht an der Sache vorbei, und völliges Schweigen wäre besser als diese Expektoration, aus deren klotziger Gesinnungstüchtigkeit auf einige Meilen das schlechte Gewissen duftet.

Immerhin wird auch das hemmungslose Geschimpfe des Exekutivmannes aus der Sorge vor der prekären außenpolitischen Situation Rußlands erklärlich. Schließlich kann auch das durch Locarno und Genf festgelegte Deutsche Reich zu einem willenlosen Instrument der Westmächte werden. In Deutschland selbst ergibt sich kaum ein Grund zu solchen Befürchtungen; das müßten auch die russischen Beobachter wahrnehmen.

Wo finden sich denn aggressive Tendenzen gegen Rußland? Ohne Übertreibung läßt sich sagen: der deutschen Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtung ist die Unantastbarkeit Rußlands heilige Sache; jede Regierung, die sich durch irgend eine londoner oder pariser Zumutung von ihrer neutralen Haltung abbringen ließe, würde über Nacht einem in Deutschland unerhörten spontan ausbrechenden Anti-Militarismus gegenüberstehen, wie ihn niemals eine Kriegsgefahr am Rhein zeitigen könnte. Moskau ist schlecht unterrichtet, wenn es die deutsche Sozialdemokratie zu einem Werkzeug westlicher Kriegsprovokateure stempeln möchte. Die Sozialdemokratie denkt gar nicht an Krieg, sondern ist ehern entschlossen, Das fortzusetzen, was sie seit sieben Jahren tut, nämlich: zu schlafen. Sonst würde sie längst geahnt haben, daß alle politische und militärische Vorbereitung in diesen Jahren nur den einen Sinn gehabt hat: den Krieg an der Weichsel, und zwar einen Krieg, der sich nicht gegen Rußland richtet. Auch das deutsche Bürgertum hegt lange keine feindlichen Gefühle mehr gegen Moskau, mindestens, seit dieses aufgehört hat, in Deutschland Weltrevolution zu machen. Im Gegenteil, die deutschen Nationalisten sympathisieren lebhaft mit dem völkerbundfeindlichen Kurs Tschitscherins, und die Rote Armee hat in gewissen rechten Bezirken wärmere Freunde als in den Reihen der Kommunistischen Partei.

Jetzt aber, wo die Partei der militaristischen Reaktion offen von der Regierung Besitz ergreift, schwindet für Rußland auch der letzte Anlaß zur Beklemmung. Gewiß werden die Deutschnationalen nicht gleich mit Schwertgeklirr und Wogenprall beginnen; sie werden sich zunächst keine Verstöße gegen die Locarno-Politik erlauben, im Gegenteil, um eine gute Presse in Frankreich äußerst besorgt sein und erst, wenn ihnen das nicht gelingt, die alten Künste wieder spielen lassen. Da durch den Umschwung auch die bescheidensten Möglichkeiten einer Reichswehrreform an den Schornstein zu schreiben sind, so steht nichts im Wege, daß auch die Wehrmacht wieder ihre eigne standesgemäße Politik eröffnet. Herr Otto Geßler selbst, das hat vor einer Woche der Parteifreund Bergsträßer in einem Zeitungsartikel ganz harmlos ausgeplaudert, ist Anhänger der Ost-Orientierung. Was man darunter zu verstehn hat, ist bekannt. Geßler ist nach seiner sozialen Überzeugung kein Leninist, seine östliche Orientierung bezieht sich mehr auf militärtechnische Angelegenheiten, und da dieser erstaunliche Russophile dies Mal in Begleitung deutschnationaler Kollegen erscheint, so bedeutet das für die gestrengen Herren in Moskau fast so viel wie eine Lebensversicherung. Damit wäre Alles wieder in Ordnung. Soweit die Kommunikation in letzter Zeit bedauerlicher Weise unterbrochen war, wird der Schaden bald repariert sein. In verklungenen imperialen Zeiten hat es bekanntlich vor einem deutschen Gericht einen Prozeß wegen Hochverrats gegen das russische Reich gegeben. Darüber lachte damals die ganz Welt. Heute sieht das nicht mehr so heiter aus. Vielleicht werden die Landesverratsanzeigen aus der Bendler-Straße künftig in Moskau gegengezeichnet werden.

DAS BLÄTTCHEN

Zweiwochenschrift für Politik – Kunst – Wirtschaft
Erscheinungsweise: online

Herausgeber:
Wolfgang Sabath †
und der Freundeskreis des Blättchens

Redaktion:
Margit van Ham
Wolfgang Brauer
Detlef-Diethard Pries
Wolfgang Schwarz (Vi.S.d.P.)
Telefon: 0178 . 629 70 61
E-Mail: hwjblaettchen@googlemail.com

Hinweis für Autoren:

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein.

Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Es werden keine Honorare gezahlt.

Manuskripte bitte nur in elektronischer Form und aktueller Rechtschreibung.

Es wird gebeten, in den Texten von Fußnoten und der Verwendung von Links abzusehen.

Soli-Konto:

Wolfgang Schwarz
IBAN: DE43120300001011452503
BIC: BYLADEM1001
Zweck: Blättchen-Online

Realisierung:
Thomas Meyer, allroundsupport.de

Redakteur dieser Ausgabe: Margit van Ham
Redaktionsschluss: 10.02.2017
